



FORUM



Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag
**Konferenz »Mitteleuropa in Europa:
Wirtschaft und Infrastruktur«**

am 17. Oktober 2017 im Historischen
Nationalratsgebäude in Bratislava



Die Schriftenreihe FORUM dokumentiert die Veranstaltungen des Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.

Folgende Dokumentationen sind bereits erschienen:



Heft 1 (Deutsch)
Aufaktveranstaltung
„Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im Herzen unseres Kontinents“ am 29. September 2011 im Ständehaus in Dresden



Heft 7 (Deutsch/Ungarisch)
Konferenz
„Miteinander in Mitteleuropa: gestern, heute, morgen“ am 23. September 2016 in der Ungarischen Nationalversammlung in Budapest



Heft 2 (Deutsch)
Podiumsdiskussion
„Visionen für Mitteleuropa im Spannungsfeld von Kunst und Politik“ am 24. Mai 2012 im Ständehaus in Dresden



Heft 3 (Deutsch)
Konferenz
„Kulturen in Mitteleuropa: Erinnern, Fördern, Gestalten“ am 8. und 9. Oktober 2012 im Ständehaus in Dresden



Heft 4 (Deutsch/Tschechisch)
Konferenz
„Heimat Mitteleuropa: Gesichter, Biografien, Identitäten“ am 28. Juni 2013 im Waldstein Palais in Prag



Heft 5 (Deutsch/Polnisch)
Konferenz
„Werte in Mitteleuropa: Solidarität und Freiheit“ am 7. Mai 2014 im Historischen Rathaus in Breslau



Heft 6 (Deutsch)
Konferenz
„Mitteleuropa 2015: Stabilität und Krise?“ am 21. September 2015 auf Stift Klosterneuburg



Alle Publikationen und weitere Informationen zum Forum Mitteleuropa finden Sie unter www.forummitteleuropa.eu. Die einzelnen Hefte können bei Interesse kostenfrei unter publikation@slt.sachsen.de oder per Post bestellt werden, soweit sie noch nicht vergriffen sind.

FORUM

Forum Mitteleuropa
beim Sächsischen Landtag



Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag Konferenz »Mitteleuropa in Europa: Wirtschaft und Infrastruktur«

am 17. Oktober 2017 im Historischen
Nationalratsgebäude in Bratislava

Das vom Präsidenten des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, ins Leben gerufene Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag möchte den Kooperationsprozess in der Mitte unseres Kontinents weiter vorantreiben. Es will in Mitteleuropa Bande des geistigen Austauschs, der gegenseitigen Inspiration und der bürgerschaftlichen Verständigung knüpfen. Das Forum Mitteleuropa sieht sich als Impulsgeber, indem es regelmäßig mitteleuropäische Akzente zur Gestaltung der Europäischen Union stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt.

Im Jahr 2017 bedanken wir uns für die große Gastfreundschaft des Nationalrats der Slowakischen Republik. In Bratislava erörterten wir Mitteleuropas Rolle in Europa, wobei diesmal Wirtschaft und Infrastruktur einen Schwerpunkt bildeten. Mitteleuropa, dieses Zentrum wirtschaftlicher Dynamik, profitiert schließlich von einer europäischen Zusammenarbeit und beeinflusst parallel die Gesamtentwicklung der Europäischen Union entscheidend mit. Der Band dokumentiert die Konferenz in Wort und Bild.

Herausgegeben vom Sächsischen Landtag

Inhalt

Auftakt 6

Andrej Hrnčiar 8
Mitteleuropa: ein Erbe, das uns verbindet

Dr. Matthias Rößler 11
Mitteleuropa als ein Kern in Europa?

Thema I 16

Mitteleuropas Wirtschaft und Infrastruktur in Europa

Ivan Mikloš 18
Mitteleuropa: eine doppelte Falle und wie man ihr entkommt

Podiumsdiskussion 28

Thema II 54

Mitteleuropa als (ein) Kern in Europa?

Prof. Dr. Iveta Radičová 56
Der Kern der EU sind die freien Bürger

Milan Štěch 66
Mitteleuropa als politischer und sicherheitspolitischer Kern

Podiumsdiskussion 72

Impressum:

Herausgeber: Sächsischer Landtag,
Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen,
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des
Sächsischen Landtags durch den Präsidenten
Dr. Matthias Rößler vertreten.
V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag
Redaktion: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag
Übersetzung: Christel Spanik, Simona Špániková
Fotos: Tibor Kuna, thinkstock (kaycco, milangonda,
patrikv, rosshelen, tomassereda)
Gestaltung, Satz: machzwei, Dresden
Druck: Elbtal Druck & Kartonagen GmbH, Dresden
Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag
im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben
und ist kostenfrei unter publikation@slt.sachsen.de
erhältlich.

Abschluss 94

Dr. Matthias Rößler 96

Mitteleuropa ist eine Erfolgsgeschichte

Vitae 100





Auftakt





Bratislava an der Donau



Mitteleuropa: ein Erbe, das uns verbindet

Andrej Hrnčiar

» Sehr geehrter Herr Vorsitzender Rößler, geschätzte Exzellenzen, sehr geehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich Sie zur Einleitung der heutigen Begegnung im Namen des Vorsitzenden des Nationalrats der Slowakischen Republik begrüße. Zugleich gestatten Sie mir, dass ich Sie ganz herzlich willkommen heiße in dem historischen Gebäude im Zentrum Bratislavas, das einst als Kloster, später

als Sitz der Gespanschaft gedient hat, und das eine Zeit lang auch die Heimstatt des Slowakischen Parlaments war. Diese Räume waren unmittelbare Zeugen von Wendepunkten, die sich in unserer Stadt abspielten, und entsprechend waren sie von den Ereignissen betroffen, die den Pulsschlag der reichen Geschichte der Region Mitteleuropa darstellten.

Heute finden wir uns hier nicht nur deshalb zusammen, um auf das Erbe unserer historischen Erfahrungen zurückzuschauen, sondern wir treffen uns hier hauptsächlich, um uns die Wichtigkeit eines bedeutenden Mementos vor Augen zu führen. Wenn wir auch das, was wir erlebt haben, nicht mehr ändern und korrigieren können, so können wir doch daraus lernen. In diesem Wissen lässt es sich leichter nach vorn, in die Zukunft blicken.

Die Zukunft – sofern sie glaubhaft und perspektivreich sein soll – muss auf zwei stabilen Pfeilern ruhen: auf dem Dialog und dem Vertrauen.

Dialog, das ist die Fähigkeit zu kommunizieren und sich gegenseitig zuzuhören. Vertrauen, das ist das Gefühl, jemanden an der Seite zu haben, an den man sich jederzeit wenden kann. Auch die zündende Idee, die an der Wiege dieses Forums stand, weist auf die Tatsache hin, dass gerade dieser Weg der Schlüssel zur Stärkung des gemeinsamen Bewusstseins und zur Kultivierung des anschließenden Verständnisses sein kann.

Das Phänomen Mitteleuropa entstand nicht von allein und lebt auch nicht nur für sich allein. Seine Wurzeln finden wir bereits vor mehr als tausend Jahren, als die zivilisierenden und kulturellen Bande geknüpft wurden, deren Festigkeit von der Zeit geprüft wurde. Ein weiterer bedeutender Schritt ging vor fast acht Jahrhunderten vonstatten. Nach expansiven Kriegszügen und einer Serie von militärischen Auseinandersetzungen benötigte der hiesige dezimierte geopolitische Raum einen stimulierenden Impuls. Die Zuwanderung

von qualifizierten Arbeitskräften, Kaufleuten, Handwerkern und der verschiedensten Fachleute bedeutete einen Zustrom an Know-how und führte zu einem starken Aufschwung der Städte. Dies trug nicht nur bei zur Erneuerung dessen, was vernichtet war, sondern ebnete für lange Zeit den Weg für die ganze Region als dem pulsierenden wirtschaftlichen Herzen Europas.

Darüber hinaus begehen wir in ein paar Tagen den 500. Jahrestag des Ereignisses, das zwar ganz unauffällig in einer kleinen Kirche begann, schließlich jedoch in ganz wesentlicher Weise die Chronik der Menschheitsgeschichte, vor allem das Kapitel über Geist und Geistlichkeit, umgeschrieben hat. In seinen Konsequenzen bedeutete es das Ende der Epoche des dunklen Mittelalters und stieß die Tür zur Neuzeit weit auf. Es führte zu einer Revolution darin, wie wir den Menschen – das Individuum – und seine Beziehung zu den Autoritäten, und zwar zu den irdischen und den überirdischen, sehen.

Das wäre nicht möglich gewesen ohne den Aufschwung der Bildung und der Zugänglichkeit von Schulen. Gerade diese wurden zu einer Stütze der neuen geistigen Strömung, von der die Gesellschaft bis zu einem gewissen Grade bis in die Gegenwart inspiriert ist.

Diese Devisen und andere, die sie begleiteten und auf sie folgten, wirkten mit an der Entstehung der mitteleuropäischen Region in der Form, wie wir sie heute kennen. Der zentrale Teil Europas wurde zu einer wahren Achse, an der die verschiedensten kulturellen Einflüsse aufeinander stießen und jeder von ihnen seine unverwechselbare Spur hinterließ. So formten sie den einzigartigen Genius loci, der in

der Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit beruht. Das ist unser gemeinsamer Reichtum, auf den wir mit Recht stolz sein können.

Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass dieses Erbe insbesondere im 20. Jahrhundert mehreren schweren Prüfungen unterworfen war, die seine Lebensfähigkeit auf die Probe stellten. Obwohl das regionale Gleichgewicht mehrmals starken Schwankungen ausgesetzt war, hat das Erbe bei der Schlussbilanz erfolgreich bestanden.

Mitteleuropa blieb nicht allein ein statischer Begriff in den Lehrbüchern für Geschichte oder Erdkunde. Es wurde im besten Sinne des Wortes zu einer Zivilisation und es stellt eine starke Stütze sowie einen einzigartigen Mehrwert für die Zusammenarbeit unserer Staaten dar.

Mitteleuropa ist in der Gegenwart wieder näher zusammengerückt. Sich vereinend auf der Plattform der Europäischen Union sendet es das unmissverständliche Signal, dass es für die Länder dieser Region nicht in Frage kommt, einen anderen Weg zu beschreiten. 60 Jahre Entschlossenheit, verankert in den Grundlagen der Europäischen Gemeinschaft, tragen ihre Früchte. Nach Jahrhunderten der Konflikte und des Blutvergießens leben wir heute auf unserem Kontinent in Frieden und Wohlstand. Wir in Mitteleuropa sind uns bewusst, was für einen Wert dies hat und wollen ganz gewiss aktiv weiter daran teilhaben.

Unseren Teil der Verantwortung weisen wir nicht von uns. Wir sind überzeugt, dass Mitteleuropa ohne die Europäi-

sche Union heute nicht das wäre, was es ist. Aber zugleich meinen wir, dass der Europäischen Union ohne Mitteleuropa etwas Wichtiges fehlen würde, sie wäre unvollständig.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. «



Mitteuropa als ein Kern in Europa?

Dr. Matthias Rößler

» Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrter Kollege Andrej Hrnčiar, lieber Herr Präsident Hans Penz, verehrte Abgeordnete des Nationalrats der Slowakischen Republik, des Niederösterreichischen, des Baden-Württembergischen sowie des Sächsischen Landtags, verehrte Exzellenzen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke dem Herrn Vizepräsidenten Hrnčiar sehr herzlich für seine Worte.

Ich danke ferner dem Präsidenten des Nationalrats der Slowakischen Republik, Kollegen Andrej Danko für die Mög-

lichkeit, dass unser Forum Mitteleuropa 2017 in diesem wunderbaren Historischen Parlamentsgebäude in Bratislava tagen kann.

Zum ersten Mal hörte ich von diesem Gebäude im Gespräch mit Magda Vášáryová, die ich herzlich begrüße. Sie ist Mitglied unseres Kuratoriums und ihrer immerwährenden Einladung in die Slowakische Republik ist es auch zu verdanken, dass wir heute hier konferieren, hier in Bratislava, hier in diesem mitteleuropäischen Dreiländereck.

Auftakt

Meine Damen und Herren, vor über einem Jahrzehnt habe ich mit meiner Frau auf den Spuren der sagenumwobenen Nibelungen und im Sattel unserer Fahrräder die 770 Kilometer entlang der Donau – von Passau über Wien und Bratislava nach Budapest – zurückgelegt. Unvergessen bleiben mir besonders die 140 Kilometer im Hochsommer, auf denen wir „auf einen Ritt“ die ganze Slowakei bis zur Grenzstadt Komárno durchquerten. Die typisch mitteleuropäische Erfahrung kleiner Staaten, großer Vielfalt und ungeheurer Vitalität habe ich damals mit allen Sinnen regelrecht aufgesogen und unsere gemeinsame Heimat lieben gelernt, trotz des Schweißes, trotz der Entbehrungen.

Das beklemmende Gefühl des „Eingesperrtseins“ hinter dem „Eisernen Vorhang“ war mir noch aus den 1980er Jahren in Erinnerung. Hier von Bratislava aus sah ich als Student den schwachen Lichtschimmer Wiens, eines für den DDR-Bürger Matthias Rößler völlig unerreichbaren Sehnsuchtsortes im freien Westen.

Ein imaginärer Sehnsuchtsort vieler Menschen war vor dem Zeitenbruch 1989 auch Mitteleuropa. Timothy Garton Ash nannte es einmal vortrefflich ein „Königreich des Geistes“. Ein „Königreich des Geistes“, in dem gemeinsame Identitäten, Ideen, Kulturen und Werte zusammenfanden, das jedoch real nicht sein durfte, das abhing von der mitteleuropäischen Völkerbefreiung 1989.

Mitteleuropa als ein wirtschaftliches und wissenschaftliches Zentrum, als ein Raum pluraler Vielfalt und Kulturen, der unsere Nationen verbindet, als eine Wertegemeinschaft, die im Christentum und der Aufklärung wurzelt, die auf Demokratie und Rechtsstaat beruht. In dem Sinne habe

ich Mitteleuropa immer verstanden und vor dem gedanklichen Hintergrund habe ich vor sechs Jahren das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag ins Leben gerufen.

Denn Sachsen, meine Damen und Herren, hat historisch und kulturell immer zu Mitteleuropa gehört. Wir Sachsen sind keine Westeuropäer. Karel Schwarzenberg hat mir einmal gesagt: „Finden wir uns damit ab, dass wir Mitteleuropa sind.“ Ich habe ihm zugestimmt. Sachsen war in seiner langen Geschichte stets eine Brücke zwischen dem Westen und dem Osten, in der Mitte Europas.

Das zeigt sich auch in dem engen Verhältnis, dass Sachsen zu seinen Nachbarn pflegt, zu Polen, zu Tschechien, zu Österreich, zu Ungarn und selbstverständlich zur Slowaki-



schen Republik. Dialog und Kooperation auf Augenhöhe haben hier für uns oberste Priorität. Sie sind die Grundlage für Vertrauen. Vertrauen wiederum ist die Voraussetzung dafür, dass man sich gemeinsam weiterentwickelt.

Dem Forum Mitteleuropa geht es darum, einen lebendigen Dialog zwischen benachbarten Regionen zu schaffen und mitteleuropäische Antworten auf europäische Fragen zu finden.

Wir wollen so in den Bürgergesellschaften unserer Länder die mitteleuropäische Verbundenheit und die positiven Gestaltungskräfte stärken.

Diese Anliegen, meine Damen und Herren, sind hochaktuell. Denn Europa steht vor einer Neuausrichtung. Wir erleben den Austritt Großbritanniens aus der EU, den nicht nur ich für einen großen Fehler halte, obwohl er dem Mehrheitswillen der Briten entspricht. Die Europäische Union verliert mit Großbritannien die zweitstärkste Wirtschaftsmacht. Deutschland und seine östlichen Nachbarn verlieren einen wichtigen Verbündeten beim Ringen um die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung und Wirtschaft, einen Verbündeten gegen die Politik der exzessiven Staatsverschuldung Frankreichs und seiner Nachbarn im Süden.

Mitteleuropa drohen finanzielle Einschnitte. Hier gilt es jetzt, den Schaden zu begrenzen. Sachsen wird die Struktur- und Kohäsionsfonds zusammen mit der Slowakei und den anderen mitteleuropäischen Transformationsländern mit Nägeln und Zähnen verteidigen. Parallel haben wir die EU so

zu reformieren, dass sich derlei Desintegration nicht wiederholt. Die EU muss für ihre Mitgliedstaaten attraktiv sein. Sie muss für jedes einzelne Mitglied immer die beste Wahl sein.

Wir alle verfolgen intensiv den Prozess um das „Weißbuch zur Zukunft Europas“. Es geht um die entscheidende Frage, welche Europäische Union wir wollen. Auf der Suche nach Antwort müssen wir eine breite Debatte auf und zwischen unterschiedlichen politischen Ebenen führen – so wie wir das als Sächsischer Landtag tun.

Wir alle sind aufgefordert, uns konstruktiv an dieser Debatte zu beteiligen. Die EU ist für uns Slowaken, Polen, Tschechen, Ungarn, Österreicher und Deutsche nämlich der einzig gangbare Weg, wenn wir die anstehenden globalen und europäischen Herausforderungen in den Griff bekommen wollen.

Wir müssen hierbei einerseits aufzeigen, wie weit uns die EU bisher geführt hat und was wir alles erreicht haben. Andererseits müssen wir offen ansprechen, wo wir Defizite haben und Europa besser machen können, wo wir mit dem Ruf nach „mehr Europa“ zu weit gegangen sind und wo wir noch weiter gehen sollten.

In derlei Findungsprozessen gedeihen für gewöhnlich Visionen. Das ist auch diesmal der Fall. Die Reden von Jean-Claude Juncker gehören dazu. Ebenso hat uns der französische Präsident Emmanuel Macron kürzlich Vorschläge für eine neu ausgerichtete EU präsentiert.

Diese Visionen sowie die Debatte insgesamt beleuchten indes die Rolle der Staaten Mitteleuropas nicht in der gebote-

nen Weise. Viele Westdeutsche und Westeuropäer, so meine Beobachtung, interessieren sich dafür leider nur am Rande. Für mich, meine Damen und Herren, sowie für viele meiner Kollegen im Sächsischen Landtag ist es indes eine der Hauptfragen. Wir nehmen die Präferenzen der Visegrád-Gruppe in der Reformdebatte, auch die Differenzen, deutlich wahr. Vor allem nehmen wir sie ernst.

Über Jahre hinweg war ich fest davon überzeugt, die mitteleuropäischen Länder seien der neue Motor Europas, seien ein vitaler, ein innovativer, ein progressiver Kern, der selbstbewusst neben die bisher in Europa tonangebenden West- und Südeuropäer tritt. Ich glaube das noch immer.

Gerade in der Slowakischen Republik betone ich deshalb ausdrücklich:

Mitteuropa muss ein Motor und vitaler Kern der wirtschaftlichen Dynamik und des damit verbundenen Integrationsprozesses in der EU bleiben.

Diese Rolle dürfen wir nicht verlieren oder gar verspielen. Ich bin daher auf die heutigen Vorträge und Gespräche gespannt.

Meine Damen und Herren, europäische Reformprozesse haben die nationalen Interessen und Identitäten zu respektieren, von großen und von kleinen Mitgliedstaaten, im Westen und im Osten, im Norden und im Süden. So ist es unabdingbar, dass die EU ein Staatenverbund mit starken Mitgliedstaaten bleibt. Das entspricht nämlich ganz klar dem Mehr-

heitswillen seiner Bürger. Unser Ziel muss ein „besseres Europa mit vitalen Nationalstaaten“ (Manfred Weber) sein.

Nation und Integration sind keine Gegensätze. Sie können bestens im Einklang miteinander sein. Dies bedingt jedoch auf europäischer Ebene die Achtung der nationalen Identität der Mitgliedsstaaten. Die europäischen Institutionen müssen sich auf das Wesentliche konzentrieren, auf Bereiche, die gemeinsames Handeln erfordern, wie etwa ein intakter Binnenmarkt oder die innere und äußere Sicherheit. Und sie müssen dabei in ihrem eigenen Interesse den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit folgen.

Parallel ist jedes Land gefordert, Nation und Integration auszugleichen, und zwar auf einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Basis.

Der Rückzug ins Nationalistische, die Überhöhung der eigenen Nation und die Herabsetzung der anderen, die Erosion der freien Bürgergesellschaft, das sind falsche Wege – nicht nur in Mitteleuropa. Sonderwege, egal welche, gefährden unser Miteinander in Europa. Sie spalten neu und nähren alte Vorurteile.

Als Mitteleuropäer sollten wir uns stattdessen vertrauen. Wir sollten uns als verlässliche Partner unserer gemeinsamen Kraft bewusst sein, um sie selbstbewusst für Europa in die Waagschale zu werfen. Unser gemeinsames Ziel kann nur sein, dass die Europäische Union wieder an Attraktivität und Integrationskraft gewinnt – nicht trotz, sondern wegen Mitteleuropa.



Meine Damen und Herren, unsere Tagung greift diese Aspekte in verdichteter Form auf. Sie will zunächst anhand des konkreten Bereichs Wirtschaft und Infrastruktur den Nutzen europäischer Zusammenarbeit in Mitteleuropa, in diesem Zentrum wirtschaftlicher Dynamik, aufzeigen. Von welchen Kooperationen und Synergien profitieren wir? Welchen Konkurrenzen und Abhängigkeiten sind wir ausgesetzt? Mit Ivan Mikloš konnten wir einen ausgezeichneten Impulsreferenten zum Thema gewinnen. Die Podiumsdiskussion bestreiten Experten aus Ungarn, der Slowakei und Deutschland.

Am Nachmittag wollen wir vor diesem Hintergrund einen Blick darauf werfen, wo es in Mitteleuropa bzw. wo es mit Mitteleuropa in der EU hingehen kann. Wir suchen Antworten auf die Fragen, ob Mitteleuropa als ein Kern in Europa

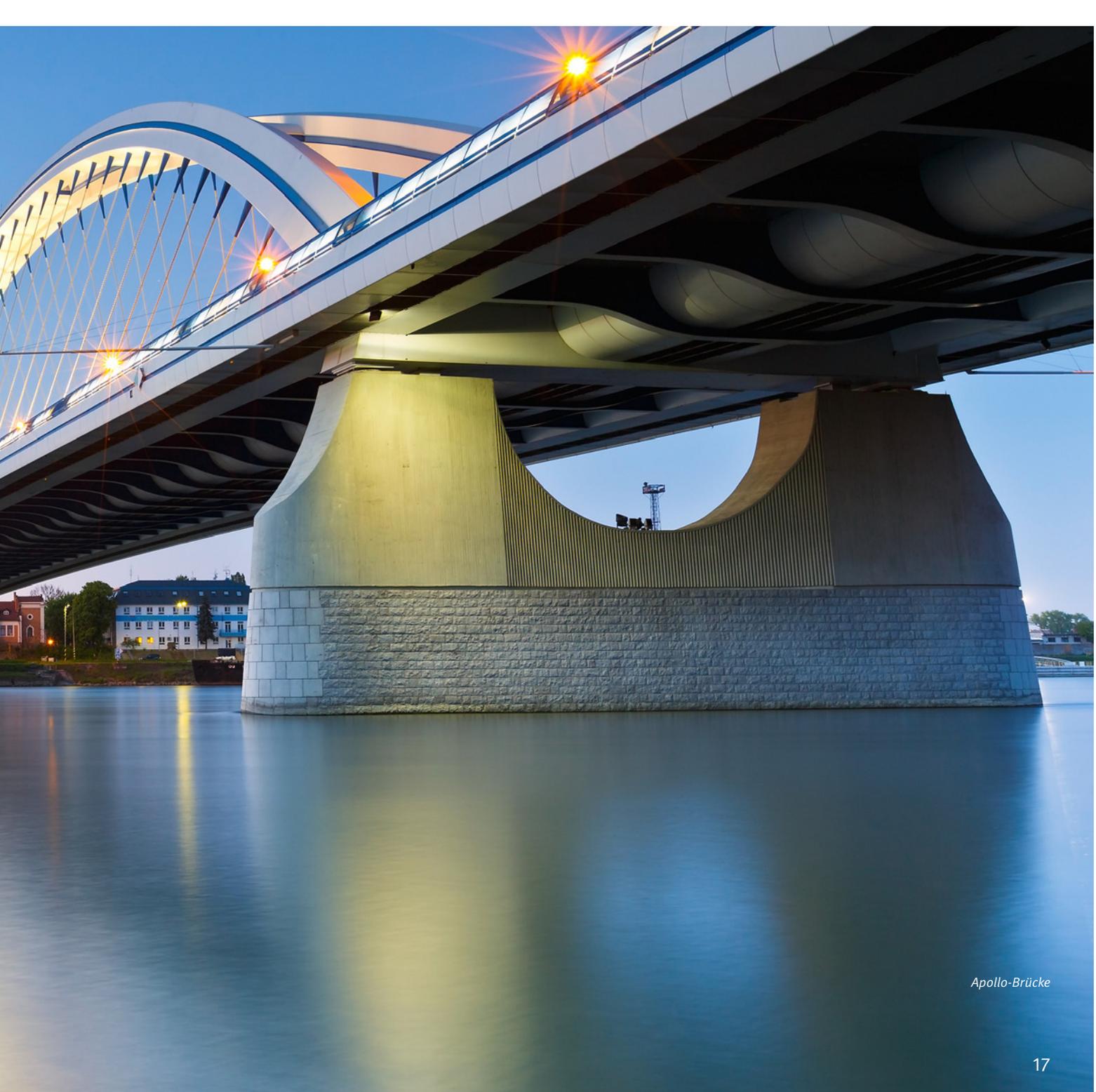
gesehen werden kann und wie es eventuell als ein solcher Kern die EU beeinflusst. Ich habe dabei die große Freude und Ehre, Ihnen mit Frau Professorin Iveta Radičová sowie mit Milan Štěch zwei herausragende Impulsreferenten anzukündigen zu dürfen. Nach den Vorträgen erleben wir eine Diskussion mit Teilnehmern aus Polen, der Slowakei und Deutschland – alle Kenner der Materie.

Verehrte Gäste, unsere Konferenz fügt sich ein in die allgemeine Diskussion, wie sich Europa zukünftig „aufstellen“ soll. Sie wirft dabei die vielerorts vernachlässigte Frage auf, welche Rolle Mitteleuropa in Europa spielen kann – zwischen Sehnsuchtsort und Gestaltungsmacht. Ich wünsche uns allen eine anregende Veranstaltung und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.«



Thema I

Mitteleuropas Wirtschaft und Infra- struktur in Europa



Apollo-Brücke

A photograph of Ivan Mikloš, a man with glasses wearing a dark suit and tie, speaking at a wooden podium. A microphone is positioned in front of him. In the background, a flag with a red cross on a white field is visible. The scene is brightly lit, likely indoors.

Mitteuropa: eine doppelte Falle und wie man ihr entkommt

Ivan Mikloš

» Guten Tag. Zunächst gestatten Sie mir bitte, dass ich mich für die Einladung zu dieser Konferenz bedanke, und zwar auch persönlich bei Herrn Dr. Rößler, dass er die Entstehung dieses Forums initiiert hat. Ich habe nicht einen solch großen Erfolg wie Herr Dr. Rößler erzielt, der von Passau bis Budapest geradelt ist. Ich habe gemeinsam mit meiner Frau nur die Strecke von Passau bis Bratislava auf dem Rad zurückgelegt. In Bratislava haben wir Schluss gemacht. Aber

ich kann bestätigen, dass die Idee, Mitteleuropa vom Fahrrad aus zu betrachten, wirklich stark und attraktiv ist.

Den Titel meines Vortrags habe ich ein wenig geändert. Sicher ist es schön, von Erfolgen zu reden, und Mitteleuropa ist gewiss eine Erfolgsgeschichte. Eine Geschichte des Erfolgs, der vor allem auf Reformen und auf Integration gründet. Österreich und Deutschland gehören unter dem Ge-

sichtspunkt der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zweifellos zu den erfolgreichsten Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg, und die anderen Länder Mitteleuropas stellen wiederum nach dem Sturz des Kommunismus eine ebenso erfolgreiche Geschichte der Transformation, der Reformen und der Integration in die Europäische Union dar.

Es ist unstrittig, dass es sich in beiden Fällen um Erfolgsgeschichten handelt, allerdings bin ich der Meinung, dass viel nützlicher als das Sprechen von Erfolgen das Sprechen über die Herausforderungen ist. Wichtig ist, über Probleme zu sprechen und davon, was uns bevorsteht und was unbedingt geändert werden muss, damit dieser Erfolg anhält. Denn Tatsache ist, dass es ein „ABER“ gibt. Ich nenne meinen Vortrag daher „Mitteleuropa: eine doppelte Falle und wie man ihr entkommt“.

Man kann nicht über Mitteleuropa sprechen, ohne Europa zu erwähnen. Ebenso kann man nicht über Europa sprechen, ohne die Welt im Auge zu haben.

Die Weltwirtschaft und überhaupt die Welt als solche ist unglaublich vernetzt, globalisiert. In der Welt hat sich in den letzten Jahren etwas Wesentliches abgespielt. Gestatten Sie mir, es zu benennen, denn ich halte es für den Schlüssel, um einen Ausweg aus der heutigen Lage zu suchen und zu finden – aus der doppelten Falle. Später werde ich erklären, worin ich die doppelte Falle sehe.

Eine neue Epoche ist nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 angebrochen. Ab dem Zweiten

Weltkrieg bis zum Jahr 2007/2008 hat sich die Welt recht dynamisch und sehr erfolgreich entwickelt. Es kam zur Demokratisierung, zu Reformen, und zwar nicht nur in den ehemaligen kommunistischen Ländern Europas, sondern zum Beispiel auch in China und einigen anderen Ländern. Diese Epoche ist charakterisiert durch den Aufschwung des freien Handels, der Offenheit, durch Globalisierung, durch Reformen, die auf dem sogenannten Washington-Konsens beruhen. Die Europäische Union hat sich erweitert, es entstand die Eurozone, es kam zu einem deutlichen Absinken der extremen Armut. Der in extremer Armut lebende Anteil der Weltbevölkerung sank zwischen 1981 und 2015 von 52 auf 9 Prozent. Der Welthandel wuchs schnell.

Nach 2008 kam es zu einer Wende in fast allen diesen Bereichen. Die soziale Mobilität verringerte sich. Zuvor war die soziale Mobilität hoch. Jede Generation konnte erwarten, dass die nächste Generation besser leben wird als die vorige. In der Gegenwart kommt es zu einer wesentlichen Verringerung der sozialen Mobilität. Es kommt zu einem Anstieg der Einkommensungleichheit und es wächst die Anzahl der Menschen, die mit Angst und Skepsis in die Zukunft blicken, und die nicht glauben, dass ihre Kinder es einmal besser haben werden. Es kommt zu einem prinzipiellen Verfall des Vertrauens in die Gesellschaft, zu einem Anstieg des Pessimismus, der Konflikt zwischen den Generationen ist ebenfalls evident. Dies alles ergibt sich nicht nur aus der Schuldenkrise, sondern auch aus der demographischen Krise, aus den ökologischen Gefahren und auch aus der steigenden Einkommensungleichheit. Ereignisse wie der Brexit oder die Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten, die Polarisierung, die zunehmende illiberale Demokratie und der Staatskapita-

lismus, der Anstieg des neuen Populismus – das alles sind Erscheinungen, die das bisher im Rahmen eingefahrener Regeln funktionierende System ernstlich gefährden können.

Wir befinden uns in einer paradoxen Situation. Einerseits war es auf der Welt niemals besser als heute. Und zwar bezüglich des weltweiten Reichtums, der Armut, des Hungers, der Epidemien, der Gefahren, militärischer Konflikte oder der Anzahl von Menschen, die eines gewaltsamen Todes sterben. Die Welt war niemals zuvor in einem besseren Zustand. In dieser Verfassung befindet sich die Welt dank der liberalen Demokratie, Dank der Freiheit, Dank der politischen und wirtschaftlichen Freiheit. Zugleich wird jedoch die liberale Demokratie gefährdet durch neue Phänomene, die gerade nach 2008 auftraten. Schön wird dies zum Beispiel durch den wachsenden Populismus illustriert. Dadurch, wie die Vertretung der populistischen und extremistischen Parteien in den nationalen Parlamenten zunimmt. So betrug etwa allein in der EU im Jahr 2008 die Anzahl der Abgeordneten populistischer Parteien in den nationalen Parlamenten 225, im Jahr 2014 waren es bereits 703. Seitdem hat sich das noch verschlechtert. Während im Jahr 2000 die die extreme Rechte vertretenden Abgeordneten drei Prozent ausmachten, sind es heute 16 Prozent.

Die prinzipielle Frage lautet deshalb: Was ist zu tun, damit diese Bedrohung nicht zur Tatsache wird und damit die Grundlagen der liberalen Demokratie und der Marktwirtschaft nicht erschüttert werden?

Es ist offensichtlich, dass die liberale Demokratie und die Marktwirtschaft, also Werte, auf denen die EU aufbaut, nicht ohne Fehler sind. Jedoch ist dieses System das beste von denen, die wir kennen und die existieren. Um es mit Winston Churchill zu sagen: die Demokratie ist kein gutes System, aber alle anderen sind noch schlechter.

Selbstverständlich spielt hierbei die Ökonomie eine bedeutende Rolle, und deswegen ist es bezeichnend, dass die neue Etappe der Gefährdung von Wohlstand, Freiheit und Demokratie gerade nach der globalen Finanzkrise einsetzte. Eine Studie des deutschen ifo-Instituts kam zum Ergebnis, dass dies langfristig gilt. Im Zeitraum von 1884 bis 2014 erhöhten Finanzkrisen die Popularität extrem rechtsgerichteter Parteien im Durchschnitt um jeweils 30 Prozent. Nach jeder derartigen Krise kam es zum Aufschwung solcher Strömungen. Es bleibt die Frage, was zu tun ist, damit solche Gefahren nicht zur Tatsache werden.

Betrachten wir Mitteleuropa, konkret die Visegrád-Staaten Polen, Tschechien, Ungarn und die Slowakei? Was ist in Mitteleuropa passiert? Es ist eine Erfolgsgeschichte, denn nach den 1990er Jahren gehörten diese Länder bezüglich der Reformen und der Integration zu den erfolgreichsten. Gerade die Reformen zum Aufbau der Institutionen der Marktwirtschaft und der Integration in die EU waren die Hauptursache für den Erfolg dieser Länder. Als Schlüsselfaktor ist die Beziehung zwischen der politischen Freiheit und der wirtschaftlichen Freiheit zu erwähnen. Das ist ein Thema, das in akademischen Kreisen recht intensiv diskutiert wird und über das viel polemisiert wird. Ich denke, dass gerade die Erfahrung der ehemaligen kommunistischen Länder darauf hinweist, dass politische und wirtschaftliche Freiheit ge-



gegenseitig nicht im Widerspruch stehen, sie sind sogar eine unumgängliche Voraussetzung für den Erfolg. Und wenn wir die ehemaligen kommunistischen Länder betrachten, dann sind gerade diejenigen wirtschaftlich erfolgreicher, die auch einen höheren Grad an politischer Freiheit genießen, d.h. in denen es freie Wahlen gibt und es zu regelmäßigen Regierungswechseln kommt. Dagegen haben postkommunistische Länder mit autoritativen Regimen oder Diktaturen auch schlechtere ökonomische Ergebnisse bezüglich Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Selbstverständlich gibt es stets Ausnahmen.

Ökonomische und politische Freiheit sind eine unumgängliche Voraussetzung für Prosperität und Wirtschaftswachstum. Hier stoßen wir jedoch auf ein prinzipielles Problem. Nicht nur weltweit, sondern auch in den Ländern Mitteleuropas wächst das, was wir illiberale Demokratie und Staatskapitalismus nennen. Es schien zunächst, dass es nur kurzfristige Extreme sein würden. In den 1990er Jahren waren die bekanntesten Beispiele illiberaler Demokratien das damalige Jugoslawien mit Slobodan Milošević, Weißrussland mit Alexander Lukaschenko und die Slowakei unter Vladimír Mečiar. Jetzt sehen wir, dass derartige Abweichungen nicht

nur kurzfristig bestehen können. Als Beispiele dienen Russland, Weißrussland oder die Türkei. Wenn wir von Mitteleuropa reden, dann auch Ungarn und in letzter Zeit auch Polen. Der ungarische Premierminister Viktor Orbán bekannte sich vor einigen Jahren offen dazu, dass das, was er in Ungarn aufbaue, eine illiberale Demokratie sei. Illiberale Demokratie heißt Nichtrespektieren der Minderheitenrechte, der institutionellen Unabhängigkeit und vor allem Missbrauch der Staatsmacht zur Einschränkung des politischen und wirtschaftlichen Wettbewerbs. Es ist kein Zufall, dass derartige illiberale Demokratien oftmals zugleich einen Staatskapitalismus einführen. Ebenso ist es kein Zufall, dass ein solcher Staatskapitalismus in der Regel ein korumpierter Kapitalismus ist und dass der Grad der Korruption in solchen Systemen wächst. Kein Zufall deswegen, weil es zur Einschränkung der Freiheit kommt.

Freiheit muss aufbauen auf der Chancengleichheit, auf dem fairen Wettbewerb der Ideen im politischen Bereich und der Wirtschaftstreibenden im wirtschaftlichen Bereich. Wenn eine solche Freiheit fehlt, äußert sich dies früher oder später im wirtschaftlichen Zurückbleiben.

Es ist offensichtlich, dass der stärkste Motor für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum die Konkurrenz, die Freiheit und der auf Chancengleichheit beruhende Wettbewerb ist. Eines der Probleme besteht darin, dass es scheint, als gehe es nicht um kurzfristige Abweichungen. Vor allem im Licht der Entwicklung nach der Finanzkrise, im Licht des wach-

senden neuen Populismus kommt es dazu, dass die Gefahr realer wird und auch Länder betrifft, bei denen man das früher nicht vermutet hätte. Wenn man in den 1990er Jahren von illiberalen Demokratien gesprochen hat, bezog man sich meist auf Länder, die zurückgebliebener waren.

Die Wirtschaftskrise hatte natürlich ihre wirtschaftlichen Wurzeln, aber die heutige politische, gesellschaftliche und die Werte betreffende Krise ist auch dadurch gegeben, dass sich die Welt im Wandel befindet. Es kommen neue Herausforderungen, neue Gefahren auf uns zu. Krisen wie die Migrationskrise, die demographische Krise, der Terrorismus, der radikale Islam. Diese neuen Phänomene rufen neue Probleme hervor, und die alte Politik war nicht immer imstande, schnell und effektiv genug auf sie zu reagieren. Das ist natürlich, das kommt immer vor.

Immer wenn es zu Wandlungen kommt, kommt es zu Konflikten zwischen der alten Politik und den Herausforderungen, denen die Politiker die Stirn bieten müssen. Selbstverständlich gab es das Risiko des Populismus und der Demagogie immer. Populisten hatten es in der Politik immer leichter als Reformatoren, denn erstere setzen auf die Angst der Menschen vor Veränderungen. Hier sehe ich ein prinzipielles Problem. Die mit der Globalisierung und dem globalen Wettbewerb zusammenhängenden neuen Bedingungen erfordern ständigen Wandel, ständige Reformen. Reformen durchzusetzen ist aber in allen demokratischen Ländern schwierig, denn Reformen bedeuten Wandel und die Menschen haben natürlich Angst vor Wandel. Die Aversion gegenüber dem Risiko ist eine normale menschliche Eigenschaft, die Menschen fürchten sich vor neuen, ihnen



unbekannten Bedingungen. Die Populisten versuchen diese Furcht der Menschen vor unerlässlichen Wandlungen zu missbrauchen. Davon sind wir auch aktuell Zeuge. Die neue Lage schafft neue Befürchtungen, neue Gefahren, und die Menschen fühlen sich verunsichert. Die Politik war nicht immer imstande, darauf zu reagieren.

Die Reformatoren müssen viel effektiver Freiheit, Offenheit und Chancengleichheit verteidigen. Sie müssen Leader sein, müssen viel effektiver für die gefährdeten Werte kämpfen, und dies betrifft auch die EU selbst.

Ich bin überzeugt, dass es auch deswegen zu den neuen Gefährdungen gekommen ist, weil die Verteidiger der Freiheit Fehler gemacht haben. Auch im Projekt der EU selbst finden wir diese Fehler. Als Fehler betrachte ich z. B. die beschleunigte Integration dort, wo sie ohne sachliche Begründung war. Als gutes Beispiel dient hier, dass Griechenland als Mitglied der Eurozone akzeptiert worden ist, obwohl es damals offensichtlich die Beitrittsbedingungen nicht erfüllt hat. Für ein weiteres wesentliches Problem in der Frage der Nachhaltigkeit der EU betrachte ich, dass es zu wenig Marktreformen und Konvergenz gibt. Das führt zu Spannungen zwischen dem wettbewerbsfähigeren Norden und dem weniger wettbewerbsfähigen Süden. Diese Divergenz ist all-



mählich entstanden und entsteht weiterhin, sie vergrößert sich, statt kleiner zu werden, denn es fehlen Reformen. Für einen Fehler halte ich auch das Überschätzen der europäischen Integration und das Unterschätzen der Rolle der Nationalstaaten. Ich stimme Herrn Dr. Rößler zu, dass die Integration und die Nationalstaaten nicht antagonistisch sein

dürfen, und dass die erfolgreiche europäische Integration auch auf starken und wettbewerbsfähigen Staaten und Volkswirtschaften fußen muss. Als einen Fehler betrachte ich auch den Multikulturalismus und die „political correctness“, denn sie schwächen die Freiheit und die Chance, sich gegen die Feinde unserer Freiheit zu wehren. Ob es uns

gefällt oder nicht, der radikale Islam ist ein Problem, das unsere Freiheit bedroht. Ein weiterer Fehler ist, wenn wir wegen der „political correctness“ nicht fähig und willens sind, die wirklichen Ursachen der Probleme, die wir heute haben, zu benennen. Wie wollen wir ein Problem lösen, wenn wir seine Ursache nicht benennen können?

Eine Analyse darüber, wie in den deutschen Medien über die Flüchtlingskrise berichtet wurde, kam zum Ergebnis, dass die Medien sehr einseitig zugunsten der „Willkommenskultur“ informiert haben. Es entstand die reale Gefahr, dass Kritiker einer solchen Politik als fremdenfeindlich und rassistisch gebrandmarkt wurden, obwohl sie es nicht waren. Eine solche Atmosphäre hemmt natürlich eine freie und offene Diskussion. Gerade zur Verteidigung der Freiheit ist es erforderlich, dass wir die Probleme direkt und offen benennen und dass wir Multikulturalismus und „political correctness“ zumindest in der Form ablehnen, wie sie sich in vielen Ländern Westeuropas herausgebildet haben und so der freien Diskussion im Wege stehen. Weshalb kann ein konservativer Politiker an fast keiner amerikanischen Universität mehr auftreten, ohne dass ihm physischer Schaden droht?

Ich persönlich halte die deutschen und die französischen Wahlergebnisse für sehr gut. Ich denke, sie sind eine gute Nachricht im Zusammenhang mit den Problemen, mit denen wir heute konfrontiert sind. Es ist gut für Deutschland und auch für Europa, denn es wird die Diskussion bis zu einem gewissen Maße ausbalancieren. Europa braucht Marktreformen. Emmanuel Macron ist eine Führungspersönlichkeit, die sie durchsetzen will und zugleich ein Leader, der in einigen Bereichen zu weit geht bezüglich des Aufbaus einer viel stärker integrierten EU. Sobald das Pro-

jekt der europäischen Integration in eine Position gedrängt wird, die nicht der europäischen Identität in Beziehung zu den nationalen Identitäten entspricht, so gefährdet dies das eigentliche europäische Projekt. Diese Tendenzen werden nach den Wahlen aufgewogen. Die europäische Politik (insbesondere die Formung neuer Regeln in der Eurozone und im Schengen-Raum) wird nach diesem Gesichtspunkt ausgewogener. Einerseits kann es zu den notwendigen und unerlässlichen Änderungen kommen und andererseits wird verhindert, dass man viel zu weit geht.

Abschließend etwas zu der erwähnten doppelten Falle: Die erste Falle besteht in dem, was ich bereits sagte. Sie besteht in dem evidenten Anwachsen populistischer Parteien, die entweder offen oder verdeckt die illiberale Demokratie und den Staatskapitalismus fördern und die Regeln der politischen und wirtschaftlichen Freiheit gefährden. Es ist offensichtlich, dass es zum Erstarken solcher Kräfte und Strömungen kommt. In der Tschechischen Republik finden in ein paar Tagen Wahlen statt. Nicht nur das Erstarken der Populisten und die Antiimmigrationsrhetorik illustrieren die Lage in Tschechien, sondern auch die Tatsache, dass die einzige proeuropäische Partei, die sich offen zum Eintritt in die Eurozone bekennt, in Umfragen nur sechs Prozent der Wählerschaft erreicht. Das ist die erste Falle.

Die zweite Falle ist eine ökonomische. Sie besteht darin, dass die mitteleuropäischen Volkswirtschaften hinsichtlich der Konvergenz und des Wirtschaftswachstums ihren markanten Erfolg dank der durchgeführten Reformen und dank der Integration in die EU, im Fall der Slowakei auch in die Eurozone, erreicht haben. Zugleich sind sie jedoch mit der Falle der mittleren Einkommen konfrontiert. Die Falle der

mittleren Einkommen besteht darin, dass das bisherige Wachstum nur erzielt werden konnte, weil diese Länder ihre hohe Wettbewerbsfähigkeit in der industriellen Massenproduktion ausnutzten. Die Fahrzeugproduktion ist ein gutes Beispiel dafür. Man kann Autos in gleicher Qualität wie in Deutschland oder Frankreich herstellen, aber dennoch billiger, denn das Wirtschaftsniveau und die Löhne sind hier niedriger. Die Falle der mittleren Einkommen besteht darin, dass – wenn man die zur Verbesserung des unternehmerischen Umfelds und zur Erhöhung der Qualität des öffentlichen Sektors führenden Reformen nicht fortsetzt und nicht an der Erhöhung der Bildung, der Förderung von Wissenschaft und Forschung arbeitet – das weitere, auf der industriellen Massenproduktion beruhende Wachstum eingeschränkt ist. Wächst man schneller als die hochentwickelten Länder, dann steigen auch die Löhne schneller und die auf geringeren Kosten beruhende Wettbewerbsfähigkeit sinkt entsprechend. Nötig sind dann Reformen, welche die Wirtschaftsstruktur zu ändern imstande sind. Reformen, die mehr Arbeitsplätze mit höherer Wertschöpfung schaffen. Reformen, die Kapital in diese Bereiche locken.

Der Mangel an Reformen in diesen Ländern gefährdet folglich die Nachhaltigkeit des höheren Wirtschaftswachstums und der Konvergenz. Als gutes Beispiel kann die Slowakei dienen, die während der zwei Amtszeiten von Mikuláš Dzurinda in den Jahren 1998 bis 2006 wesentliche Reformen durchgeführt hat. Seitdem führt man in der Slowakei keine Reformen mehr durch, einige sind sogar revidiert worden, manche wurden aufgehoben. Die Slowakei gilt immer noch als erfolgreiches Land. In den letzten drei Jahren liegt das Wachstum aber unter dem Durchschnitt Europas, d. h. unsere Konvergenz ist zum Stillstand gekommen. Das ist nicht



allein das Problem der Slowakei, das ist das Problem aller Länder Mitteleuropas.

Zur Illustration möchte ich das Beispiel der Immigration in die Slowakei anführen. Einerseits hat die Slowakei die am schnellsten alternde Bevölkerung, also eine der schlechtesten demographischen Kurven. Der Anteil der Bevölkerung im postproduktiven Alter steigt markant an. Schon heute spürt das Land den resultierenden Arbeitskräftemangel. Allein in der Automobilindustrie fehlen etwa 14.000 Leute, in der Industrie insgesamt etwa 50.000. In ein oder zwei Jahren startet Jaguar Land Rover seine Produktion in Nitra und die Slowakei wird nicht nur die Nummer eins weltweit bezüglich der Automobilproduktion pro Kopf der Bevölkerung sein, sondern wir werden auch doppelt so viel produzieren wie die Tschechische Republik, die in dieser Kennziffer an zweiter Stelle steht. Doch schon heute spürt man den Arbeitskräftemangel. Insgesamt sind es hunderttausende Menschen, die schon heute fehlen. Der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung wird künftig noch mehr absinken. Die Lösung wäre eine höhere Geburtenrate und Zuwanderung. In der Geburtenrate lassen sich keine enormen Änderungen erwarten, sodass sich der Weg der Zuwanderung anbietet. Die slowakische Bevölkerung lehnt aber laut Meinungsumfragen Zuwanderung ab, sie hat hierzu eine feindliche Haltung, sogar wenn es sich um Zuwanderer aus EU-Ländern handelt, ganz zu schweigen von außereuropäischen Migranten. Diese Angst und die Befürchtungen – die zu einem beträchtlichen Maße irrational sind, denn wir haben hier ja gar keine Migranten –, werden durch populistische Politiker noch genährt und geschürt. Dies lässt für die Zukunft eine zweite große Falle entstehen.

Der Ausweg ist selbstverständlich der Wandel. Ein auf der Realpolitik beruhender Wandel. Gegen den Populismus muss man ständig ankämpfen und Vieles erklären, man muss eine aktive Zuwanderungspolitik betreiben. Erforderlich ist ein rationaler Zugang. Die damit verbundenen Risiken darf man nicht verbergen. Man muss Maßnahmen zur Minimierung dieser Risiken ergreifen. Das hängt im weiteren Wortsinne mit dem Schengen-Problem zusammen, mit der gemeinsamen Asylpolitik der EU – für deren Erörterung ich aber keinen Raum mehr habe.

Für die doppelte Falle, die ganz offensichtlich existiert, gibt es nur eine Lösung: Reformen. Reformen sind aber heute nicht so sehr ein technisches, als vielmehr ein politisches Problem. Um Reformen durchzusetzen, ist eine politische Führung unerlässlich, die nicht dem Populismus verfällt und die reale Lösungen anbietet.

Das wird nicht leicht sein, aber ich glaube, dass es gelingen kann, insbesondere die französischen und die deutschen Wahlergebnisse erfüllen mich in dieser Hinsicht mit Optimismus. Und ich glaube, dass es auch in den anderen Ländern Mitteleuropas dazu kommen wird, dass die Gefahren, wie es die Gefährdung der Freiheit oder das Anwachsen der illiberalen Demokratien sind, nur vorübergehende Erscheinungen bleiben und dass es in Zukunft zu einem Wandel kommt.

Danke.◀



Podiumsdiskussion

Ing. Ivan Mikloš

Ing. Alexander Matušek

Dr. Miklós Losonc

Dr. Denisa Čiderová



→ **Dr. Christian Geinitz** (Moderation):

Herr Mikloš, ganz herzlichen Dank. Das war viel Gedankenfutter für unsere nun folgende Diskussion. Dazu habe ich eine ganze Reihe von namhaften Gästen, die ich Ihnen kurz vorstellen möchte. Besonders freut mich, dass wir hoffentlich in der Lage sein werden, das Thema mitteleuropäische Integration im Bereich Wirtschaft und die Bedeutung der Infrastruktur aus mindestens zwei oder sogar aus drei Perspektiven heraus beleuchten zu können. Wir haben bereits die erste, die politische Sicht von Herrn Mikloš gehört, wir haben zudem die akademische Sicht und wir haben die Sicht der Praktiker.

Ich beginne meine Vorstellung mit Frau Dr. Denisa Čiderová. Sie hat heute ein Heimspiel, da sie als Wissenschaftlerin an der Wirtschaftsuniversität hier in Bratislava arbeitet. Sie arbeitet dort als Prorektorin für Forschung sowie für die Promotionsstudiengänge. Sie ist also auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs zuständig, was sicher die vielen anwesenden Studenten, die ich herzlich begrüßen möchte, interessieren dürfte. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Europäische Union, die EU-Erweiterung und auch die EU-Außenbeziehungen, was Sie für unsere heutigen Fragen besonders interessant macht. Herzlich willkommen, Frau Dr. Denisa Čiderová.



Dr. Christian Geinitz
(Moderation)



Unser ungarischer Gast heute ist Herr Dr. Miklós Losoncz. Er hat noch zu sozialistischer Zeit Wirtschaftswissenschaft in Budapest studiert, wie er mir im Vorgespräch sagte, an einer recht liberal ausgerichteten Wirtschaftshochschule, sodass er auch die westliche Wirtschaftstradition, nicht nur allein die marxistische kennenlernen durfte. Das war sicher ein großer Vorteil dafür, dass Sie dann in der Umbruchphase Leiter des Instituts für Wirtschaftsplanung wurden, später Berater im Ministerium für Außenwirtschaftsbeziehungen. Sie gingen dann in die Forschung und Lehre, zunächst als Professor an der Budapest University of Technology und Economics, und

wenn ich mir das richtig notiert habe, dann sind Sie seit 2006 an der Budapester Wirtschaftshochschule tätig. Ihre Spezialgebiete sind die angewandte Forschung zur europäischen Integration sowie die Wirtschaft in Mittel- und Osteuropa, also genau die Themen, über die wir sprechen wollen. Herr Dr. Losoncz, herzlich willkommen.

Schließlich – wie versprochen – ein Praktiker auf dem Podium. Wir begrüßen ganz herzlich Herrn Alexander Matušek. Er hat Ingenieurwissenschaften studiert, ist seit 1995 bei Volkswagen Slowakei tätig und hat dort den Aufstieg dieses großen Players zu einem oder dem führenden privatwirtschaftlichen Industrieunternehmen in der Slowakei mit begleitet und mit gestaltet. Es gab Zwischenstationen im Westen, wenn man so sagen will, in Portugal und in den Vereinigten Staaten. Heute ist er Leiter der sogenannten „Strategie Think Blue. Factory.“ und auch von General Services Volkswagen Slowakia. Sie sind nicht allein als Volkswagenrepräsentant für uns interessant, sondern Sie sind auch Vizepräsident und Exekutiver Vizepräsident der Vereinigung der slowakischen Automobilindustrie. Herr Matušek, herzlichen Dank, dass Sie da sind.

Meine Damen und Herren! Wir gehen durch eine spannende Zeit, auch im Hinblick auf die vergangenen Wahlen. Frankreich hat gewählt, Deutschland hat gewählt, Österreich, wo ich jetzt lebe, hat am Sonntag gewählt. Tschechien wählt in dieser Woche. Möglicherweise sind einige davon tatsächlich Umbruchwahlen. Greifen wir einmal etwas Brandaktuelles heraus, nämlich das Ergebnis der Nationalratswahlen in Österreich. Möglicherweise gibt es da bald eine schwarz-blaue, eine konservativ-

nationale Regierung, von der man in Wien den Eindruck hat, sie könnte sich mehr in Richtung Mitteleuropa orientieren. Es ist schon die Rede davon, dass sich Österreich jetzt nicht formell, aber gedanklich an die Visegrád-Gruppe annähern könnte. Könnte aus Ihrer Sicht, Frau Dr. Čiderová, diese österreichische „Ost-Orientierung“ unter einem Ministerpräsidenten Sebastian Kurz Mitteleuropa wieder mehr in den Fokus rücken und wäre das aus Ihrer Sicht wünschenswert?

→ **Dr. Denisa Čiderová:**

Zunächst möchte ich mich bei den Vertretern des Nationalrats der Slowakischen Republik sowie beim Sächsischen Landtag herzlich dafür bedanken, dass sie diese Veranstaltung nach Bratislava gebracht haben. Mein aufrichtiger Dank gilt Ihnen auch dafür, dass ich zur Podiumsdiskussion eingeladen wurde und meine Alma Mater, die Wirtschaftswissenschaftliche Universität in Bratislava, hier repräsentieren darf. Das ist nicht nur meine Alma Mater, sondern auch die von Herrn Ivan Mikloš.

Doch zur Diskussion – es handelt sich schließlich um ein äußerst aktuelles Thema. Im einleitenden Beitrag von Herrn Mikloš war eine Vielzahl sehr inspirierender Ideen zu hören. Ich würde mich gern einigen von ihnen zuwenden, beginne aber mit der Lage der Visegrád-Gruppe (V₄). Ich gehöre zu der Generation, die noch in zwei Welten gelebt hat. Dafür bin ich dankbar. Wenn hier etwas von Generationswechsel zu hören war, so handelt es sich auch um einen Wechsel in der Denkweise. Ich freue mich, dass Studenten anwesend sind und dass Studenten erwähnt worden sind, denn für unsere Studierenden, die zum Teil erst in diesem Jahrtausend geboren wurden,

sind die Eurozone, ist Schengen und die Europäische Union selbstverständlich. Es ist die eine Realität, die eine Welt, in der sie leben, es ist die Luft, die sie atmen.

Bezüglich Österreich und V₄ gab es intensive Bemühungen seitens Österreichs zum Beispiel für die Schaffung einer sogenannten strategischen Partnerschaft. Für die V₄ und für die Slowakei sind Österreich und Deutschland tatsächlich strategische Partner. So, wie es Herr Mikloš in seinem einleitenden Beitrag sagte: die EU durchlebt turbulente Zeiten, aber das europäische Projekt ist gegenwärtig wohl das Beste, das wir uns vorstellen können. Ebenso wurden Deutschland und Österreich als zwei Beispiele für Entwicklung und Reformwillen in der Praxis erwähnt. Ich freue mich, dass die Slowakei ebenfalls ihren guten Weg gegangen ist, und dieser Weg ist vergleichbar mit dem Weg der V₄. Ich spreche von der V₄ in ihren vier Phasen. Die erste Phase bis 1993, als die Trennung der Tschechoslowakei vorbereitet wurde, die zweite Phase, die Reformen und die Orientierung auf den Aufbau der eigenen Währung brachte. Die Phase ab 1998, die charakterisiert ist durch die Annäherung an die EU und das Bestreben nach europäischer Integration, die sich bis heute weiterentwickelt. Und nicht zuletzt die Phase nach 2004, als die EU die Staaten Mittel- und Osteuropas in ihren Klub aufgenommen hat – zu ausgehandelten und sich nonstop weiterentwickelnden Bedingungen.

Bezüglich der Frage einer möglichen Koalition in Österreich: Österreich ist historisch gesehen ein sehr multikulturelles Land. In wesentlicher Weise hat es die gesamte Region beeinflusst, und dank Österreich und Deutschland hat Mitteleuropa seine Eigenart bekommen. Die glo-



bale Krise verursachte tatsächlich einen Schock, in dessen Folge die EU und die einzelnen Mitgliedsstaaten in eine bessere Kondition gerieten. Die Frage ist, ob der gegenwärtige Optimismus nicht übertrieben ist. Ich gestatte mir eine Bemerkung zu den „Hard data“, also den Angaben, die etwas über den Zustand der Weltwirtschaft aussagen, sowie über den Zustand der einzelnen Mitgliedsstaaten. Natürlich müssen auch die „Soft data“ erwähnt werden, also die Stimmung, die in der Gesellschaft herrscht. Dafür stellen Wahlen den Lackmустest dar. In diesem Kontext möchte ich noch bemerken, dass

wir immer von den Mitgliedsstaaten sprechen. Aber die aktuelle weltpolitische Lage, die sich von einer Bipolarität zu einer Multipolarität verschoben hat, lenkt den Blick von den Mitgliedsstaaten auf die Regionen. Die Diskussionen über Katalonien sind der Beweis dessen. Hier gelangen wir zu der Frage, ob die EU starke Mitgliedsstaaten braucht, oder starke Mitgliedsstaaten mit starken Regionen. Dankeschön.

→ **Dr. Christian Geinitz:**

Vielen Dank. Bleiben wir vielleicht noch einen Moment bei den harten Daten, wie Sie das so schön genannt haben. Herr Dr. Losoncz, vielleicht darf ich Sie dazu als Volkswirt fragen. Die Wachstumsraten hier in der Region in Mitteleuropa sind ja deutlich stärker als im Rest der Europäischen Union. Die Staatsfinanzen sind solide, die Arbeitslosigkeit sinkt. Könnte man nicht eigentlich sagen, Mitteleuropa ist wirtschaftlich betrachtet das bessere Europa, der wirtschaftliche Motor Europas?

→ **Dr. Miklós Losoncz:**

Ja, Mitteleuropa kann ein Motor der Europäischen Union werden, aber das Bild ist ein wenig komplizierter. Zwar sind die Wachstumsraten beeindruckend. Das Bruttonationalprodukt wächst etwa in Ungarn je um 3,8 Prozent im Jahre 2017 und 2018. Die anderen mitteleuropäischen Länder zeigen ähnliche Wachstumsraten. Aber der Anteil Mitteleuropas am Bruttonationalprodukt der Europäischen Union beträgt eben nur 5,3 Prozent in Kaufkraftparität und etwa 8,9 Prozent bei aktuellen Preisen. Von diesen Größenordnungen her kann man nicht erwarten, dass das dynamische Wachstum Mitteleuropas einen bedeutenden Einfluss auf die EU-Wirtschaftsleistung ausüben

Podiumsdiskussion

wird. Das Bild ist differenzierter. Einerseits ist die Region der Motor des Wachstums, andererseits scheint der Einfluss der Region auf die Gesamtwirtschaftsleistung der Europäischen Union ziemlich gering zu sein.

→ Dr. Christian Geinitz:

Ein anderes Riesenthema ist der Brexit. Sie haben jetzt Mitteleuropa einerseits beschrieben als einen Motor, wenn auch einen kleinen Motor für Gesamteuropa. Es ist also Impulsgeber. Andererseits ist es ja auch ein reaktiver Faktor. Es muss reagieren, es muss auch auf den Brexit reagieren. Könnten Sie uns ein bisschen ins Bild setzen, wie sich der Brexit möglicherweise auf die Region Mitteleuropa auswirken kann? Wenn man etwa überlegt, wie viele Polen in Großbritannien arbeiten, wie viele Milliarden jedes Jahr an Rücküberweisungen in die Heimat stattfinden, die dort einen erheblichen Teil auch des Wachstums, das Sie gerade beschrieben haben, mittragen.

→ Dr. Miklós Losonczi:

Werfen wir zuerst vielleicht einen Blick auf die Kohäsionspolitik, auf die Bedingungen der Kohäsionspolitik der Europäischen Union. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU nimmt das Durchschnittsniveau des Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts ab. Der erste Effekt des Brexits ist, dass die mitteleuropäischen Länder reicher erscheinen als sie sind, weil der Durchschnittswert des Bruttosozialprodukts sinkt. Deshalb werden sie wahrscheinlich weniger europäische Finanzmittel erhalten. Sie verlieren ihre Berechtigung für die gegenwärtigen Fördersummen aus dem gemeinsamen Budget. Das ist ein wichtiger Effekt des Austritts Großbritanniens.

Zweitens muss man auch damit rechnen, dass der Beitrag Großbritanniens zum gemeinsamen europäischen Budget um 10 Milliarden Euro reduziert wird, zumindest laut der letzten Berechnungen. Das ist eine Gefahr. Wenn dieser Ausfall eintritt, müssen entweder die Nettobeiträger, die reicheren Mitglieder der Europäischen Union ihre Nettobeiträge erhöhen oder die mitteleuropäischen Länder bekommen weniger Finanzmittel aus dem gemeinsamen Budget.

→ Dr. Christian Geinitz:

Vielen Dank. Bleiben wir noch einen Moment beim Bre-



xit, bei der Verschiebung auch der Gewichte innerhalb der Europäischen Union. Da würde ich gern Herrn Mikloš noch einmal kurz um eine Einordnung bitten. Großbritannien war ja innerhalb der EU auch immer so etwas wie ein Korrektiv, ein Gegengewicht zu Süd- und Westeuropa, indem es zum Beispiel seine Währung bewahrte, indem es nationale Eigenständigkeit bewahrte, indem es seine Finanzen zusammenhielt. „I want my money back“ lautete der berühmte Ausspruch von Margaret Thatcher. Gewissermaßen war Großbritannien ein natürlicher Verbündeter auch für Mitteleuropa, das ja ganz ähnliche Ziele hatte und hat. Wenn Großbritannien jetzt die Europäische Union verlässt, wird Mitteleuropa dann diese Unterstützung verlieren und werden Deutschland und Frankreich dann noch dominanter werden?

→ **Ing. Ivan Mikloš:**

Deutschland und Frankreich werden durch den Abgang Großbritanniens ganz offensichtlich dominanter, und ich denke, das ist schlecht. Der Brexit ist schlecht für die EU und noch schlechter für Großbritannien. Großbritannien hat sich sozusagen ins eigene Knie geschossen. Das ist auch für uns schlecht, aus den Gründen, die hier erwähnt wurden. Das betrifft nicht nur die mitteleuropäischen Länder. Das betrifft auch die baltischen Länder und Deutschland. Großbritannien nahm in der EU eine spezifische Position ein, aber – und das sage ich ausgehend von meinen persönlichen Erfahrungen als Finanzminister in den Gruppen ECOFIN und EUROGROUP – Großbritannien war stets bemüht, marktorientierte Lösungen und marktfördernde Reformen durchzusetzen. Reformen, die auf wirtschaftlicher Freiheit beruhen. Also Reformen, die für Europa unerlässlich sind, die eine unumgängliche Vo-

raussetzung für Europas Wettbewerbsfähigkeit sind, denn Europa ist ja nur Bestandteil der globalen Konkurrenz. In diesem Sinne stand Großbritannien, aber auch Deutschland, nahe an den Positionen der mitteleuropäischen und baltischen Länder. Man muss sich vor Augen führen, dass – obwohl wir in der EU sind – die meisten Kompetenzen bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit der EU immer noch bei den Nationalstaaten liegen. Aus diesem Blickwinkel ist der Weggang Großbritanniens aus der EU ein Problem.

In der vorherigen Frage haben wir darüber debattiert, ob Mitteleuropa ein Motor der EU sei. Mitteleuropa ist ein Motor. Das Wachstum in Mitteleuropa ist höher. Man sollte auch betrachten, welche Unterschiede unter den neuen Mitgliedsstaaten bezüglich ihres Wirtschaftswachstums bestehen. Das hat Schlüsselbedeutung. Betrachten wir die „Hard data“ zwischen 2000 und 2016, so waren bezüglich des Wirtschaftswachstums und der Konvergenz die drei baltischen Länder, Polen und die Slowakei die erfolgreichsten. Der durchschnittliche Konvergenzprogress lag in diesen Ländern bei 21,4 Prozent, wenn ich mich richtig erinnere. Konvergenzprogress heißt, wie schnell sich die neuen Mitgliedsstaaten dem Durchschnitt der EU im BIP pro Kopf in Parität zur Kaufkraft annähern – mit anderen Worten, um wieviel rascher sie wachsen im Vergleich zum Durchschnittswachstum in der EU. Jedes dieser fünf Länder hat sich um mehr als 20 Prozent angenähert. Gleichzeitig waren es in Slowenien nur drei Prozent, in Ungarn nur sieben Prozent. Der Hauptunterschied zwischen diesen fünf Ländern einerseits und Ungarn und Slowenien andererseits ist, dass in den fünf erstgenannten auf der wirtschaftlichen Frei-

heit beruhende Reformen durchgeführt wurden, es kam also zu Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung, zur Entflechtung von Monopolen und zu Anreizen für ausländische Investitionen. Dagegen ist Slowenien das Beispiel für das am stärksten regulierte und verstaatlichte postkommunistische Land. Der Anteil des öffentlichen Sektors ist hier enorm, im Bankensektor ist er sogar größer als 50 Prozent. Auch in Ungarn fehlten in den letzten Jahren, und zwar nicht nur unter der Regierung von Viktor Orbán, ausreichende Reformen. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben am BIP in Ungarn ist um Größenordnungen höher. Es kommt zu Verstaatlichungen und anderen Eingriffen. Das Maß der Reformen, die der Motor für Wirtschaftswachstum sind, war viel geringer. Das sage ich nur zur Illustration dessen, was ich in meinem Beitrag betonte: auf diesen Prinzipien beruhende Reformen sind die unbedingte Voraussetzung für Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz. In diesem Sinne wird Großbritannien Europa fehlen.

→ Dr. Christian Geinitz:

Vielen Dank. Wir werden sicher darauf gleich noch mehr eingehen, etwa auf die Homogenität oder auch Inhomogenität dieses Wirtschaftsraums Mitteleuropa selbst. Ich möchte nun gern Herrn Matušek fragen und die Sicht der Praxis erfahren. Ein Unternehmen, ein Konzern oder auch Ihre ganze Industrie, die Automobilindustrie, ist ja auf Vernetzung, auf Lieferketten, auf grenzüberschreitende Prozesse angewiesen. Können Sie uns aus Ihrer Sicht schildern, wie gut eigentlich der Binnenmarkt, wie gut die Integration Mitteleuropas in das große Europa aus Sicht der Automobilindustrie läuft?

→ Ing. Alexander Matušek:

Bevor ich auf Ihre Frage antworte, möchte ich die Automobilindustrie in der Slowakei ein wenig vorstellen. Ivan Mikloš hat schon einiges erwähnt. Die Automobilindustrie in der Slowakei beschäftigt etwa 130.000 Menschen und indirekt etwa weitere 250.000. Sie macht 44 Prozent der Gesamtindustrie der Slowakei aus, sowie ca. 36 Prozent des Exports unseres Landes. Ich spreche von der Automobilindustrie im Jahr 2017, da Jaguar Land Rover seinen Betrieb noch nicht aufgenommen hat, das ist erst für nächstes Jahr geplant. Volkswagen Slovakia (VW), der größte private Arbeitgeber in der Slowakei, hat sein fünfmillionstes Fahrzeug produziert, und zugleich war dies das zehnmillionste Fahrzeug seit Entstehung der Automobilindustrie hierzulande, also seit 1989. Jedes Jahr kommen eine Million in der Slowakei produzierte Fahrzeuge hinzu. Wenn Jaguar seinen Betrieb wie geplant aufnimmt, kommen jährlich noch 300.000 bis 350.000 Fahrzeuge hinzu. Pro 1000 Einwohner werden in der Slowakei jetzt 192 Fahrzeuge hergestellt. In Deutschland sind es 74.

Ich habe 1995 bei VW begonnen. Damals war es noch keine so große Fabrik und wir haben unser Wachstum jedes Jahr fast verdreifacht. Jetzt haben wir uns eingependelt bei einer Produktion von etwa 300.000 bis 400.000 Fahrzeugen pro Jahr. Später kamen Peugeot und Kia hinzu, da bekamen wir die dunklen Seiten der Konkurrenz zu spüren. Die Konkurrenten zeigten Interesse an unseren geschulten Arbeitskräften. Aber um auf Ihre Frage zu antworten: Nehmen Sie eine Landkarte der Slowakei und registrieren Sie darauf die etwa 400 Zulieferer der Automobilindustrie. Schauen Sie sich nun an, wo diese ihren



Sitz haben: 300 von ihnen haben ihren Standort westlich von Žilina. Mit anderen Worten: Wo die Autobahn endet, da endet das Wirtschaftsleben und die Ansiedlung von Firmen. Für uns ist von essentieller Wichtigkeit, dass das Autobahnnetz vollendet wird. Schauen Sie, wie die Fabriken von Hyundai und Kia mit Tschechien verbunden sind – das sind für uns nur weitere Kosten, die unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen verringern.

Sehr gefallen hat mir der Begriff von der „Falle der mittleren Einkommen“ im Vortrag von Herrn Mikloš. Unsere

Kosten wachsen aus bestimmten Gründen. Deswegen benötigen wir andere Faktoren, die dazu beitragen, dass wir Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Unternehmen halten können. Dazu gehört selbstverständlich die Infrastruktur. Viele Jahre lang war ich in Bratislava Chef der Logistik. In den Zeiten, als die Grenzen noch nicht offen waren, bedeutete das jeden Tag Kampf; die Lastkraftwagen standen im Stau an der tschechischen oder österreichischen Grenze. Sie über die Grenze zu bekommen machte fast 30 Prozent unserer Arbeit aus. Eine Arbeit, die es heute nicht mehr gibt. Die europäische Integration und die verbesserte Infrastruktur haben uns riesig geholfen. Heute müssen wir aufpassen, dass wir uns nicht erschöpfen. In der Slowakei hatten wir jahrelang gegen die Arbeitslosigkeit anzukämpfen, jetzt müssen wir sehen, wo wir qualifizierte Arbeitskräfte hernehmen. Aber ich denke, darauf kommen wir später noch.

→ **Dr. Christian Geinitz:**

Infrastruktur, Kosten, Arbeitskräftemangel – alles Themen, die wir hoffentlich wenigstens noch anreißen können. Ich würde aber gern noch einmal bei der Automobilindustrie und deren Bedeutung bleiben. Wir sprechen viel von Fallen, die Falle der mittleren Einkommen etwa und viele andere. Könnte möglicherweise bei allen eindrucksvollen Zahlen, die Sie uns zur Bedeutung der Automobilindustrie genannt haben, auch eine Falle darin bestehen, dass sich die mitteleuropäischen Wirtschaften zu abhängig machen von bestimmten Industrien oder Märkten? Wie beurteilen Sie das? Ist das eine Gefahr?

→ **Ing. Alexander Matušek:**

Ich hoffe nicht. Man sagt, die Slowakei sei das Detroit

Europas. Schauen wir mal, was aus Detroit geworden ist. Detroit begannen die Arbeitskräfte zu fehlen, auf Druck der Gewerkschaften wurden die Löhne erhöht, dann begann es bei der Qualität zu hapern und Detroit endete da, wo es endete. Ich hoffe, daraus haben wir gelernt. Kapazitäten und Mittel dazu haben wir, wir müssen sie nur effektiv einsetzen.

Wie Herr Mikloš sagte: die Automobilindustrie benötigt 14.000 Leute, davon 2.000 Hochschulabsolventen und 12.000 Mittelschulabsolventen. Die Lage ist in der Slowakei so, dass jährlich fünf- bis zehntausend Absolventen einen Hochschulabschluss erlangen, mehr als der Markt braucht. Was aber vielleicht schockierender ist: 63 Prozent der Hochschulabsolventen arbeiten nicht in dem Fachgebiet, das sie studiert haben, und auch 53 Prozent der Mittelschulabsolventen arbeiten nicht in ihrem Fachgebiet. Was heißt das? Das sind 250 Mio. Euro jährlich, aufgewendet für etwas, was wir nicht brauchen. Leider ist das nicht alles. Wenn wir diese Leute einstellen wollen, müssen wir sie erst umschulen. Das sind weitere Kosten. Ich füge noch eine Zahl an: Der Verband der Automobilindustrie ist Mitglied der Assoziation der Industrieverbände, und die Zahl der fehlenden Arbeitskräfte für die Industrie bewegt sich um die 45.000. Es gibt in der Slowakei gegenwärtig 200.000 Arbeitslose, und wir fordern nur, es sollte endlich gesagt werden, ob diese Arbeitslosen einsetzbar sind oder nicht. Wir veranstalten Anwerbeaktionen, auch in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern, und unsere Erfahrung besagt, dass von 1000 Personen 100 geeignet sind, von diesen 100 geeigneten Personen kommen zehn und nach einem Monat bleiben bestenfalls zwei. Das ist die heutige Realität.



Das zweite Problem in Detroit war der Druck zu Lohnerhöhungen. Die Slowakei hat die zweithöchste Belastung durch Steuern und Abgaben in der V4 und die vierthöchste in Europa. Wenn wir von Lohnsteigerungen sprechen – wir sind natürlich nicht dagegen, aber wir sehen viel größeren Freiraum bei der Verringerung von Abgaben. Versuchen wir, in beiden Punkten von Detroit zu lernen. Wenn wir die Lehren ziehen, passiert uns nicht dasselbe.

→ **Dr. Christian Geinitz:**

Vielen Dank. Ziehen wir vielleicht dieses Thema ein biss-

chen vor. Frau Dr. Čiderová: Die Automobilindustrie ist gut vergleichbar innerhalb der EU, die Produktivität in den Werken hier ist mindestens genauso gut wie die in Westeuropa, die Bezahlung ist aber deutlich geringer. Wäre es nicht tatsächlich angebracht, einem slowakischen Arbeitnehmer auch angesichts des Arbeitskräftemangels einen vergleichbaren, natürlich um die Lebenshaltungskosten bereinigten Lohn zu zahlen wie einem Arbeiter – sagen wir – in Wolfsburg?

→ **Dr. Denisa Čiderová:**

Ich habe mit großem Interesse die Reaktionen meiner Kollegen auf die einzelnen Aspekte und Fragen der Automobilindustrie angehört. Gern knüpfe ich daran an, was Herr Matušek sagte. Unsere Universität verfolgt genau, wie unsere Absolventen ihren Arbeitsplatz finden. Es ist wahr, dass wir schrittweise zu einer Verfeinerung der Statistiken kommen, sodass wir auch das Fachgebiet beobachten, nicht nur die Einstellbarkeit. Zugleich betonen wir, dass wir unsere Studenten nicht für einen konkreten Arbeitsplatz ausbilden, sondern für eine Karriere. Und wir denken auch an die 4. industrielle Revolution der Digitalisierung. Die erste industrielle Revolution hat durch die Dampfmaschine radikale Veränderungen gebracht. Die zweite industrielle Revolution hat es durch die Massenherstellung geschafft, die dritte durch Mikrochips und die vierte eben durch die Digitalisierung. Ob es nun die Automobilindustrie ist oder ein anderer Wirtschaftszweig, wir brauchen flexible und qualifizierte Arbeitskräfte, die sich lebenslang weiterbilden, und die Universität muss die erste sein, die sie auf Offenheit gegenüber Innovationen, einem gewissen Maß an Risiko und auf Unternehmertum vorbereitet.

In Zusammenhang mit dem Angleichen der Löhne kehre ich zum Thema Regionen zurück. Das Ziel der Kohäsionspolitik war, die Lebensstandards und die wirtschaftliche Prosperität in den Regionen ausgleichen zu helfen, damit es nicht zu einem Brain-Drain aus den peripheren Gebieten zu den Epizentren der Aktivität kommt. In den Epizentren der Aktivität konzentriert sich dann nämlich nicht nur das Wirtschaftspotenzial, sondern es entstehen z. B. auch soziale und environmentale Brennpunkte, deren Korrektur im Interesse dieser Metropolen liegt. Die EU umfasst mehr als 200 Regionen. Die Region, in der wir uns befinden, gelangt bei EUROSTAT regelmäßig auf dem fünften oder sechsten Platz. Die Gegend um Bratislava ist eine der europäischen Regionen mit dem höchsten BIP pro Kopf. Vor Bratislava liegen solche Metropolen wie London, Inner City und Außenbezirke, ebenso befinden sich dort Hamburg, Brüssel, Luxemburg, und dann kommt Bratislava. Und manchmal lesen wir zu unserer Überraschung, dass erst hinter Bratislava Prag, Wien oder Paris kommen. Wir sind uns bewusst, dass es sich hier um eine Statistik handelt. Das ist eine Kalkulation dessen, wie die Kohäsionspolitik eingestellt ist, und wenn wir danach die Kosten beurteilen würden, so müssten wir wohl sagen, Luxemburg sei am effizientesten in der gesamten EU, wobei wir verstehen, dass gerade die grenzüberschreitende Arbeitsmigration, die in Luxemburg wegen der hohen Löhne funktioniert, die Ursache für das hohe BIP ist.

Zur Frage der Lohnangleichung. Wie bereits angedeutet fördert der marktgemäße Zugang die Arbeitsmobilität. Es ist wahr, dass in der Slowakei die Arbeitsmobilität geringer ist als, sagen wir, in den USA, wo dies zum Lebensstil

gehört. Es ist wahr – Mobilität in einem Staat zu realisieren ist etwas anderes als im Rahmen der EU, und deswegen ist es wichtig, dass die Frage des marktgemäßen Zugangs verbunden wird mit anderen ex-post-Effekten. Unseren Studenten sagen wir, sie können in der ganzen EU, im ganzen europäischen Wirtschaftsraum Beschäftigung finden, aber wir müssen garantieren, dass ihnen dann im Rentenalter die Sozialversicherungszeiten aus den einzelnen Tätigkeiten angerechnet werden. Das sind die Kompetenzen der Mitgliedsstaaten, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament bemühen sich Initiativen zu entwickeln. Aber das wesentliche Mantra ist, dass die Produktivität stets schneller als der Lohn wachsen muss: die Frage, ob in der Slowakei die Produktivität das Zugpferd für schnellere Lohnsteigerungen ist, lässt sich im Rahmen Mitteleuropas vergleichen. Manchmal bietet sich das Beispiel Tschechiens an, wo es Indizien gab, dass die Lohnsteigerungen im Vergleich mit der Produktivität intensiver sein könnten. Gibt es eine höhere Produktivität in einigen Zweigen, ist aber das Budget so eingestellt, dass andere Wirtschaftszweige massenhaft subventioniert werden. Auf diese Weise kommt es zu einer inneren Negation der Wettbewerbsfähigkeit und des Wettbewerbsvorteils. Es muss also die Arbeitsmobilität gewährleistet sein, die in der Slowakei auch aus Gründen der Mentalität aber etwas schleppender vorankommt. Auch gibt es in der Slowakei nicht so viele Mietwohnungen wie in anderen EU-Staaten, wo die Arbeitsmobilität vielleicht auch aus diesem Grunde dynamischer ist.

→ **Dr. Christian Geinitz:**

Vielen Dank. Herr Dr. Losoncz, Herr Matušek hat ja beklagt, dass Lohnerhöhungen oft gar nicht unbedingt

beim Arbeitnehmer ankommen, weil so viel wegbesteuert wird. Die Abgabenquote sei so hoch. Um vielleicht einen Vergleich zu geben. Ich weiß nicht, wie es in Ihren Ländern ist, aber in Deutschland liegt sie etwa bei 40 Prozent, in Österreich bei 43 Prozent, Ungarn, Ihr Heimatland, hat die Steuern gerade reduziert. Inwieweit ist dieser Vorwurf von Herrn Matušek gerechtfertigt, das nicht genug von den Lohnerhöhungen bei den Arbeitnehmern ankommt? Wäre es nicht an der Zeit, dass auch die Slowakei einen ähnlichen Weg geht und die Steuern senkt?



→ **Dr. Miklós Losoncz:**

Ja, in Ungarn war die Steuerbelastung sehr bedeutend im internationalen Vergleich. Die Regierung hat die Ab-

gaben, hat die Steuer auf Arbeit reduziert. Die Arbeitnehmer sind dadurch begünstigt worden. Aber ich denke, die Regierung sollte auch die Abgaben, die die Unternehmen belasten, stärker reduzieren. Die Lohnkosten stellen den größten Teil der Kosten auf der Ebene der Volkswirtschaft. Und es ist eben nicht egal, ob der Wirtschaftssektor, der Geschäftssektor oder die Arbeitnehmer begünstigt sind. Das Wirtschaftswachstum hängt nämlich vom Unternehmenssektor ab, und niedrigere Abgaben des Unternehmenssektors tragen zum Wirtschaftswachstum wesentlich besser bei als die Reduzierung der Steuerlasten der Arbeitnehmer. Aber das Bild ist auch hier sehr differenziert und abhängig von den jeweiligen Sektoren. Die Unternehmen im Dienstleistungssektor, wie zum Beispiel in den Bereichen Handel oder Telekommunikation, die stark durch ausländische Investitionen geprägt sind, die sind bzw. waren sehr stark besteuert. Aber ihre Steuerlast hat sich in der letzten Zeit etwas verringert.

→ **Dr. Christian Geinitz:**

Vielen Dank. Herr Mikloš, das andere Thema, das Herr Matušek in die Debatte geworfen hat, ist der Arbeitskräftemangel, eng verbunden mit der Lohnentwicklung. Das Unternehmen Volkswagen Slowakia hat jüngst sogar Streiks gesehen, zum ersten Mal in seiner Geschichte. Ich sage immer: Der beste Verbündete der Arbeitnehmer ist nicht die Gewerkschaft, sondern ist der Arbeitskräftemangel. Das treibt die Löhne hoch. Wie ist dem zu begegnen? Sie haben in Ihrem Vortrag schon einiges erwähnt: geregelte Migration zum Beispiel. Das andere Thema ist aber, dass es Arbeitskräfte gibt, nur deren Qualifikation nicht stimmt. Auch das hat Herr Matušek sehr eindrücklich geschildert. Nun gibt es in der Slowakei seit einigen

Jahren eine duale Ausbildung. Hat sich das aus Ihrer Sicht bewährt? Ist das ein Weg hinaus aus dieser Falle der steigenden Löhne und der zu geringen Arbeitskräfteverfügbarkeit?

→ **Ing. Ivan Mikloš:**

Wachsende Einkommen halte ich nicht für eine Falle. Wir wollen sogar, dass die Einkommen wachsen. Die Einkommen müssen aber in Verknüpfung mit der Arbeitsproduktivität wachsen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu sagen, dass die Löhne in der Automobilindustrie höher sind, sogar deutlich höher sind als die Durchschnittslöhne in der Volkswirtschaft. Das Problem entsteht, wenn die Disproportion zwischen den Einkommen und der Arbeitsproduktivität in einigen Wirtschaftszweigen gegenüber dem Rest der Volkswirtschaft zu groß ist. Wir müssen daher die Reformen fortsetzen, damit Arbeitsproduktivität und Wettbewerbsfähigkeit in allen Sektoren steigen. Das hat natürlich regionale Auswirkungen. Wie schon Herr Matušek sagte: wenn alle Automobilwerke und drei Viertel der Zulieferer ihren Sitz im Westen der Slowakei haben, dann hat das selbstverständlich regionale Konsequenzen. Bei Investitionen in die Automobilindustrie muss man sich daran erinnern, dass die Menschen sich nicht immer darüber im Klaren sind, dass funktionierende Investitionen eine win-win-Situation für beide Seiten darstellen. Die Investoren kommen, um hier größeren Gewinn zu erzielen, denn wir können die Autos zu niedrigeren Kosten in gleicher Qualität bauen wie in Deutschland. Sonst würden sie nicht kommen. Das ist auch für uns gut, denn es steigert die Volkswirtschaft und gibt den Menschen in der Slowakei Arbeit. Diese Verknüpfungen sind offensichtlich.

Wie sich das in Zukunft entwickeln wird, das hängt in beträchtlichem Maße von den bereits erwähnten Reformen und von der Steuer- und Abgabenbelastung ab. In der Slowakei ist diese Belastung in den letzten Jahren gestiegen, denn die Regierung hat die Gewinnsteuer und die Sozialabgaben erhöht. Ebenso wichtig ist die Proportion zwischen den direkten und den indirekten Steuern. Das, was man in Ungarn gemacht hat, war ein guter Schritt. Man hat die direkten Steuern gesenkt. Natürlich ist es am besten, alle Steuern zu senken. Aber wenn wir sie schon erhöhen müssen, dann ist es nach dem Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen besser, höhere indirekte Steuern und niedrigere direkte Steuern zu haben.

Was die Bildung betrifft: das ist ein großes Problem. Einerseits verstehe ich, dass die Disproportion, von der Herr Matušek sprach, riesig ist, andererseits würde ich es nicht so strikt sehen. Ich denke nicht, dass es so schlimm ist, wenn die Absolventen in anderen Bereichen arbeiten, als sie studiert hatten. Meiner Meinung nach soll eine Hochschule nicht allein konkrete Fertigkeiten für eine konkrete Arbeit anbieten, sondern gewisse Fähigkeiten und Gewohnheiten zur Wissensaneignung entwickeln, damit der Absolvent seinen Platz findet und flexibel und wettbewerbsfähig sein wird. Das Schulwesen insgesamt ist jedoch ein großes Problem. Glücklicherweise wird die Nachfrage nach einem Wandel größer. Die Menschen verstehen immer besser, dass dies zu einer Engstelle werden kann, und deshalb glaube ich, dass es zu diesem Wandel kommen wird. Natürlich können wir von Ländern lernen, die es besser oder schlechter machen als wir. Es gibt unterschiedliche Systeme, das duale System ist eines von ihnen. Ich bin mir sicher – man kann

nicht mechanisch ein System aus einem anderen Land übernehmen, aber sicher muss man auch in diesem Bereich lernen. Fakt ist, ohne aktive Zuwanderungspolitik werden wir nicht auskommen. Und die fehlt hier.

→ **Dr. Christian Geinitz:**

Vielen Dank. Ein weiterer integrativer oder auch desintegrativer Faktor für den Binnenmarkt in Mitteleuropa, aber auch in Europa insgesamt ist der Euro. Selbst wenn man zum Mitteleuropakonzept Österreich und Deutschland bzw. Sachsen hinzunimmt, so fällt auf, dass von den sechs Ländern nur drei den Euro haben, darunter die Slowakei. Herr Matušek, an Sie als Vertreter eines Unternehmens, das grenzüberschreitende Geschäfte macht, das innerhalb des Konzerns grenzüberschreitend abrechnen muss, die Frage: Wie wünschenswert wäre die Euro-Einführung in den restlichen mitteleuropäischen Ländern für Volkswagen?

→ **Ing. Alexander Matušek:**

Leichte Frage – schwere Antwort. In dem Moment, als die Slowakische Republik zum Euro übergang, wurde alles automatisch leichter, vor allem im Unternehmensumfeld. Damals war das auch einer der wesentlichen Faktoren, weshalb der VW-Konzern in der Slowakei investierte und nicht in Tschechien. Hat man den Euro, hat man überall einheitliche Bedingungen. Hat man eine andere Währung, muss man Risiken kalkulieren. Diese können größer oder kleiner sein. Es ist Sache des Investors, ob er diese Risiken eingehen will oder nicht. Andererseits meine ich, dass der Euro der Slowakei in gewisser Weise eine große Disziplin gebracht hat. Die für den Beitritt zur Eurozone gestellten Bedingungen waren hart, und das hat



uns viel gelehrt. Das betrifft auch die Arbeit mit dem Staatshaushalt. Wir verstanden das damals als Beitritt zu einem elitären Klub. Ich denke, die Annahme des Euros kann nur Vorteile bringen.

→ **Dr. Christian Geinitz:**

Herr Dr. Losoncz, wie groß ist die Bereitschaft der Ungarn, den Euro einzuführen?

→ **Dr. Miklós Losoncz:**

Die ungarische Regierung hat bestimmte Prioritäten, wie

zum Beispiel die Souveränität. In der einheimischen Währung sieht die Regierung eine Form der Souveränität, und sie möchte die einheimische Währung nicht für den Euro aufgeben. Das ist ein politisches Argument. Es gibt noch ein anderes Argument. Ungarn sollte den Euro einführen, wenn das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt 90 Prozent des europäischen Euro-Durchschnitts erreicht. Der wirtschaftliche Inhalt dieses Arguments ist nicht gegeben. Warum nicht 92 Prozent oder 80 Prozent? Diese Zahlen sind willkürlich. Es fehlt ihnen an wirtschaftlichem Inhalt.

Der größte Teil der ungarischen Wirtschaft ist an der Einführung des Euro interessiert. Die Euroisierung der Wirtschaft erreicht bereits ein ziemlich hohes Niveau. Im Immobilienmarkt sind die Preise in Euro gesetzt, die Kompatibilität der einheimischen Währung ist vollendet worden. Es gibt jedoch einige ungarische Unternehmen und Sektoren, die an der Abwertung der Währung interessiert sind, wie zum Beispiel die Unternehmen in der Landwirtschaft. Sie profitieren von der Abwertung der ungarischen Währung, weil sie so mehr einheimisches Geld für ihre Produkte bekommen. Das ist ein Argument für die Verschiebung der Wirtschaftsreformen.

Die ungarische Nationalbank verfolgt Gewinnziele, was sehr interessant ist. Denn Nationalbanken sind keine Spekulanten und sie müssen keine Gewinnziele verfolgen. Sie müssen dem Interesse der Volkswirtschaft dienen. Die ungarische Nationalbank ist noch an der Abwertung der ungarischen Währung interessiert. Auf der anderen Seite gibt es einen ständigen Zufluss aus europäischen Fonds und von europäischen Finanzmitteln.

Das verstärkte den Wechselkurs der einheimischen Währung. Die allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen sind vorhanden. Die Maastrichtkriterien können von Ungarn sehr leicht erfüllt werden. Es hängt alles von einer politischen Entscheidung ab. Ich denke aber, dass die zukünftigen Trends der Entwicklung der Europäischen Union die Einführung des Euro in Ungarn begünstigen.

→ Dr. Christian Geinitz:

Vielen Dank. Kommen wir von Geld und Münzen zu Beton und Stahl. Frau Dr. Číderová, wie steht es um die infrastrukturelle Entwicklung in Mitteleuropa. Da lassen sich nicht nur aus meiner Perspektive, weil ich gestern aus Wien mit dem Zug angereist bin, doch einige Hindernisse und Probleme ausmachen.

→ Dr. Denisa Číderová:

Die Infrastruktur ist ebenso wichtig für die Wirtschaftssphäre wie für die Entfaltung der einzelnen Bereiche der Gesellschaft. Ohne die Kohäsionspolitik wäre wohl das Tempo beim Aufbau der Infrastruktur in mehreren Mitgliedsstaaten nicht so rasant gewesen. Und deswegen drängt sich uns wieder die Frage auf, wie man in Zukunft den Haushalt gestalten wird, und ob die Mitgliedsstaaten den Ausfall aus den Strukturfonds werden abdecken können, wenn es zum Brexit kommt. Die Slowakische Republik ist eines der Länder Mitteleuropas, die entweder deklarieren, dass sie im Herzen Europas liegen, oder sagen, sie lägen in der Mitte Europas. Je nachdem, ob sie ein geografisches Argument wählen oder eher ein emotionales: die Slowakei hat stets maximalen Nutzen aus ihrer geografischen Lage gezogen, vor allem beim Beitritt zum Schengen-Raum. Die Landkarte sagt alles. Die Land-



karte hat gezeigt, dass bei einem Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns zur EU bzw. zum Schengen-Raum vor der Slowakei, für diese Länder große Kosten entstanden wären. Deswegen gab es ein natürliches Argument für den Beitritt der Slowakei. Dasselbe gilt für Europa als Kontinent. Da sich die Slowakei im Zentrum Europas befindet, können die Infrastrukturstränge – transnational networks – sie nicht umgehen. Wir haben also Pull- und Push-Faktoren, die für die Slowakei wichtig sind. Ein Potenzial, das ich zudem bislang noch ungenutzt sehe, obwohl man schon lange von diesem Projekt spricht, ist die Verbindung von Elbe und Oder mit der Donau. Ich denke, diese Wasserstraße könnte den Zugang zu den Meeren verbessern.

Es wurde auch der Brain-Drain erwähnt. Wir können uns Arbeit in einem anderen Sektor vorstellen – eine Art interne Mobilität der Hirne. Wenn Spezialisten aus der Slowakei aber in einem anderen Mitgliedsstaat der EU Arbeit annehmen, so ist das ein externer Brain-Drain. Die Konzeption, die im Deutschen als „Selbstbild“ bezeichnet wird, gefällt mir sehr. Sie stammt aus der Kulturologie, wo „Selbstbild“ das darstellt, wie wir uns selbst wahrnehmen. Wenn wir das auf die EU übertragen, wie sich die EU selbst wahrnimmt. „Fremdbild“ ist das, wie andere die betreffende Person oder Gesamtheit, in diesem Fall die EU, wahrnehmen. Die dritte Phase besteht darin, wie es zu erreichen ist, dass in diesem Fall die EU so wahrgenommen wird, wie sie wünscht, gesehen zu werden. In diesem Kontext, da eine neue Seidenstraße gebaut wird, ein massives Infrastrukturprojekt, das die asiatischen Gebiete in Export und Logistik stärken und einen Wettbewerbsvorteil in diesem Bereich bringen soll, ist die Verbindung der Meere essentiell. Es scheint mir eine Analogie zu einst zu sein, als man von der Verbindung von Brügge und Venedig sprach. Gerade die Infrastrukturperspektive, die mit dem Projekt der Verbindung von Elbe, Oder und Donau einhergeht, ist eine Riesenchance für die Slowakei.

→ **Dr. Christian Geinitz:**

Hochinteressant. Herr Mikloš, zu der eben angesprochenen Seidenstraßeninitiative. Die Chinesen sind in der Region mit vielen Versprechungen und mit viel Geld zum Bau von Infrastruktur unterwegs. Es gibt dieses Megaprojekt, das Lieblingsprojekt des starken Mannes Xi Jinping in China, die Seidenstraße mit Milliarden neu zu beleben. Kann und sollte sich Mitteleuropa stärker darauf

einlassen? Sollte es sich stärker an die Seidenstraße anschließen? Es gibt ja zum Beispiel die Überlegung, die Breitspurtrasse, die jetzt an der ukrainisch-slowakischen Grenze endet, durch die Slowakei hindurch zu erweitern bis nach Bratislava und letztlich nach Wien. Ist das ein gangbarer Weg oder, überspitzt gefragt, liefern die Chinesen infrastrukturell jetzt das, was wir selbst als Europäer nicht liefern können?

→ **Ing. Ivan Mikloš:**

Prinzipiell bin ich der Meinung, dass alle Instrumente zur Öffnung und Verknüpfung der Volkswirtschaften, und somit zur Förderung des Handels, positiv sind und unterstützt werden sollten. Bezüglich der Seidenstraße sind zwei Dinge von entscheidender Bedeutung. Infrastrukturprojekte sind multinational, es ist also wichtig, dass die EU darin eine Schlüsselrolle spielen wird. Nicht nur hinsichtlich der Finanzierung, sondern auch hinsichtlich der klaren Strategie. Das hängt nicht allein mit der Verkehrsinfrastruktur zusammen. Das hängt auch mit den Gas- und Erdölleitungen zusammen. Selbstverständlich stehen im Hintergrund immer geopolitische und wertebezogene Fragen. Es handelt sich um äußerst wichtige Dinge, die seriöse politische Entscheidungen und Überlegungen nicht allein bezüglich der wirtschaftlichen Aspekte erfordern. Nach dem ökonomischen Gesichtspunkt gilt selbstverständlich, dass es umso besser ist, je größer Öffnung und Verknüpfung sind. Da wir aber in der Welt leben, wie sie ist, wissen wir, wie destruktiv zum Beispiel das Wirken Russlands bzw. des Putin-Regimes ist, welche Bedrohung der Werte, auf denen die liberale Demokratie steht, von ihm ausgehen. Also ist es komplizierter.

Noch eine Bemerkung. Schließlich geht es immer um Geld, also um die Finanzierung. Für ein großes Problem, das mit dem Fehlen von Reformen z. B. in der Slowakei zusammenhängt, halte ich, dass gegenwärtig – und die Regierung rühmt sich dessen sogar – 80 Prozent der öffentlichen Investitionen in der Slowakei aus Ressourcen der EU stammen. Kein Grund stolz zu sein, denn diese Quellen sind zeitweilig und begrenzt. Die Slowakei hat ihre erfolgreichen Jahre des enormen Wirtschaftswachstums nicht dazu genutzt, den öffentlichen Sektor effizienter zu gestalten, die Steuer- und Abgabenbelastung zu senken und viel mehr in ihre Zukunft zu investieren.

→ **Dr. Christian Geinitz:**

Vielen Dank. Herr Losoncz, Sie hatten sich gemeldet.

→ **Dr. Miklós Losoncz:**

Gemäß den ungarischen Erfahrungen handelt es sich um die Finanzierung, was die Seidenstraße und ähnliche chinesische Projekte angeht. Es geht um die Modernisierung der Eisenbahnlinie zwischen Budapest und Belgrad. Die Chinesen wollen die Finanzierung nicht auf sich nehmen. Sie gewähren stattdessen Kredite an die zuständigen ungarischen Behörden. Das gefällt mir nicht. Wenn die chinesische Regierung diese Projekte selbst finanzieren möchte, dann ist das in Ordnung. Aber mit Bankanleihen ist das Bild nicht so schön.

→ **Dr. Christian Geinitz:**

Vielen Dank. Bevor ich die Zuschauer zu Wort kommen lasse, möchte ich doch noch einmal an Herrn Matušek den Ball spielen, und zwar zum Thema Innovationsfähigkeit. In dem Vortrag von Herrn Mikloš, wo es nicht zuletzt

um die Falle mittlerer Einkommen geht, wird dort und anderswo immer wieder beklagt, dass die Wertschöpfung zu gering sei, dass im Land zu wenig in Forschung und Entwicklung investiert werde, dass sozusagen die Er-tüchtigung der Wirtschaft nicht so stattfindet, dass man den nächsten großen Schritt zu einem Hocheinkommensland gestalten kann. Ist die Automobilindustrie tatsächlich nur die billige verlängerte Werkbank der großen westeuropäischen oder asiatischen oder britischen Konzerne hier im Land oder findet mehr Wertschöpfung statt als wir gemeinhin denken?

→ **Ing. Alexander Matušek:**

Die Automobilfabriken in der Slowakei sind globale Konzerne. Entwicklung betreiben sie vor allem in ihren Zentralen, das ist preisgünstiger und hat Synergieeffekte. Die Automobilfabriken sind gleichzeitig aber auch technische Innovatoren, vor allem hinsichtlich der technischen Prozesse und der neuen Technologien, die in die Produktion eingeführt werden. In diesen Bereichen sind wir auch innovativ. Ich kann ein Beispiel aus Bratislava anführen, bei dem wir für den ganzen Konzern Vorbild sind. Die Werkslogistik erfolgt bei uns mit automatischen Wägelchen. Das läuft automatisch, wie ein Uhrwerk, im Takt mit dem Band. In diesen Ausmaßen habe ich das vor ein paar Jahren nur in Japan gesehen. Wir wenden das als einer der wenigen Hersteller auch in Europa an. Andererseits, diejenigen, die so etwas entwickeln, sind in diesem Falle unsere Zulieferer mit Sitz in der Slowakei. Sie sind bei uns die Innovatoren in den Produktionsprozessen. Unsere Zulieferer sind diejenigen, die sich bemühen, etwas Innovatives zu entwickeln. Erwähnen will ich z. B. die Firma Adient, die ihr globales Entwicklungszent-

rum in Trenčín betreibt. Die ersten Schwalben sind also da, und ich hoffe, andere kommen nach.

→ **Dr. Christian Geinitz:**

Sie sprechen die Zulieferindustrie an. Aus Ungarn weiß man das auch. Bosch beschäftigt in Ungarn – glaube ich – mehr Ingenieure als in Stuttgart. Ich übertreibe jetzt bewusst. In jedem Fall ist es hoch innovativ. Wäre es nicht an der Zeit, dass auch Volkswagen als Erstausrüster Forschung und Entwicklung in den jeweiligen Standorten aufbaut, die so wichtig geworden sind in Mitteleuropa?



→ **Ing. Alexander Matušek:**

Wie ich bereits sagte, die Synergien liegen woanders. Volkswagen ist so orientiert, dass es Entwicklungszentren in Europa, in Amerika und auf anderen Kontinenten hat. Ich denke, es hat keinen Sinn das weiter auszudifferenzieren. Denn es geht nicht allein um die Entwicklung eines Produkts. Die Prozesse und technologischen Verfahren sind ebenfalls wichtig, und darin sind auch wir Innovatoren.

→ **Ing. Ivan Mikloš:**

Ich wollte etwas ergänzen zur Verteidigung dessen, dass die Automobilindustrie sich nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ entwickelt. Wenn ich mich recht erinnere, so kam Volkswagen Anfang der 1990er Jahre. Zunächst wurden hier nur einfachste Autos montiert, der VW Polo. Die Teile wurden hergebracht, die Autos montiert und wieder ausgeführt. Heute wird die Mehrzahl der Komponenten in der Slowakei in anderen Fabriken produziert, es werden auch die kompliziertesten Fahrzeuge und Motoren hergestellt, was früher nicht möglich war. Ich denke, dies zeugt nicht nur vom quantitativen Wachstum, sondern auch vom qualitativen. Das hat natürlich direkte und indirekte Auswirkungen, auch unter dem Gesichtspunkt der Innovationen und ähnlicher Dinge.

→ **Dr. Christian Geinitz:**

Schönen Dank. Meine Damen und Herren! Jetzt sind Sie an der Reihe. Falls es Fragen aus dem Publikum gibt, würde ich Sie kurz um ein Handzeichen bitten. Wenn Sie so freundlich wären und uns ganz kurz Ihren Namen und Ihre Position nennen. In der ersten Reihe gleich – bitte.



→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Guten Tag, mein Name ist Peter Lizák, ich bin Botschafter der Slowakischen Republik in Berlin. Ich möchte mich bedanken für die äußerst interessante Diskussion, die für mich als Botschafter erfrischend und bereichernd ist. Ich möchte mich ebenfalls bei Herrn Dr. Rößler und beim Nationalratspräsidenten bedanken, dass wir gemeinsam diese Veranstaltung vorbereiten konnten, und ich freue mich, dass wir als Botschaft ein wenig dazu beitragen konnten.

Ich habe drei kurze Bemerkungen. Zunächst zum Einfluss der V4-Region auf die Beziehungen zu Deutschland, von dem Sachsen selbstverständlich ein wichtiger Teil ist. Bis jetzt wurde hier nicht angesprochen, dass der Umsatz der V4 mit Deutschland wesentlich höher ist als der Umsatz Deutschlands mit China. Der Umsatz Chinas mit Deutschland trägt 170 Milliarden, und wenn ich Sie fragen würde, wie hoch der Umsatz zwischen Deutschland und den V4 ist, wüssten viele wahrscheinlich keine Antwort. Es sind 260 Milliarden. Wir sind für Deutschland eine Wirt-

schaftsregion mit Schlüsselbedeutung, und wenn wir noch Slowenien und Österreich hinzurechnen, von denen wir heute viel gesprochen haben, dann sind es 360 Milliarden – mehr als das Doppelte im Vergleich zu China. Diese Region hat 70 Millionen Einwohner, China hat 1,2 Milliarden. Lassen Sie mich das mit einem Erlebnis illustrieren. Als unser Außenminister jüngst in Deutschland war, um mit Minister Gabriel das Memorandum über vertiefte Zusammenarbeit zu unterzeichnen, fragte ihn ein Journalist auf der Pressekonferenz, ob die Slowakei in dieser globalisierten Welt etwas ändern oder beeinflussen könne. Unser Außenminister wollte gerade antworten, als Minister Gabriel sagte: „Warte, ich antworte.“ Seine Antwort lautete: „Unterschätzt Euch nicht. Ihr habt die Möglichkeit, in der EU viele Dinge zu ändern, ihr könnt sie beeinflussen, und eure Stimme ist für uns, für Deutschland, extrem wichtig.“

Zweitens, das hat Herr Mikloš in seinem Beitrag über den Einfluss der Medien auf die Wahrnehmung der Migration erwähnt, muss ich zugeben, dass ich im Jahr 2015 als Botschafter schwere Zeiten durchgemacht habe, als ich mich bemühte, unsere Haltung zur Migration zu erklären. Ich habe argumentiert, man müsse die Grenzen kontrollieren, die Migranten registrieren, und das war gar nicht so einfach. Als Botschafter der V4 haben wir auch mit den deutschen Medien kommuniziert und sie dazu aufgerufen, eine realistischere Sicht dieses Prozesses zu zeichnen. Es hat einige Monate gedauert, ehe die Medien die Sache etwas anders gesehen haben.

Meine letzte Bemerkung betrifft die Frage der demografischen Entwicklung. Der Herr Minister hat es nur kurz an-

geschnitten, er sagte, die Geburtenrate sei, wie sie ist, und wir brauchen Zuwanderung. Die Geburtenrate ist eine der Fragen, mit denen wir uns in Europa ernsthaft beschäftigen. Wir sprechen von Immigration, und das ist für uns nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine die Kultur und die Politik betreffende Frage. Wir müssen in dieser Hinsicht wesentlich mehr tun. Das liegt selbstverständlich in der Verantwortung der Nationalstaaten, aber wir müssen in Europa das Bewusstsein über die Wichtigkeit dieser Frage verbreiten. Ich bin selbst überrascht, wie man auch in Deutschland in diesem Bereich an vielen Dingen arbeiten muss, etwa die Bedingungen in den Kindergärten und den Schulen verbessern. Sich nicht so sehr an die Immigration klammern, sondern detailliert darauf schauen, ob wir genug tun, um die Geburtenrate zu halten oder zu erhöhen. Als Beispiel: Die Slowakei hat kein Zuwanderungsgesetz, Deutschland auch nicht. Aber ich denke mir, in der laufenden Legislaturperiode wird Deutschland ein Zuwanderungsgesetz verabschieden. Ich denke, auch die Slowakei wird dies tun. Dankeschön.

→ **Dr. Christian Geinitz:**

Vielen Dank, Herr Botschafter. Vielleicht gleich noch der Herr, der dahinter sitzt bitte.

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Mein Name ist Heiko Kosel. Ich bin Abgeordneter des Sächsischen Landtags, Fraktion DIE LINKE. Da wir über die Vernetzung des mitteleuropäischen Binnenmarktes reden, möchte ich eine Frage stellen, die sich auf die Basis von alledem bezieht, nämlich auf die Produkte, auf die Qualität der Produkte, die wir herstellen, und auf den Schutz der Menschen, die sie kaufen. Die Regierung der

Podiumsdiskussion

Slowakischen Republik hat gemeinsam mit anderen Regierungen der Visegrád-Staaten kritisiert, dass es innerhalb der EU unterschiedliche Standards gibt. Etwa bei Lebensmitteln, bei denen nicht überall auch Nutella drin ist, wo Nutella draufsteht. Ich habe gehört, auch Autohersteller – nicht VW – haben eine Osteuropa- und eine Westeuropavariante. Nun meine Frage an das Auditorium: Wie schätzen Sie den Stand des Verbraucherschutzes und der Produktgerechtigkeit ein und welches Ziel sollten wir anvisieren, damit wir wirklich auch auf dieser Grundlage zu einer Vernetzung des Binnenmarktes in Mitteleuropa kommen? Danke.

→ **Dr. Christian Geinitz:**

Vielen Dank für diese Frage. Sie zielt in die Richtung, ob Mitteleuropa oder Osteuropa so ein bisschen die Kellerkinder der Europäischen Union sind, die mit schlechteren Produkten abgespeist werden. Wie sieht es aus? Wer möchte sich zu dieser Frage äußern? – Bitte, Herr Matušek.

→ **Ing. Alexander Matušek:**

Jeder Markt hat seine Erfordernisse und Spezifika. Es sind verschiedene Umfragen im Umlauf, was der Kunde braucht, und das versucht man ihm zu liefern. Gerade diesen Sonntag war hier eine Tagung der V4, bei der die ungleiche Qualität der Lebensmittel kritisiert wurde. Wir müssen das auch von der anderen Seite sehen, ob das, was die Politiker behaupten, wahr ist, oder ob so nur Emotionen erzeugt werden. Es gibt bei uns Behörden, die die Qualität der eingeführten Waren beurteilen sollen. Und wenn es da kein Interesse gibt, dann weiß ich nicht, ob alles auf irgendwelchen Ebenen der Lösung zugeführt



werden muss oder ob es nicht besser der Markt richten sollte. Schwer zu sagen.

→ **Dr. Denisa Čiderová:**

Ich nehme dies durch das Prisma der europäischen Gesetzgebung wahr. So wie der bereits erwähnte Grad der Differenzierung, ob nun im Einkommensniveau innerhalb der EU, im Ausstattungsgrad mit Humankapital oder Innovationen, das ist ein Parameter, der ungleiche Bedingungen im Rahmen der Legislative zur Grundlage hat. Es gibt Präzedenzfälle vor dem Europäischen Gerichtshof, wobei z.B. respektiert wurde, dass Bier in Deutschland dem Reinheitsgebot unterliegt, Rezeptur und Tradition



hat, und aufgrund dessen unterschiedliche regionale Qualitätsmarken entstanden. Es gab mehrere Fälle im Rahmen der europäischen Legislative, bei denen erklärt wurde, dass der informierte Verbraucher selbst entscheiden könne, in wie weit er eine konkrete Ware vorzieht oder nicht, ob ihm der Preis oder die Zusammensetzung des Produktes wichtiger ist.

Aus jeder Agenda kann man ein politisches Thema machen, aber ich schätze es sehr, wenn – wie an unserer Universität, an der eine Diskussion mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Maroš Šefčovič und mit Frau Kommissarin Věra Jourová stattfand – wirk-

lich die unterschiedlichsten Aspekte berücksichtigt werden. Wenn wir schon von Wirtschaftswachstum sprechen, so ist ein weiterer Parameter, der immer mehr in den Fokus gerät, die Nachhaltigkeit. Die Nachhaltigkeit von Wirtschaftswachstum, der ökologische Aspekt, Verbraucherschutz, das sind sogenannte Spillover-Effekte, auch im Fall der Integration, wo schrittweise andere Bereiche erfasst werden, und wenn es eine korrekte Informationskampagne zum Konsumenten hin gibt, so ist es am Ende dessen Sache, wie er sich entscheidet.

→ **Dr. Christian Geinitz:**

Vielen Dank. Sicher ein wichtiges Thema, Herr Abgeordneter. Vielen Dank für den Hinweis. Ich habe das selbst einmal recherchiert. Es ist tatsächlich so, dass es interessanterweise nicht der EU-Gesetzgebung unterliegt, sondern den nationalen Gesetzgebungen. Als ich beispielsweise das Unternehmen iglo fragte, warum die Fischstäbchen in Mitteleuropa weniger Fisch enthalten als etwa in Deutschland, war die Antwort: Es gibt entsprechende nationale Gesetze, die in Deutschland einen gewissen Fischanteil vorschreiben, aber eben nicht in der Slowakei. Deswegen machen wir das so. Es ist also nicht immer die EU schuld an diesen Dingen. Aber bitte jetzt die nächste Frage.

→ **Frage (Publikumsbeitrag, Magdaléna Vášáryová):**

Wenn wir nun gerade über Infrastruktur und Beziehungen sprechen, möchte ich auf die Infrastruktur des Ideenaustausches hinweisen. Ich halte das für eine Schlüsselfrage, vor allem weil hier die Repräsentanten Sachsens sitzen. Und wie unser Nationalratsvizepräsident Andrej Hrnčiar erwähnte, hat die Generation um Štúr in Sachsen

studiert. Von hier kamen neue Ideen und Innovationen, von hier kam die Reformation zu uns, die im 16. Jahrhundert in wesentlicher Weise die gesamte heutige Slowakei beeinflusste. Und das war auch deshalb möglich, weil dieser Teil der Habsburger Monarchie wirtschaftlich am weitesten entwickelt war. Diese Idee, diese Verbindung, diesen Gedankenaustausch, auch ohne Internet, Han-

dys – damals reiste man noch mit der Kutsche oder auf Schusters Rappen –, das haben wir absolviert. Wenn wir von Infrastruktur sprechen, meinen wir selbstverständlich Verbindungen für Strom, Gas usw., doch wir sollten nicht vergessen: am wichtigsten ist eigentlich die Kommunikationsinfrastruktur. Und in diesem Sinne sollten wir uns bewusst werden, dass z. B. der Deutschunterricht in der Slowakei ins Hintertreffen gerät. Das heißt, wir müssen über das internationale Englisch gehen, was eine Schwächung unseres gegenseitigen klaren Gedankenaustauschs bedeutet. Ohne das internationale Englisch können wir nicht mehr miteinander diskutieren. Ich möchte unseren sächsischen Freunden sagen, dass die Slowakei eine Region ist, wo die meisten Menschen eine zweite oder dritte Sprache sprechen. Die Slowakei ist an eine große Sprachdiversität gewöhnt, und die Generation vor mir sprach selbstverständlich mehrere Sprachen, gewöhnlich drei bis vier. Wir müssen darauf achten, dass die Mitte Europas das bleibt, was sie in der Vergangenheit war: ein für Ideen offener Raum, und dazu müssen wir Kommunikationskanäle bauen, damit die Ideen ankommen. Die Wirtschaft ist natürlich einer dieser Kanäle, und um die anderen werden wir uns kümmern müssen. Das wollte ich anmerken. Dankeschön.



→ **Dr. Christian Geinitz:**

Danke. Bevor wir fortfahren, lassen Sie mich den Dolmetschern herzlich für ihre fantastische Übersetzungsarbeit danken. Sie machen einen unglaublichen Job hier. Glauben Sie mir, ich habe schon so manche mehrsprachige Konferenz moderieren dürfen. Aber das in dieser Qualität – davor ziehe ich den Hut. Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen? – Bitte.

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Mein Name ist Rolf Pfrengle. Ich bin Rektor einer Hochschule für angewandte Wissenschaften in Sachsen. Wir sprachen über Produktivität. Wir sprachen über das Bildungssystem. Wir sprachen nur sehr wenig über Forschung und Entwicklung. Das Thema wurde kurz angesprochen von Herrn Matušek, der uns erklärt hat, dass man sozusagen die Forschungsinfrastruktur von Volkswagen nicht verändern sollte. Meine Frage geht an Herrn Mikloš: Wie beurteilen Sie in der Slowakei die Bedeutung von Forschung und Entwicklung und Technologietransfer aus den Hochschulen in die Wirtschaft?

→ **Ing. Ivan Mikloš:**

Die Frage wurde übersetzt: Wie nehmen wir das in der Slowakei wahr? Ich kann jedoch nur für mich sprechen. Wie ich schon sagte, seit 2006 bis heute regiert mit einer kurzen Pause Robert Fico. Ich denke, die heutige slowakische Regierung und also auch die vorige und vorvorige, hat die Gelegenheit des hohen Wirtschaftswachstums und der großen Menge öffentlicher Ressourcen, die von diesem Wachstum in den Staatshaushalt flossen, nicht genutzt um speziell Wissenschaft, Forschung und Entwicklung zu fördern. Das ist nicht nur ein Problem der Umstrukturierung. Wenn das Weltwirtschaftsforum die komplexe Kennziffer der globalen Wettbewerbsfähigkeit (Global Competitiveness Index) vorstellt, dann teilt es die Volkswirtschaften in drei Arten entsprechend ihres ökonomischen Niveaus ein. Die ärmsten sind factor driven – es gibt bei ihnen noch freie Ressourcen, die in die Prozesse einbezogen werden können. Die mittleren sind efficiency driven – im Wesentlichen sind alle Produktivkräfte einbezogen, aber es gibt noch riesige Reserven

hinsichtlich der Effizienz bei der Nutzung dieser Ressourcen. Die dritte Gruppe ist innovation driven. Die Slowakei befindet sich analog wie die anderen V4-Staaten in der dritten Gruppe. Mit anderen Worten: die Reserven, die in der ungenügend effektiven Nutzung der Produktivkräfte oder Wirtschaftsfaktoren liegen, sind nur noch gering, und die nächste Quelle für nachhaltiges Wachstum liegt in den Innovationen. Dazu muss aber die Politik Wissenschaft und Forschung deutlich besser mit Finanzen ausstatten. Wenn wir die verschiedenen Ranglisten anschauen sehen wir, dass sich die Slowakei im Rahmen der EU nach dem Anteil ihrer öffentlichen Ausgaben für Wissenschaft und Forschung leider weit unten wiederfindet. Wir sind nicht die letzten, aber vielleicht die vorletzten oder drittletzten. Auch deswegen spreche ich von einer vergebenen Chance und einer ungenutzten Gelegenheit. Wenn wir die Entwicklung seit 2006 betrachten, so hat die Slowakei ein Rekordtempo beim Wirtschaftswachstum erreicht, und damit waren auch riesige Ressourcensteigerungen verbunden. Leider wurden sie nicht dafür genutzt, in der Slowakei zum Beispiel die Qualität von Wissenschaft, Forschung und Bildung zu erhöhen. Ich persönlich sehe in diesem Bereich ein großes Versagen.

→ **Dr. Denisa Čiderová:**

Ich sehe die Frage von Wissenschaft und Forschung im Kontext des Doktorandenstudiums, denn das Doktorandenstudium kann für Studierende eine gute Motivation und sozusagen ein neues Atemholen bedeuten. Es gelingt uns über die Mobilität talentierte junge Menschen zu motivieren, dass sie sich im Ausland Know-how holen, aber möglichst nach Hause zurückkehren. Großbritannien hat ein hohes Niveau bei der Finanzierung von

Wissenschaft und Forschung, und es hat Ergebnisse, die sich aus dieser Finanzierung ergeben. Die neueste globale Rangliste der Universitäten dokumentiert, dass nach den drei ersten Plätzen in den USA der vierte und fünfte Platz an Cambridge und Oxford gehen. Was wird nach dem Brexit sein? Humankapital braucht Raum, um sich realisieren zu können, benötigt Investitionen. Wichtig ist das menschliche Potenzial, wichtig ist die Interdisziplinarität und dass wir dem Brain-Drain vorbeugen. Vielleicht hängt die Rivalität in der heutigen Welt auch mit der 4. industriellen Revolution zusammen, bei der die Technologien schrittweise in die Produktion und in das gesellschaftliche Leben eingeführt werden, und die technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen beginnen, auch mit den Gesellschaftswissenschaften mehr zu kommunizieren.

Welche Auswirkungen hat das auf den Arbeitsmarkt und die Wissensentfaltung, auf die Synergien insgesamt? Eine Gelegenheit sehe ich wiederum im makroregionalen Kontext. Manchmal wird gesagt, es geht um Finanzen, manchmal geht es um die bessere Nutzung von Finanzressourcen. Die EU hat einen neuen Blickwinkel in die Entfaltung der Regionen eingebracht, indem sie eine makroregionale Strategie schuf: gegenwärtig gibt es eine Baltikum-, Donauraum-, Adria-Ionische und eine Alpen-Makroregion. Deutschland ist ebenso wie Slowenien in dreien vertreten, Österreich ist in zwei, die Slowakei in einer von ihnen. Wenn man die Herausforderung Brexit transformieren könnte und darin Synergien und makroregionale Potenzial suchte, sofern es in der Perspektive gelänge eine Initiative zu entwickeln, in die sich gerade die Nordsee-Region mit Deutschland einbringen würde,

dann könnte man das ebenfalls in Gedankenaustausch und Entfaltung des Humankapitals ummünzen.

→ **Dr. Christian Geinitz:**

Vielen Dank. Wie hat der deutsche Botschafter beim gestrigen Abendempfang so schön gesagt: „Zwischen Ihnen und dem Essen stehe jetzt nur noch ich.“ Sie können gern noch eine Frage stellen. Danach würde ich aber bitten, dass Sie mit unseren Diskussionsteilnehmern in der Mittagspause direkt ins Gespräch treten. Bitte.

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Mein Name ist Sebastian Fischer. Ich bin Abgeordneter im Sächsischen Landtag. Wir Deutschen beobachten, dass die Sanktionspolitik gegenüber Russland in Sachsen anders diskutiert wird als in Berlin. Wir sehen, dass unsere westeuropäischen Partner eher für die Sanktionen sind, während wir Sachsen eigentlich eher dagegen sind. Wir pflegen eine gute Zusammenarbeit mit der Republik Baschkortostan im Süd-Ural. Jetzt weiß ich, dass man besonders hier, aber auch in Polen, aber auch in Ungarn, mit Russland so seine Vorbehalte hat, und ich kann es sehr gut verstehen, wenn man die Geschichte anschaut. Sie sprachen vorhin von dem Projekt der Seidenstraße. Ein solches Projekt ist ohne Russland nicht zu machen. Mich würde interessieren, wie Sie die Sanktionspolitik gegenüber Russland seitens der Europäischen Union sehen. Sind Sie dafür? Sind Sie dagegen? Und wie stellen Sie sich eine Partnerschaft mit Russland in Zukunft vor?

→ **Dr. Christian Geinitz:**

Vielen Dank. Wer möchte sich dazu äußern. Die Frage:



Sanktionen gegen Russland – schadet, nützt es dem Wirtschaftsraum Mitteleuropa?

→ **Ing. Ivan Mikloš:**

Ich möchte Stellung beziehen, denn ich bin der Meinung, dass mein Vortrag davon handelte, dass heute am meisten die politische und die wirtschaftliche Freiheit gefährdet sind. Und Russland stellt eine der größten Gefahren für die politische und wirtschaftliche Freiheit dar. Sollte jemand daran zweifeln, so betrachte er die fortlaufenden Ergebnisse der Untersuchungskommission in den USA zur Art und Weise, wie Russland in den Wahlkampf eingegriffen hat. Es gibt eine Vielzahl dieser Informationen. Zum Beispiel wie Russland nicht nur verschiedene Sender und Internetseiten finanziert, die Theorien zur Unter-

grabung der Werte, von denen ich spreche, verbreiten, aber auch die direkte Finanzierung vieler fremdenfeindlicher und extremistischer Parteien in Westeuropa, deren Ziel der Sturz des Systems der liberalen Demokratie und der freien Marktwirtschaft ist. Gestatten Sie mir noch hinzuzufügen: als Mensch, der bereits seit drei Jahren in der Ukraine lebt, könnte ich zu diesem Thema sehr viel sagen, aber ich will Sie nicht aufhalten. Vielleicht nur das Wesentliche: Wenn jemand meint, die Sanktionen würden nicht funktionieren, so irrt er gewaltig. Natürlich stimmt es, dass mit den Sanktionen gewisse direkte Kosten verbunden sind, aber ich bin davon überzeugt, dass diese direkten Kosten nur ein Bruchteil der direkten und indirekten Kosten sind, die entstünden, wenn Russland seine Politik verbreiten könnte. Und zwar nicht nur mit Worten, sondern wenn es militärische Kräfte nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Georgien einsetzen würde. Ich muss bekennen, dass ich mich aufrichtig wundere über alle, die Zweifel an den russischen Sanktionen haben.

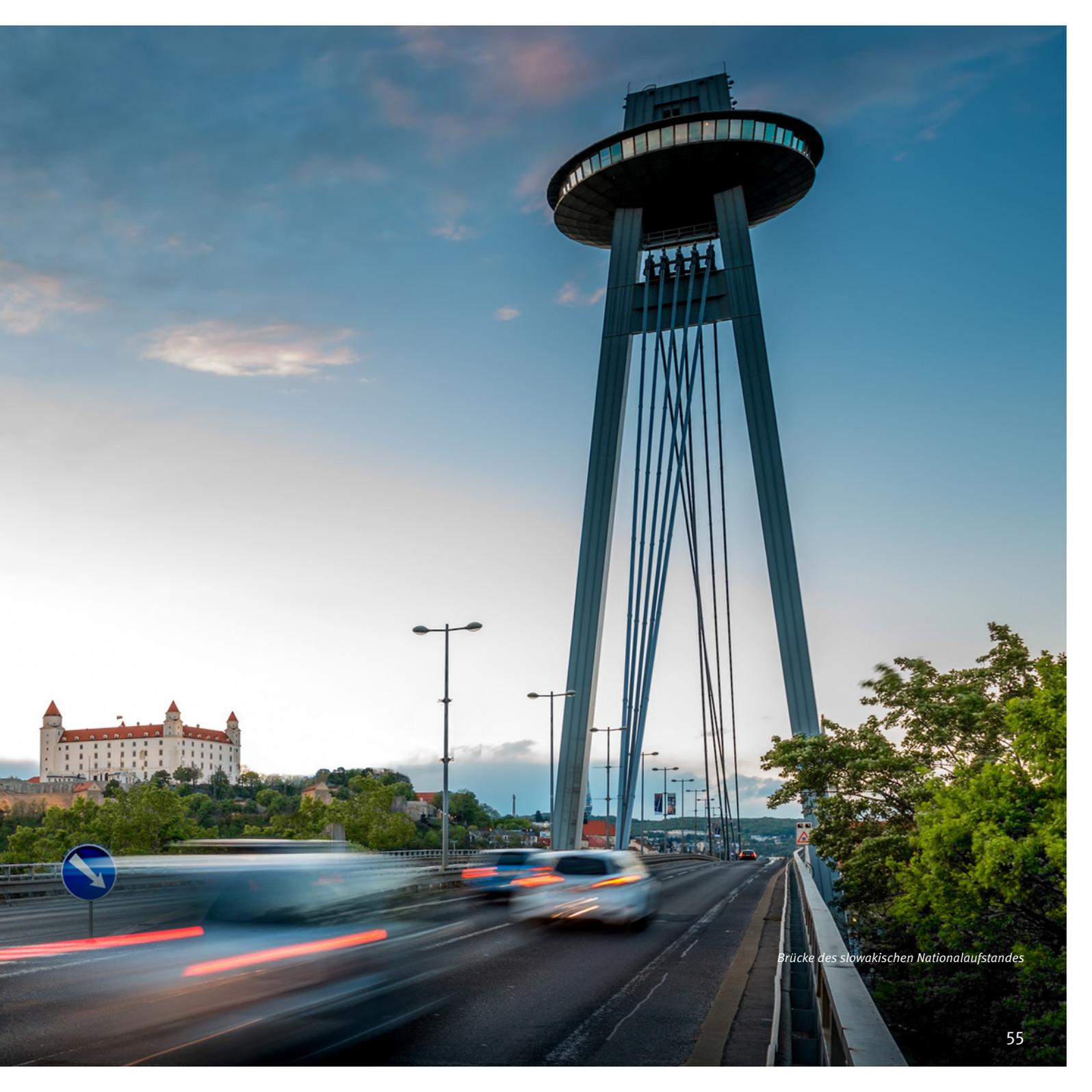
→ **Dr. Christian Geinitz:**

Ich denke, wir nehmen das als Schlusswort. Die Debatte könnte sicherlich weiter befeuert werden; denn das ist natürlich ein Wespennest, in das Sie da gestoßen haben. Ich würde mich freuen, wenn die Gespräche weitergingen beim Mittagessen, auch gern bilateral, wie man heute sagt. Ich möchte Ihnen ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit danken. Sie waren ein fantastisches Publikum. Ich möchte aber natürlich vor allem meinen Teilnehmern hier oben danken. Frau Dr. Číderová, meine Herren, es war ein großes Vergnügen, es war sehr inspirierend. Herzlichen Dank.



Thema II

Mitteleuropa als (ein) Kern in Europa?



Brücke des slowakischen Nationalaufstandes



Der Kern der EU sind die freien Bürger

Prof. Dr. Iveta Radičová

» Einen angenehmen guten Tag wünsche ich, meine Damen und Herren. Es ist sonderbar, hier zu sitzen und den eigenen Lebenslauf anzuhören. Man fängt an zu überdenken, was man geschafft und was man nicht geschafft hat. Heute bin ich bemüht, Ihre Aufmerksamkeit auf die nach meiner Meinung dringendsten Herausforderungen zu lenken, die vor uns liegen, und die wir bewältigen können, wenn wir denn wollen. Das verlangt vor allem, sich auf Lösungen einzustellen. Ich biete Ihnen eine Betrachtung über den sogenannten Kern an, jedoch nicht aus der Sicht der Art und Weise, wie gemeinsame Kompetenzen aufzuteilen sind oder

welcher Grad der Integration anzustreben ist, sondern aus der Sicht des Inhalts, des Sinns der gemeinsamen Kompetenzen, Lösungen und Herausforderungen.

Ich beginne vor allem mit dem, was man so erzählt. Betrachten wir den Diskurs über den Stand der öffentlichen Dinge, über Europa und die Welt: er ist voller Negativa. Betrachten wir den Diskurs über die EU: er ist voller Feststellungen darüber, worin wir unterschiedlich sind. Wir kumulieren eine Vielzahl von Unterschiedlichkeiten. Ganz selten sprechen wir über das, was uns verbindet, ob es uns immer

noch verbindet, und was uns verbinden könnte. In den postkommunistischen Ländern existierte noch Jahrzehnte nach 1989 die Vorstellung, dass Freiheit Bedrohung bedeute. Freiheit sei Gefahr. Freiheit bedeute Einfluss der westlichen Zivilisation und bringe Kriminalität, Drogen und alle anderen Gebrechen und Probleme der westlichen Welt mit sich. Leider steht die mehrheitlich geteilte Wahrnehmung der Freiheit auch heute wieder im Geiste der Bedrohung. Dessen, dass Probleme bestehen, beschuldigen wir eher die Freiheit und weniger die Diktatur oder autoritäre Regime. Dessen ungeachtet haben wir ein Stück des Weges zurückgelegt, und ich meine, ich sollte zur Einleitung zusammenfassen, was uns dabei gelungen ist.

Die postkommunistischen Länder haben in den letzten einhundert Jahren nach Expertenmeinung den größten Sprung in der Systemwandlung verzeichnet. Unsere Länder sind dank der Transition und Transformation aus der Kategorie der am wenigsten entwickelten Länder der Welt zu den höchstentwickelten Ländern vorgestoßen; zu den ersten 25 Prozent der höchstentwickelten Länder der Welt. Wir haben trotz des anfänglichen Verfalls gleich nach 1989 in 20 Jahren ein schnelleres Wirtschaftswachstum erreicht als jedes andere Land in der Region Europa. Der private Pro-Kopf-Konsum ist in den postkommunistischen Ländern im Durchschnitt um 88 Prozent gestiegen, im westlichen Teil Europas dagegen nur um 56 Prozent. Der Lebensstandard hat sich verbessert, der Raum, in dem wir leben, ist größer und qualitativ hochwertiger geworden. In unseren Ländern gibt es heute mehr Internetnutzer als in jedem westeuropäischen Land. In unseren Ländern haben wir einen Großteil der ökologischen Belastung einer Lösung zugeführt. Die Emissionen sind auf die Hälfte reduziert worden. In unseren

Ländern ist die mittlere Lebenserwartung von 69 auf 73 Jahre angestiegen. Wir verzeichnen das schnellste Absinken der Kindersterblichkeit unter den europäischen Ländern.

Die wichtigste Transformation war jedoch die politische. Von Ländern, die in einer staatlich dominierten, überindustrialisierten Gesellschaft auf die Rüstungsindustrie bauten, haben wir uns zu Ländern mit dem Privateigentum verpflichteten Marktwirtschaften entwickelt, die in die globalen Netze und Märkte integriert sind. Das waren prinzipielle Wandlungen in der Politik, die von einem Monolith zu einem pluralistischen System geführt haben. Von einer staatlich organisierten und gelenkten Bildung zur akademischen Freiheit. Von einer Justiz, die von der Staatsmacht abhängig war, zu einer unabhängigen.

Die Regierungen haben heute mehr Freiheit als jemals in der Geschichte dieser Region. Und die Bürger haben so viel Freiheit, wie sie im Rahmen der gegebenen Wirtschaftskraft nur haben können.

Das bedeutet jedoch nicht, dass wir nicht großen Problemen und Herausforderungen die Stirn bieten müssen. Ja, es gibt sie, wir sind weit davon entfernt sagen zu können, wir seien perfekt und hätten nichts mehr zu bewältigen. Schließlich ist schon das Angebot der politischen Parteien im politischen Wettstreit Beweis dessen, dass unsere Gesellschaften grundlegend an etwas kranken. Lassen Sie uns eine wahrheitsgemäße Antwort finden, wie mit dieser sozialen Krankheit umzugehen ist. Wir wollen sie wahrheitsgemäß benennen.

Alle postkommunistischen Länder haben ein hohes Maß an Korruption. Alle schieben sie einen ähnlichen Berg an Problemen vor sich her: große regionale Unterschiede, eine geringe Durchsetzbarkeit des Rechts, einen geringen Grad des Vertrauens in die unabhängige Justiz, geringe Beteiligung der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten, geringes Vertrauen in die demokratischen Institutionen und ein geringes Niveau der sozialen und öffentlichen Dienstleistungen.

Was ist in der Politik am wichtigsten? Doch wohl die Zufriedenheit der Bürger.

Jedoch wächst der Anteil der unzufriedenen Bürger. Er überwiegt zunehmend den Teil der Gesellschaft, der zufrieden mit dem Stand der Dinge ist. Aus dieser Tatsache ergeben sich prinzipielle Herausforderungen. Jürgen Habermas spricht davon, dass wir Zeugen einer postdemokratischen Ära seien, die dadurch charakterisiert ist, dass die Bürger meinen, ihre Beteiligung an der Demokratie sei überhaupt nicht wichtig und dass die wichtigsten Entscheidungen nicht in den Händen der Politiker lägen, die sie gewählt haben. Sie lägen in den Händen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure, die nicht demokratisch gewählt wurden. Wir nennen das Verantwortungslosigkeit in der Demokratie. Ich nenne dies Demokratie 3D, Demokratie als vollkommene Frechheit. Irgendjemand ist verantwortlich, aber niemand weiß, wer.

Mit welchen wichtigen Herausforderungen sind wir konfrontiert? Vor allem: mit der Kluft in den Erwartungen. Diese

Kluft in den Erwartungen ist eindeutig. Die Kluft zwischen dem, was die Bürger sich von den Regierungen wünschen und dem, was die Regierungen realisieren. Sie bringen einfach ihre Unzufriedenheit damit zum Ausdruck, dass das System, in dem sie leben, nicht vollwertig durch funktionierende demokratische Institutionen kontrolliert wird. Wir sind Zeugen der wachsenden Unzufriedenheit der Bürger. Die globale Krise erhöht und verstärkt die Spannung in Europa wie auch in der Welt. Vor allem unter dem Gesichtspunkt der Verteilung von Macht und Reichtum, wo sich der Reichtum auf eine kleine Bevölkerungsgruppe konzentriert, während andere Bevölkerungsgruppen gleichmäßig zu verarmen beginnen. Es entsteht ein riesiges Paradoxon, dessen Ausdruck die wachsenden öffentlichen Budgets und Ausgaben sind, die Extension des Staates, und zugleich die wachsende soziale Ausgrenzung. Der Umverteilungsprozess, wie er heute eingestellt ist, funktioniert nicht. Wir benötigen keinen größeren Beweis. Es besteht ein großer Widerspruch zwischen der Öffentlichkeit und den Eliten. Nach diesem Aspekt können wir eine Krise der meritokratischen Eliten in unseren Gesellschaften diagnostizieren.

Dieses Misstrauen gegenüber der Politik erleichtert natürlich das Antreten neuer politischer Kräfte und erhöht die politische Polarisierung der Gesellschaft. In Ländern wie Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Litauen, Slowenien und der Slowakei ist die Unzufriedenheit mit der schlechten Führung oder mit der Korruption verbreitet. Gerade diese Unzufriedenheit ist der Nährboden für die Ablehnung des heutigen Regierungsstils und sie schafft Raum für einen neuen Typ von Eliten. Ich denke, die grundlegende Ablehnung richtet sich nicht gegen die Demokratie selbst, sondern gegen ihre reale Form in der gegenwärtigen Ausprägung.



Die Menschen fordern mehr Demokratie, mehr Rechte und größere Teilhabe an der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, aber nicht in der Form, wie sie sie gegenwärtig durch die Vertreter der Macht erleben.

Mehr Transparenz, Kontrolle, Effizienz der öffentlichen Institutionen sind die unerlässliche Voraussetzung für das Aufkeimen eines erneuerten Vertrauens in die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten. Aber das wird bei weitem nicht ausreichen.

Wir sind Zeugen von zwei prinzipiellen Widersprüchen. Der erste Widerspruch besteht zwischen den globalen Märkten

und den Möglichkeiten der nationalen Politik. Keine nationale Politik ist imstande, verantwortungsvoll Lösungen für die Konsequenzen und Effekte der globalen Märkte anzubieten. Das ist ausgeschlossen. Wir sind seit Jahrzehnten deren Zeugen und haben immer noch keine Lösungen und Antworten. In den Augen der Bürger versagen die Regierungen. Darin liegt eine logische Erklärung. Für den Erfolg auf dem globalen Markt benötigt man Privilegien und Monopole. Dann ist ein globaler Player erfolgreich. Die Demokratie dagegen beruht auf anderen Werten – auf der Regulierung zugunsten der Bürger und zur Sicherung ihrer Menschenrechte. Das steht zueinander im Widerspruch. Deswegen weiß sich die nationale Politik unter dem Druck der globalen Märkte keinen Rat. Bekanntermaßen gibt es das sogenannte Rodrik-Trilemma zwischen souveränen Nationen, Demokratie und Globalisierung. Dani Rodrik stellt damit klar fest, dass nur zwei dieser drei Dimensionen gleichzeitig erfolgreich realisiert werden können. Zwei von drei Dimensionen können wir realisieren. Hoffen wir auf drei, werden wir versagen.

Der zweite Widerspruch ergibt sich aus der bestehenden Lage. Der Raum für nationale Politik und ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten werden enger. Die nationalen Politiken bieten keine demokratischen Kompensationen zur bestehenden Lage und so entsteht ein neuer Widerspruch – der Widerspruch in der Identität. Anstelle des Widerspruchs aus dem vorigen Jahrhundert, wo es um sozioökonomische Themen ging, die das politische Spektrum teilten, lösen wir heute den Widerspruch bezüglich der nationalen, europäischen, weltweiten oder lokalen Identität, aber hauptsächlich in den Themen Ethnizität, Kultur und Religion. Das Vertreterische an diesem Typ von Widerspruch besteht darin,

Impulsreferat

dass man nur sehr schwer einen Kompromiss erreicht, wenn überhaupt. Gerade dieser Widerspruch führt zu einer Polarisierung der Gesellschaft mit der Unmöglichkeit, eine Zusammenarbeit zu erreichen.

Der Widerspruch zwischen der nationalen Demokratie und den globalen Märkten ist Quelle sozialer Spannungen, welche die Demokratie in ihren Grundfesten erschüttern können.

Die Kraft der reichen Korporationen zusammen mit dem auf dem Staat lastenden Druck, die Auswirkungen der globalen

Märkte zu kompensieren, verdrängt manche soziale Gruppen aus der Gesellschaft und führt zum Gefühl, dass Gruppen von Nichtbürgern der betreffenden Kommune entstehen. Im Parteiensystem kommt es zu einer Spaltung zwischen Siegern und Verlierern, was total verfeindete Lager entstehen lässt. Wir wechseln das Vokabular. Aufrichtigkeit wird ausgetauscht durch vulgäre Grobheit. Diese vulgäre Grobheit ist eine Verunreinigung des öffentlichen Raums und benennt die grundlegenden Probleme nicht, sondern vertuscht sie. Sie ruft Zorn hervor, der sich mit Angst und Unsicherheit verbindet. Das ist der Nährboden für Extremismus. Die Grundwerte der liberalen Demokratie wie z. B. das freie Wort, die Versammlungsfreiheit oder das Recht auf Schutz der Privatsphäre werden durch den von



zwei unterschiedlichen Prozessen ausgeübten Druck erodiert. Diese Prozesse sind die Forderung nach größerer allgemeiner und sozialer Sicherheit und das Abweichen von der liberalen Demokratie in Richtung stärker autoritärer Regime.

Ich komme auf meine einleitende These zurück.

Freiheit heißt Bedrohung. Die Nachfrage nach Stabilität, sozialer Sicherheit und Ordnung wird immer stärker. Das sind die Pfeiler der autoritativen Macht.

Was ist zu tun? Ich denke, dass uns Herausforderungen in drei Bereichen bevorstehen.

Der erste Bereich ist das politische System. Das grundlegende Ziel muss und sollte die entscheidungsfindende und partizipative Demokratie sein. Die Menschen streben immer mehr Teilhabe an der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten an, auch in der Zeit zwischen den Wahlen. Wir bieten ihnen meist ein Referendum, und dabei stellen wir oft die Bedingung eines 50-Prozent-Quorums, weswegen die Referenden nur selten erfolgreich sind. Aber in der Zeit zwischen den Wahlen gibt es auch andere Instrumente, um die Bürger in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Etwa gewählte Bürgervertreter außerhalb der politischen Parteien, die das Recht haben, ihre Ansichten und Haltungen zu den zu verabschiedenden Entscheidungen und legislativen Maßnahmen auszudrücken und auf die gebilligte Gesetzgebung zu reagieren. Stichprobenartig ausgewählte Repräsentanten desjenigen Rechtsträgers, der

von der entsprechenden Gesetzgebung betroffen ist, sollten die Möglichkeit haben, Änderungen und Lösungen vorzuschlagen.

Der zweite Schritt – Rechte und Institutionen für die kommende Generation. Wir leben gegenwärtig auf Pump, und zwar meine ich nicht nur die wirtschaftlichen Schulden, die wir vor uns herschieben und an die künftige Generation weitergeben, ohne unsere Schritte und deren Auswirkungen für einen längeren Zeitraum als vier Jahre zu bedenken. Ich rufe nach dem Schutz demokratischer Kapazitäten für die Zukunft.

So wie wir abzuschätzen pflegen, was für Auswirkungen eine neue Gesetzgebung auf das Budget bzw. auf die Umwelt haben wird, so sollte Bestandteil eines jeden Vorhabens die Auswertung seiner Effekte auf das Leben der nächsten Generation in 20 bis 30 Jahren sein.

Eine solche Auswertung der Konsequenzen getroffener Entscheidungen wird unsere Entscheidungen verändern. Gegenwärtig reagieren wir oft erst, wenn es zu spät ist. Wenn wir zum Beispiel die höchste Jugendarbeitslosigkeit haben, dann starten wir rasch Projekte. Wir bemühen uns, die Jugend irgendwie in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Aber die erste Enttäuschung der jungen Menschen können wir damit nicht wettmachen. Und nur, weil bei den getroffenen Arbeitsmarktmaßnahmen die Auswirkungen auf die künftige Generation nicht bedacht worden sind.

Im Bereich des wirtschaftlichen und sozialen Systems kommen wir nicht ohne mehr soziale Verantwortung der Unternehmen aus. Ein besseres unternehmerisches Umfeld oder eine bessere Wettbewerbsfähigkeit allein reichen nicht aus. Ich erinnere an die von der UNO im Juni 2011 verabschiedete Resolution, welche die Grundprinzipien des Handels und der Menschenrechte festgelegt hat, sowie globale Standards zur Prävention ungünstiger Auswirkungen der globalen Märkte auf die Menschenrechte. Ich meine, das ganze Problem besteht darin, dass wir sie zwar alle unterzeichnet haben, aber damit war es für uns erledigt. In fast keinem Land kam es zu einer realen Politik. Wir sind Zeugen wachsender Unterschiede zwischen dem Konsumverhalten auf der einen Seite und der Menschenwürde auf der anderen. Es verbreitet sich ein unwürdiges Leben mit dem Smartphone in der Hand.

Das zweite Paket betrifft die Antikorruptionsmaßnahmen. Wir sprechen sehr viel darüber. Wir verabschieden ein Gesetz nach dem anderen, um festzustellen, dass sich nichts ändert. Bereits 2005 wurde eine Konvention darüber verabschiedet, wie im Kampf gegen Korruption vorzugehen sei. Korruption wird sehr weit und klar aufgefasst. Das sind Schmiergelder, Veruntreuungen, Missbrauch der öffentlichen Finanzen, einschließlich Geldwäsche. Korruption ist ein breites Phänomen, zu dessen Regulierung wir die Instrumente kennen. Schließlich hat die Europäische Union im Jahre 2010 das sogenannte Stockholm-Programm aufgelegt, das es der Europäischen Kommission erlaubt, die Erfolge im Kampf gegen die Korruption zu beobachten und auszuwerten. Verbessert wurde die Kommunikation zwischen EUROPOL, EUROJUST und CEPOL. Jahr für Jahr beobachten wir, wie wir in der Skala herunterrutschen. Murphy

formuliert das am treffendsten: „Wollt ihr das betreffende Problem nicht lösen, so gründet eine Institution. Das wird gewiss nicht funktionieren.“ Wir gründen Institutionen und die Korruption ergreift auch diese.

Das dritte Paket sind die Inklusion und die sozialen Rechte. Ich formuliere einen – für manchen geradezu revolutionären – Satz: Wir haben in unseren Sozialstaaten aus dem ursprünglichen welfare ein workfare gemacht, haben dies z.B. flexiblen Arbeitsmarkt genannt, um heute festzustellen, dass wir tiefe strukturelle Arbeitsmarktprobleme haben. Immer mehr öffentliche Mittel führen zu einer immer größeren Zahl unzufriedener Bürger, zu sozialer Ausgrenzung, relativer Armut und einem Anwachsen der armutsbedrohten Gruppen – von den Langzeitarbeitslosen ganz zu schweigen.

Wir müssen eine Änderung vom ursprünglichen System zu einer vor-umverteilenden Sozialpolitik verwirklichen. Wir brauchen Interventionsprogramme, die in der Kindheit beginnen vorzusorgen, dass ein Mensch nicht in das soziale Netz fällt.

Es gibt einige Programme, es geht nur darum, den Köder der Sozialpakete und des Austeilens aus der Hand zu legen, denn sie festigen und halten den Menschen nur in den Grenzen der Armut. Das ist ein vollständig neues Modell, wir sollten aber den Mut haben, es in Angriff zu nehmen. Ich denke, ein politisches Subjekt mit dieser Vision wird große Chancen haben. Erhöht wird das, was wir Chancengleichheit nennen. Freiheit ist Chancengleichheit.

Das vierte Paket ist die Integration aller Menschen. Es wachsen verletzbare Gruppen, und zwar nicht nur auf der Ebene der zurückgebliebenen Standorte. Werden wir diese Verletzlichkeit dadurch lösen, dass wir alle in die Hauptstädte umziehen lassen? Das ist keine Lösung. Deswegen sollten wir, wenn wir heute sagen, die Arbeitslosigkeit ist gesunken, zugleich analysieren, auf welche Weise. Die jetzige Art und Weise schafft Gruppen von arbeitenden Armen. Das sind in der Slowakischen Republik 20 Prozent der Berufstätigen. Das ist eine weitere Gruppe von Unzufriedenen. Rechnen wir die Herausforderung durch die Alterung der Bevölkerung in Europa hinzu!



Wir müssen ein Modell finden, das die Lösung der demografischen Herausforderung mit der Lösung für die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes kombiniert. Das ist eine Aufgabe für die Eliten. Das ist eine Aufgabe für die Politiker. Für uns alle.

Ein weiterer Bereich ist die Verwaltung unseres Staates, der öffentlichen Angelegenheiten. Ich weiß, dass wir im digitalen Zeitalter leben. Aber e-Government löst nicht den Inhalt der Politik, sondern nur die Form. Die Art und Weise der Gestaltung, aber wovon? Was genau soll erleichtert werden? Soll der Unternehmer elektronisch mehr und mehr Formulare ausfüllen? Am Ende müssen sie doch ausgedruckt werden. Wenn wir nicht den Inhalt der Politik ändern, kann die Digitalisierung nicht hilfreich sein. Sie ist nur ein Mittel. Ein hervorragendes Beispiel ist Estland, das hat die Wirtschaftsreformen hinter sich. Es bietet ein anschauliches Beispiel, wie e-Government funktionieren kann, wie dadurch bestehende Dienste effektiver und transparenter gestaltet werden können. Wenn wir das nicht tun, dann erhöhen wir nur das Auftreten der immer stärkeren oligarchischen Demokratie.

Ein Bereich, den wir nicht vergessen sollten, ist die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden sowie die Teilhabe an der Verwaltung der örtlichen Angelegenheiten. Die Slowakei steht vor den Wahlen zu den höheren Gebietskörperschaften. Wir waren überzeugt, dass der Bürger – sollte ihn ein lokales Problem betreffen – sich mehr engagieren und jemanden wählen wird, der die Belange der Bürger verantwortungsbewusst behandelt. Leider entspricht dies

nicht der Realität. Weit eher funktionieren Nepotismus bzw. Klientelismus als verantwortungsvolles Handeln für die Aufgaben der Selbstverwaltung. Hier spiele ich auf ein viel tieferes Problem an, auf das Problem der politischen Kultur.

Der letzte Bereich, den ich daher gern betonen möchte, ist die ehrliche öffentliche Politik, ist die Beziehung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor, ist die Ehrlichkeit der Regierung. Eine Illusion, nicht wahr? Aber ohne Visionen, Illusionen und Träume gibt es keine Chance auf Fortschritt. Ohne Träume stirbt die Gesellschaft. Ohne die Fähigkeit zu Visionen und weitreichenden Plänen können wir nicht auf die Frage antworten, wozu wir eigentlich da sind. Träume machen uns besser, denn sie gestatten uns, den Schatten der heutigen Existenz zu überspringen. Deswegen denke ich, dass der Traum von einem ehrlichen Politiker nicht verboten ist, sondern sogar obligatorisch sein sollte.

Wir sollten Ehrlichkeit und das Einhalten der Spielregeln in den grundlegendsten Beziehungen fordern.

Wären wir ehrlich gewesen, hätten wir die Krise von 2008 bis heute nicht durchmachen müssen.

Gestatten Sie mir, diese Herausforderungen mit einer kurzen Betrachtung abzuschließen. Die Folgen der Wirtschafts- und der Flüchtlingskrise bzw. die Angst vor dem Terrorismus bringen markante Änderungen in der Gesellschaft mit sich. Wir werden in einer Welt voller Ungewissheiten und Anderssein leben. Das ist Fakt. Unter dem Einfluss der Modernisie-

rung und Globalisierung wandelt sich die Gesellschaftsstruktur in der Sphäre der Arbeit. Der ökonomische Fortschritt bedeutet zweifellos den Untergang einiger Berufe, und einige Erwerbszweige werden überflüssig. Der soziale Fortschritt schafft eine Neuordnung, wodurch manche Menschen einfach aus dem System ausgeschlossen werden. Das Gefühl des Überflüssigseins, der Unbrauchbarkeit und die Unmöglichkeit, in den neuen Strukturen zu leben, vermehrt Gefühle der Frustration, der Unzufriedenheit und der Gefährdung. Wir leben in einer Welt der Ungewissheiten, und in Ungewissheit kann niemand glücklich sein. Wir können nicht vorhersehen, was morgen sein wird, aber wir fürchten uns davor. Denn viele Auswirkungen der Globalisierung unterliegen nicht der politischen Kontrolle. Heute tritt die erste Nachkriegsgeneration junger Leute an, für welche die klassische vertikale soziale Mobilität nicht mehr gilt, d.h. ihre Kinder werden es nicht mit großer Wahrscheinlichkeit besser haben als sie selbst.

Wir leben in einer Doppelwelt – offline und online. Wir leben im Netz und in der Realität. Im Netz ist es einfach. Ich wähle meine Freunde aus und beende die Kommunikation, wann ich will. Aber wenn man viele Stunden im Internet verbringt, verliert man die Fähigkeiten, die man für das Funktionieren in der realen Welt benötigt, denn Konfrontation ist hier nicht nach unserer Wahl. Wir sind nicht Herr der Lage. Wir treten in einen komplizierten Dialog ein, in dem wir aushandeln, wie wir zusammen oder nebeneinander leben werden. Es wandelt sich unsere Wahrnehmung der Welt, wir schaffen uns eine Blase der Behaglichkeit, eine Zone der Sicherheit. Es ist uns möglich, nur selbstbestätigende Informationen aufzusuchen und so unser Selbstbewusstsein zu heben. Diese Zone können wir auch Grotte des Widerhalls



Je mehr Freiheiten wir haben, umso mehr Ungewissheit haben wir. Das ist der Preis der Freiheit. Deswegen sehnen wir uns nach Sicherheit.

Einige Politiker und Demagogen versuchen, aus dem Gefühl der Unsicherheit und Angst politisches Kapital zu schlagen. Die Menschen sind bereit, mehr und mehr Freiheit zu opfern, wenn sie dafür mehr Sicherheit bekommen. Geschickte Politiker wissen, dass dies ein Trend ist und passen ihm ihre Rhetorik an. Der Weg aus dieser Falle ist die Rückkehr zur Realität. Höhere Informiertheit, mehr Menschlichkeit und mehr Offenheit gegenüber neuen Möglichkeiten. Mehr sozialer Zusammenhalt, denn das ist die Grundlage für das Zufriedenheitsgefühl, und von Zeit zu Zeit auch für das Glücksgefühl. Ein Politiker ist reaktiv. Er kopiert die öffentliche Meinung, die er selbst gestaltet. Ein Staatsmann dagegen ist bemüht, Prozesse des sozialen Zusammenhalts in Gang zu setzen. Die Welle des neuen Nationalismus in Europa ist schwer zu neutralisieren, denn sie kleidet sich in das Gewand der Volksdemokratie und der Schutzheterik. Die illiberale Demokratie macht sich in Frankreich, Ungarn, Polen, Österreich und sogar in Skandinavien breit. Die Dynamik im heutigen Europa scheint eine Interaktion der finanziellen Unsicherheit und der kulturellen Isolation der meisten regierenden Eliten von ihren Bürgern zu sein. Und so wird der Extremismus vor unseren Augen zur wichtigsten politischen Strömung, welche die Grundwerte und Menschenrechte unterdrückt. Liebe Freunde, Freiheit ist nicht Gefährdung! Freiheit ist unsere einzige Gewissheit, also lassen wir sie uns nicht aus der Hand nehmen!

Danke schön.«

nennen. Oder Spiegelflur. Wo wir auch hinblicken – wir sehen nur uns selbst. Das Ergebnis ist der Verlust unserer Kritikfähigkeit, der Verlust der Fähigkeit, Änderungen zu erkennen und zu akzeptieren. Aber die Welt ist voller Änderungen, auf die man reagieren muss. Oft reagieren wir jedoch durch Flucht aus der Realität.

Man kann Unsicherheit nicht durch andere Unsicherheit lösen. Vor dem Verlust von Freiheit und Würde ängstigen sich die Menschen nicht so sehr, wie vor dem Verlust des Sicherheitsgefühls.



Mitteleuropa als politischer und sicherheitspolitischer Kern

Milan Štěch

» Meine Damen und Herren, guten Tag. Zunächst möchte ich mich bedanken für die Einladung und die Möglichkeit, auf der diesjährigen Konferenz des Forum Mitteleuropa einen Vortrag zu halten. Einleitend möchte ich am Rande auf das eben Gehörte reagieren. Mit einigen der vorgebrachten Anregungen, Themen und Aussagen bin ich natürlich einverstanden, aber einige möchte ich gern kommentieren.

Am Freitag und Samstag gibt es in der Tschechischen Republik Wahlen zum Unterhaus des Parlaments, das – wie überall in Europa – die wichtigste politische Arena ist, in der die

politischen Kräfte und Bewegungen mit ihren Programmen und Forderungen zusammentreffen. Ich habe dieses Jahr zum ersten Mal, nach mehr als 20 Jahren in der Politik, nicht am Wahlkampf teilgenommen. Und ich sage Ihnen warum. Mehr und mehr komme ich zu der Ansicht, dass wir als Politiker in den Wahlkämpfen – und ich meine das nicht nur für die Tschechische Republik – die Augen davor verschließen, wie wir die Politik wirklich offen und langfristig ausführen könnten. Immer mehr gelange ich zu der Überzeugung, dass wir in der Regierungsrolle alles positiv und durch die rosa Brille sehen. Wenn wir in der Opposition sind, dann sind wir

negativ und kritisieren. Bei dieser Kritik vergessen wir eines: Wenn wir als Opposition mit den Wählern kommunizieren oder Informationen in den Medien teilen, sind die Menschen eher geneigt, das Negative zu glauben. Danach fällt es oft schwer, das Gute vom Schlechten zu trennen. Die pessimistische Stimmung, die momentan in der Gesellschaft herrscht und die den populistischen Parteien viel Raum gibt, obwohl diese oft bereit sind, auch die Grenzen der Demokratie zu überschreiten um Macht und Einfluss zu behalten, diese pessimistische Stimmung haben wir, die Politiker der demokratischen Parteien, erst herbeigeführt. Wir wollen eine Position in der Regierung übernehmen. Diese Position bringt einem eigentlich nichts als viel Arbeit. Vielleicht gab und gibt es in der Politik Menschen, die meinen, dass ihnen ein Regierungsamt Profit und Sicherheit für ihre Person verleiht. Ich persönlich glaube aber, dass dies nicht die Regel, sondern die Ausnahme ist.

Ich bewege mich seit der Revolution im öffentlichen Raum, in der Spitzenpolitik bin ich ebenfalls schon lange. Ob Sie es glauben oder nicht, niemals hat jemand versucht, mich zu korrumpieren. Angesichts meiner Vergangenheit in den Gewerkschaften wäre dies ohnehin vergeblich gewesen. Ich habe nicht das Gefühl, dass Politiker mit anderen politischen Ansichten als ich korrumpiert oder potenziell korrumpierbar sind. Nein, dieses Gefühl habe ich nicht. Und ich bin überzeugt, wenn die meisten Politiker dieser Ansicht wären, dann sähe die politische Szene anders aus. Sie wäre nicht so pessimistisch gestimmt. Ich kann mich irren. Ich zweifle nämlich gern. Aber dieses Gefühl habe ich schon lange und deswegen habe ich dieses Jahr nicht an der Wahlkampagne in meinem Land teilgenommen. Die Kampagne wird recht scharf geführt, es gibt viele Schmä-

hungen, und die Aufgabe scheint es zu sein, den Wähler davon zu überzeugen, dass der politische Gegner der schlechteste ist.

Aber zurück zum Thema, denn ich möchte mich an die Aufgabe halten, die ich bekommen habe. Diese Aufgabe lautet: Mitteleuropa: Kern oder einer der Kerne Europas? Meine Antwort darauf, ob ich Mitteleuropa als Kern oder einen der Kerne Europas auffasse, ist ohne großes Nachdenken eindeutig.

Mitteleuropa ist nach meiner Ansicht der Kern des alten Kontinents, und zwar nicht allein in geographischer Hinsicht.

Ich werde von unserem Land sprechen. Die Tschechische Republik bzw. die Tschechoslowakei oder früher das Königreich Böhmen galt stets als Herz Europas.

Das ist der Ort, an dem sich seit eh und je Osten und Westen trafen. Historisch waren die Länder Mitteleuropas oft mit der Ansicht konfrontiert, dass das Konzept Mitteleuropa irrig sei, dass es so etwas nicht gäbe und dass es sich nur um einen Randstreifen zwischen Ost- und Westeuropa handele, der entweder in die Einflusssphäre des westlichen oder östlichen Machtblocks gehöre. In diesem Kontext müssen wir nicht an die Konsequenzen der Konferenzen von Jalta und Potsdam für die Länder Mitteleuropas in der Nachkriegsordnung erinnern. Ich denke sogar, die Konferenz von Jalta war noch wesentlicher. Ich will jetzt nicht in die Geschichte einsteigen, schließlich bin ich kein Historiker, aber eine gründ-

liche Lehre aus der eigenen Geschichte zu ziehen, ist für alle Staaten und Völker Mitteleuropas der Schlüssel zum Selbstverständnis, aber auch Voraussetzung für die Bewahrung einer funktionierenden und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit.

Gern möchte ich in diesem Zusammenhang an die Idee des Gründers des tschechoslowakischen Staates und unseres ersten Präsidenten, Tomas Garrigue Masaryk, erinnern. In seinem Werk „Das neue Europa“ spricht er über die Fragen, wie ein kleineres Volk inmitten Europas, also ein Volk ohne eigenes Meer und weit von der Küste entfernt, seine Selbstständigkeit erreichen könne. Er schreibt: „Ein solches Volk ist auf seine Nachbarn angewiesen und kann nicht ohne Verbündete existieren.“ Ich meine, das ist knapp und sehr klar ausgedrückt.

An dieser Äußerung Masaryks kann man klar zeigen, dass er ein großer Europäer war, und dass es ihm nicht nur um die Entstehung und Selbstständigkeit des tschechoslowakischen Staates ging, sondern vor allem um das funktionierende Ur-Fundament einer europäischen Gemeinschaft. Deswegen war Masaryk seit der Entstehung der Tschechoslowakei bestrebt, diesen Staat zu einem Bindeglied, zu einer Art Knoten zwischen West- und Osteuropa zu machen. Und ich persönlich würde mich freuen, wenn das auch heute so wäre, in der Gestalt ganz Mitteleuropas.

Ich bin jedoch der Meinung, dass das gegenwärtige Europa bzw. die Europäische Union einen Weg beschreitet, der sich immer mehr von den ursprünglichen Ideen, derentwegen diese Gemeinschaft gegründet worden war, entfernt. Weder ich noch andere tschechische Politiker (es gibt Ausnahmen)



leugnen die Grundpfeiler der europäischen Integration, auf denen die heutige Union aufbaut. Wir können stolz darauf sein, dass wir Europäer sind, dass wir in Europa leben. Andererseits dürfen wir die ursprünglichen Ideen und die gemeinsamen Werte nicht vergessen, die von allen in der Union geteilt werden sollten.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir das Motto der Europäischen Union in Erinnerung zu rufen: in varietate concordia, in Vielfalt geeint. Ich möchte jetzt die Frage stellen: Ist die heutige Europäische Union in der Vielfalt geeint, wie es das Motto besagt? Ich denke, nicht ganz.

Wie wir alle bestimmt wissen, läuft in diesem Jahr auf europäischem Boden eine lebhaftige Diskussion darüber, wie Eu-



ropa aussehen sollte bzw. in welche Richtung die EU gehen sollte. Seine Vision über die künftige Form der Union formulierte der Kommissionspräsident Jean Claude Juncker im Weißbuch, in dem er fünf mögliche Integrationsszenarien vorstellt. Leider scheint es so, als ob die Debatte nur in eine Richtung läuft – hin zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten. Dieses Konzept ist unter den europäischen Politikern kein unbekannter Begriff, er ist schon früher oft aufgetaucht. Einige führende Politiker der Gegenwart beginnen, ihn in letzter Zeit häufig zu verwenden.

Erinnern wir an den Besuch der deutschen Kanzlerin Angela Merkel im Februar in Polen, wo sie feststellte, dass das Europa der zwei Geschwindigkeiten längst Realität sei, und zwar in Form der Eurozone und des Schengen-Raums. Für

ein nächstes Beispiel muss man nicht weit gehen. Ebenso hat auch der französische Präsident Emmanuel Macron in seiner Rede an der Pariser Sorbonne Ende September nach einem Europa der zwei Geschwindigkeiten gerufen. Langsame Staaten sollten die schnelleren nicht ausbremsen. Seine Behauptung klingt logisch, widerspricht aber meiner Meinung nach wohl allen Grundprinzipien der europäischen Integration, am meisten jedoch der Forderung nach Einheit der Mitgliedsländer.

Hier erlaube ich mir eine Bemerkung. Das Mehrgeschwindigkeitseuropa ist Realität. Wenn wir dies in einen institutionellen Rahmen packen und damit politisch arbeiten und darüber sprechen werden, dann wird das zu einer Art Motto, und ich bin überzeugt, für die Bürger Mitteleuropas, für die Länder, die der EU später beigetreten sind, klingt das wie eine Rückkehr, als würden wir in der Zeit zurückgehen und die Chance, eine große Familie zu werden, entschwindet in der Ferne. Gerade dank dieser Debatte bin ich überzeugt, dass die Art und Weise, wie sich der europäische Integrationsprozess entwickeln wird, für die Länder Mitteleuropas Schlüsselbedeutung hat.

In letzter Zeit habe ich immer öfter das Gefühl, dass die Länder Mitteleuropas, besonders die Visegrád-Staaten, von den meisten europäischen Ländern mit Vorbehalt angesehen werden. Sie halten uns für irgendwie problematische Mitglieder, die nicht imstande sind, Verpflichtungen auf sich zu nehmen, wie z. B. die Quoten zur Flüchtlingsaufnahme. Das ist jedoch nicht so. Die mitteleuropäischen Länder sind keine „Troublemakers“, wie das einige der alten Mitgliedsstaaten von uns denken und manchmal sogar zum Ausdruck bringen. Bezüglich der Flüchtlingsquoten möchte

ich daran erinnern, dass in die V4-Länder in den letzten fünf Jahren eine beträchtliche Menge von Menschen aus dem Osten gekommen und integriert worden sind. Viele von ihnen sind vor dem Konflikt in der Ukraine geflohen. Viele Kriegsflüchtlinge haben wir in den 1990er Jahren während der Konflikte auf dem Balkan aufgenommen. Für die Tschechische Republik kann ich an die heute anerkannte nationale Minderheit der Vietnamesen erinnern, die bei uns leben und arbeiten. In unserem Land mit nicht ganz zehn Millionen Einwohnern macht diese Minderheit innerhalb von 20 Jahren fast eine halbe Million Menschen aus. Und da wir schon seit 25 Jahren davon sprechen, wie die Bevölkerung der Tschechischen Republik ausstirbt, wiederhole ich, dass wir jetzt bereits mehr als zehneinhalb Millionen Einwohner haben. Der Zustrom von Ausländern ist offensichtlich, wir haben sogar Informationen, dass mehr Menschen aus dem Westen zu uns gekommen sind, als aus Tschechien in den Westen gegangen sind. Vielleicht bilden wir gerade darin eine Ausnahme.

Das ist ähnlich wie im Falle des Vorwurfs einiger Mitgliedstaaten, die Staaten Mitteleuropas, d.h. die neuen EU-Mitglieder, würden bislang aus der EU mehr herausholen als zu ihr beitragen. Da kann ich nicht zustimmen. Schauen wir uns einmal an, wie markant heute der Abzug von Gewinnen und Dividenden aus der Tschechischen Republik ist. Gewiss können wir dann sagen, dass dieser Abzug riesig ist, was auch durch eine Analyse des Tschechischen Regierungsamtes, das diese Problematik sehr detailliert verfolgt hat, bestätigt wird.

Ich halte es nicht für konstruktiv, in der EU eine weitere Debatte zum Thema zu führen, wer ein gewissenhafter Mit-

gliedsstaat ist oder nicht und wer mehr zum Budget beiträgt oder mehr daraus erhält. Derartige Streitereien werfen auf keinen der daran Beteiligten ein gutes Licht.

Ich bin der Meinung, dass alle Staaten in Europa gleichwertige Partner sind und mehr Gemeinsames als Trennendes haben.

Gerade weil der mitteleuropäische Raum in der Vergangenheit und auch heute noch ein besonderer Raum für die einzelnen Völker war und ist, und gerade weil unser Zusammenleben nicht immer so ruhig verlief wie heute, sollten wir uns vor Augen führen, dass unsere Generation in Europa im Frieden lebt, ohne Krieg. Ich bin über 60 Jahre alt und Ver-



treter derjenigen Generation, die als erste in diesem mittel-europäischen Raum keinen Krieg erlebt hat. Ich weiß dies sehr zu schätzen, aber manchmal habe ich das Gefühl, dass meine Altersgenossen diese Tatsache vergessen. Doch das ist keinesfalls eine Selbstverständlichkeit. Das ist das Ergebnis des gemeinsamen europäischen Integrationsbestrebens aller europäischen Länder.

Meine Damen und Herren, am Schluss meines Beitrags gestatte ich mir, meine Vision über die Gestalt Mitteleuropas zusammenzufassen.

Mitteleuropa ist entschieden der Kern Europas, nicht einer der Kerne.

Als wirtschaftlichen Kern kann man wohl eher Brüssel betrachten, für den politischen und sicherheitspolitischen Kern jedoch halte ich Mitteleuropa. In Mitteleuropa findet man eine ganze Reihe unterschiedlicher Formen der Zusammenarbeit, von der wichtigsten – der Visegrád-Gruppe – über das Format von Austerlitz bis zum Salzburger Forum oder die Drei-Meere-Initiative. Jedes dieser Formate hat seinen festen Platz in Mitteleuropa, wobei eine allgemeine Übereinstimmung darin besteht, dass das Format mit Schlüsselbedeutung die Visegrád-Gruppe ist. Für ein sehr gutes Format halte ich auch Visegrád Plus, damit wir in Mitteleuropa effektiv kommunizieren und unsere Interessen wahren können.

Die weitere europäische Integration muss so ablaufen, dass keine Unterschiede gemacht werden zwischen neuen und

alten, kleinen und großen Mitgliedstaaten, und falls ein Staat andere Ansichten bezüglich der Integration hat, so ist sein Überstimmen oder Beiseiteschieben keine Lösung.

Europa muss sich einig sein, um den gegenwärtigen globalen Problemen, die beträchtliche Risiken und Herausforderungen darstellen, effektiv die Stirn bieten zu können.

Im nächsten Jahr gedenkt die Tschechische Republik dreier wichtiger Jahrestage der neuzeitlichen Geschichte. Für außerordentlich bedeutend halte ich den 100. Jahrestag der Gründung des gemeinsamen Staates der Tschechen und Slowaken. Außerdem erinnern wir an den 50. Jahrestag des Prager Frühlings mit der anschließenden sowjetischen Okkupation im Jahr 1968. Und schließlich darf ich hier, in Bratislava, nicht zu erwähnen vergessen, dass 25 Jahre seit der tschechoslowakischen Trennung vergangen sind, was für beide Staaten ein bedeutender Meilenstein ist. Auch wenn ich kein Befürworter des Zerfalls der Tschechoslowakei war, muss ich mit dem heutigen zeitlichen Abstand zugeben, dass sich beide Staaten gut gehalten haben.

Abschließend möchte ich einen Wunsch zum Ausdruck bringen, der sich im Text des bekanntesten Liedes von Marta Kubišova aus dem Jahr 1968 findet. Dieses Lied erklang bei der Demonstration am 21. November 1989 auf dem Wenzelsplatz: „Möge der Friede diesem Land erhalten bleiben.“

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche einen schönen Tag.«

Podiumsdiskussion

Dr. Kai-Olaf Lang



*Prof. Dr.
Krzysztof Ruchniewicz*



Dr. Tomáš Strážay



→ **Gerald Schubert** (Moderation):

Herzlichen Dank. Ich darf Ihnen ein weiteres Panel ankündigen. Bevor ich die Teilnehmer im Podium vorstelle, möchte ich Ihnen von Iveta Radičová ausrichten, dass sie leider nicht an der Podiumsdiskussion teilnehmen kann. Es tut ihr sehr leid. Sie wäre wirklich sehr gern geblieben, hat aber eine wichtige Veranstaltung an ihrer Universität. Wir sind jetzt also zu dritt auf dem Podium. Gleich neben mir sitzt Dr. Tomáš Strážay. Er hat hier ein Heimspiel. Er

ist Politikwissenschaftler, kommt aus Bratislava, hat aber von seiner wissenschaftlichen Sozialisation her einen Hintergrund, der ihn besonders für diese Diskussion hier empfiehlt. Er hat nämlich auch in Warschau studiert und ist Mitglied der Slovak Foreign Policy Association, wo er als Chefredakteur der gleichnamigen Fachzeitschrift fungiert. Er hat sich auf Visegrád spezialisiert, ein Thema, das uns sicher noch beschäftigen wird. Herzlich willkommen, Tomáš Strážay.



Gerald Schubert
(Moderation)



Neben ihm sitzt Herr Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz. Er ist aus Polen, er hat an der Universität in Wrocław Geschichte studiert, aber auch in Saarbrücken und in Marburg. Seit 2009 ist er außerordentlicher Professor der Universität in Wrocław und Direktor des dortigen Willy-Brandt-Zentrums. Dort ist er spezialisiert auf Deutschland- und Europastudien, zudem hat er Forschungsschwerpunkte, die uns wahrscheinlich im Rahmen der Diskussion beschäftigen werden, nämlich die deutsch-

polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert und die Geschichte der europäischen Integration. Herzlich willkommen.

Dr. Kai-Olaf Lang ist der letzte, den ich Ihnen vorstellen darf. Er ist Politikwissenschaftler und gehört der Forschungsgruppe EU/Europa bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin an. Er hat sich spezialisiert auf internationale und ostwissenschaftliche Studien zunächst in Köln. Dort war er wissenschaftlicher Referent. Seine jetzigen Forschungsschwerpunkte sind nach wie vor die Länder Ost- und Mitteleuropas. Und auch die baltischen Staaten gehören zu seinem Fachgebiet. Herzlich willkommen, Kai-Olaf Lang.

Ich würde gleich mit dem viel zitierten Visegrád beginnen. Unser Panel beschäftigt sich mit der Frage, was der oder ein Kern Europas sein kann und was das mit Mitteleuropa zu tun haben könnte. Ich habe mir überlegt: Man kann einen Kern als etwas Chronologisches definieren. Man kann einen Kern geografisch definieren. Da würden dann Österreich oder Sachsen – wie wir heute schon bemerkt haben – natürlich auch dazu gehören. Man kann einen Kern vielleicht auch thematisch definieren. Überall dort, wo bestimmte Staaten enger zusammenarbeiten, kann sich ein solcher Kern entwickeln.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Wahlen in Österreich und vor allem in Tschechien habe ich mir immer wieder vor Augen geführt, dass die europapolitische Ausrichtung, in dem Falle jetzt der Tschechischen Republik, wohl ein ganz zentraler Punkt sein wird, in dem sich Tschechien in Zukunft positionieren muss. Für Österreich gilt

das mit einer anderen Gewichtung sicherlich auch. Ich glaube, dass dabei das Verhältnis zu den Visegrád-Staaten oder innerhalb der Visegrád-Staaten eine ganz zentrale Rolle spielen wird; denn wir alle haben doch in den vergangenen Monaten oder seit 2015 immer wieder diese Bilder vor Augen, wie Vertreter, meistens die Regierungschefs der vier Visegrád-Staaten vor die Presse treten und eine gemeinsame Flüchtlingspolitik artikulieren wollen. Das ist das eine.

Auf der anderen Seite gibt es doch ganz unterschiedliche politische Strömungen innerhalb der Visegrád-Gruppe. Etwa wenn man sich ein bisschen genauer ansieht, wie die Regierungen in diesen vier Staaten bestückt sind, wer diese Regierungen leitet, in welchen Fraktionen des Europäischen Parlaments diese Regierungsparteien vertreten sind – da sind Sozialdemokraten, die polnische PIS, die gemeinsam mit der tschechischen ODS oder mit den britischen Tories im Europaparlament zusammengearbeitet, da ist Fidesz unter Viktor Orbán, der in der EVP vertreten ist. Tomáš Strážay, wie sehen Sie das? Gibt es eigentlich immer noch eine Visegrád-Gruppe, die sich selbst als Kern Europas begreift? Oder steht uns da eher eine Kernspaltung bevor?

→ **Dr. Tomáš Strážay:**

Danke für die Worterteilung. Ich gestatte mir zunächst einen kleinen Abstecher. Ich befasse mich mit verschiedenen regionalen Formen der Zusammenarbeit in Mitteleuropa und auch mit den Definitionen Mitteleuropas und freue mich sehr, dass ich die Möglichkeit habe, an diesem Forum teilzunehmen. Ich muss zugeben, dass vielleicht einige meiner Kollegen den Begriff „Mitteleuropa“

mit etwas ganz anderem, und zwar mit einem kontroversen historischen Konzept assoziiert haben. Das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag ist indes ein lebendiges, aktuelles Instrument zur Zusammenarbeit und zum Brückenbau zwischen den einzelnen Ländern Mitteleuropas. Nochmals danke für die Einladung.

Da wir schon von den einzelnen Konzepten Mitteleuropas sprechen und die Karte anschauen, so ist es wirklich kein Rätsel, warum die Slowakei Mitteleuropa vor allem mit Visegrád assoziiert. Die Slowakei liegt in der Mitte der Visegrád Vier (V₄) und ist auch Sitz einer Visegrád-Institution, und zwar des Visegrád-Fonds, und im Prinzip ist zu sehen, dass die Länder der V₄ in allen aktuellen Konzepten Mitteleuropas, das Forum Mitteleuropa eingerechnet, vertreten sind. Es ist also schwer, von Mitteleuropa zu sprechen und dabei die V₄ auszulassen.

Was ist Visegrád und was ist es nicht? Wir müssen einerseits auch diejenigen Aspekte betrachten, die fehlen. Im Jahr 2016 haben wir des 25. Jahrestags der Visegrád-Gruppe gedacht und man muss sagen, dass diese 25 Jahre in vielerlei Hinsicht erfolgreich, aber auch nicht erfolgreich waren. Mehrere Dinge sind uns nicht gelungen. In vielen Angelegenheiten hatten die V₄ keine gemeinsamen Positionen. Andererseits ist es uns gelungen, relativ starke Positionen in anderen Bereichen aufzubauen, vor allem bei der sektoralen Zusammenarbeit, ob es nun die Energetik, den Verkehr oder die Verteidigung betrifft, wo es immer noch Bestrebungen gibt, die einzelnen Positionen einander anzunähern. Die sektorale Zusammenarbeit ist ein Erfolg, aber wenn wir die V₄ als politische Zusammenarbeit sehen – da die Visegrád-Gruppe von



Beginn an eine von oben nach unten aufgebaute politische Initiative war – so ist zu bemerken, dass sie niemals als einheitlicher Block existierte. Das ist auch dadurch verursacht, dass ihr Institutionen zur formellen Führung fehlen. Darin besteht der Unterschied zum Nordischen Rat oder den Benelux-Staaten, die weitere bedeutende regionale Initiativen innerhalb der EU sind. Visegrád war stets flexibel und orientiert auf den Willen zur Zusammenarbeit, wo diese möglich war. Die Flexibilität und der geringe Grad der Institutionalisierung gestattete es den V4 zusammenzuarbeiten und zugleich unterschiedliche Ansichten zu den einzelnen Themen zu haben.

Deswegen sehe ich auch die gegenwärtige Diskussion, die für die Zukunft der EU sehr wesentlich ist, nicht als das Ende der V4 an, sondern eher im Kontext unterschiedlicher Haltungen bei den einzelnen V4-Ländern. Ich denke, sofern es den V4 nicht gelingt, volle Übereinstimmung in Allem zu erreichen – soweit es sich um die Koordination der Politik bzw. die Integration in die EU handelt – so kann die Zusammenarbeit unter ihnen dennoch mehr auf der technischen Ebene und weniger auf der politischen Ebene fortgesetzt werden. Gewiss jedoch endet sie nicht. Zugleich erlaube ich mir zu sagen, dass auch im Fall anderer regionaler Gruppierungen in der EU die Diversität der Haltungen der Länder relativ groß ist. Auch sie unterscheiden sich beim Grad der Integration. Erwähnen wir z.B. die skandinavischen Länder. Dänemark zahlt mit seiner Krone, Schweden zahlt mit der eigenen Krone, Norwegen ist nicht einmal in der EU, und doch gilt die Nordische Zusammenarbeit als eine der effektivsten. Ich meine, das ist für die V4-Staaten eine ausreichende Referenz. Selbst bei unterschiedlichen Haltungen

gen ist eine Zusammenarbeit möglich. Die Slowakei muss sich nicht zwischen V4 und EU entscheiden, denn die Visegrád-Gruppe war stets eine regionale Initiative im Rahmen der EU.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank. Herr Professor Ruchniewicz, wie ist denn das in Polen? Ist Visegrád eigentlich auch gegenüber der polnischen Öffentlichkeit eine gute Marke? In Tschechien gibt es schon das böse Wort von der toxischen Marke Visegrád. Wie kann man die Marke in Polen verkaufen?

→ **Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz:**

Ich bin kein Verkäufer. Deswegen weiß ich nicht, wie man eine Marke verkaufen kann. Allerdings würde ich als Historiker gern an die Entstehung dieser Organisation erinnern, und zwar, dass sie auch zur besseren Vorbereitung des EU-Beitritts dieser Länder entstanden ist. Das heißt, man muss das in diesem Zusammenhang sehen, als ein Forum, in dem man sich über bestimmte Dinge austauschen konnte – manchmal sogar vielleicht auch aus Unzufriedenheit, dass der Beitrittsprozess so lange dauert, gewissermaßen als eine kleine Alternative, um die alte Europäische Union unter Druck zu setzen. Ich glaube, man muss das historisch auch in diesen Kategorien sehen. Schließlich sprechen wir da von den frühen 1990er Jahren, nicht vom Jahr 2017. Das ist, glaube ich, wichtig zu verstehen. Deswegen ist für mich diese Diskussion über einen oder den Kern eher unverständlich. Worüber sollen wir diskutieren? Polen und die anderen Staaten haben sich entschieden, 2004 der Europäischen Union beizutreten. Das bedeutet, dass es nur ein Europa für



uns gibt, und das heißt Europäische Union, und wir sollten allenfalls darüber diskutieren, etwa wie man diese Union reformieren kann. Das ist entscheidend und nicht, dass man auf alte Vorstellungen von Mitteleuropa, von Ostmitteleuropa, von Zwischeneuropa zurückgreift. Das hat es in der Geschichte alles schon gegeben. Die sind, wie mein Vorredner auch schon gesagt hat, mit ganz konkreten Inhalten belastet, und es ist wirklich schwierig, sie heute als sinnvolles Instrument einzusetzen, um Europa besser zu verstehen.

Mit einer Ausnahme: Wenn wir diese Formate als Foren verstehen, wie zum Beispiel dieses Forum Mitteleuropa verstanden wird, bei dem sich transnational mehrere Akteure aus Staaten einer Region treffen, um über diese Dinge zu diskutieren, dann ist es in Ordnung. Ich glaube, es ist sogar wichtig. Wir beobachten nämlich gerade eine Tendenz zur Renationalisierung Europas. Wir beobachten, dass innerhalb der jeweiligen Staaten ganz emotionale Debatten stattfinden. Deshalb ist die Existenz von solchen übernationalen Formaten bewährt. Dazu gehört in der Tat auch die Visegrád-Gruppe, oder, wobei ich sehr bedauere, dass es nicht wieder so richtig Schwung bekommen hat, das Weimarer Dreieck. Wenn man solche übernationalen Formate nutzt, um bestimmte Diskussionen, die man zunächst national ausgetragen hat, dann unter den bewährten Partnern auch übernational durchzuführen, um dann den nächsten Schritt zu machen und für diese Ideen europaweit zu werben, dann ist das richtig. In diesem Sinne, in diesem Drei-Takt kann ich mich damit anfreunden. Deswegen ist es für mich nicht die Frage, wie man jetzt eine Marke verkauft, sondern wie man diese Marke definiert, was man von dieser Marke erwartet, wie man versucht, über eigene nationale Interessen hinaus europäisch zu denken. Das heißt, wo man diese Zwischenformate, diese regionalen Formate – dazu gehört die Visegrád-Gruppe – nutzt, um sich zunächst unter den Partnern, also in der Region, eine Meinung zu bilden.

Ich gebe ein kleines Beispiel, um das zu verdeutlichen. Wir haben am Vormittag sehr viel über die Wirtschaft gesprochen, auch über die Infrastruktur. Eines haben wir indes vernachlässigt, was gerade jetzt in Europa wirklich

als ganz großes Manko empfunden wird: Wir haben nämlich nicht über Kultur und Bildung gesprochen. Ich glaube, das sind ganz wichtige Bereiche, die gerade heute in Europa sehr vernachlässigt werden. Einige Stimmen meinen sogar, dass es ein großes Problem für das heutige Europa ist, dass wir eben diese Fragen vernachlässigen.

Ich habe im Internet gesucht, wie viele Übersetzungen es aus dem Slowakischen ins Polnische oder aus dem Polnischen ins Slowakische gibt, aus dem Tschechischen ins Polnische, aus dem Polnischen ins Tschechische. Es gab keine Informationen, es gab nur Informationen über die Übersetzer. Das ist zu wenig für Europa – gerade in dieser Region. Wir wissen praktisch nichts voneinander. Das heißt, wir bewegen uns an der Oberfläche, es gibt Treffen von Politikern, es gibt vielleicht das eine oder andere Projekt, aber an unseren Gesellschaften geht es vorbei. Ich denke zum Beispiel an die grenznahe Zusammenarbeit. Ich kenne keine polnische Schule, an der Slowakisch unterrichtet wird oder umgekehrt. Ich kenne keine slowakische Schule, an der Polnisch unterrichtet wird. Das könnte ich fortsetzen für die polnisch-tschechische Grenze. Das heißt, voneinander wissen wir nicht viel, obwohl wir Formate zur Verständigung haben. Ob ich diese Formate nun gut verkaufen kann, das hängt davon ab, was ich darunter verstehe und welche Erwartungen ich von den Partnern habe, an die ich dieses Produkt weitergeben bzw. weiterverkaufen will.

→ **Gerald Schubert:**

Ich muss noch einmal bei Ihnen nachfragen. Meine Frage zielte darauf ab, dass in der Tschechischen Republik ein relativ reger Diskurs darüber herrscht, ob Visegrád wirk-

lich eine toxische Marke ist oder ob es umgekehrt etwas sehr Wichtiges ist, bei dem sich die Tschechische Republik auch politisch, zum Beispiel in der Migrationspolitik, gut aufgehoben fühlt. Meine Frage zielte eher darauf, wie denn das Image der Visegrád-Gruppe in der polnischen Öffentlichkeit ist. Wird das irgendwie über die Medien kommuniziert? Tendiert das in eine Richtung?

→ Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz:

Ich würde sagen, in der polnischen Gesellschaft spielt das keine Rolle. Dafür müsste man das mit Inhalten füllen. Diese konkreten Inhalte bzw. Aufgaben, die man einem solchen Format auch stellen sollte, die fehlen, die sind erledigt. Deswegen habe ich nicht von ungefähr ein bisschen an die Vorgeschichte dieses Formates erinnert; denn damals war es in der Tat für diese Gruppe von Ländern wichtig zu zeigen: Ja, wir sind europareif, wir wollen Europa beitreten, wir sind zwar unterschiedlich, aber wir denken gemeinsam. Seit dem Beitritt fehlt das einfach. Ich glaube, man müsste hier ansetzen und fragen, wo die Gemeinsamkeiten, wo die Unterschiede sind, wenn man dieses Format in der Tat ernst nimmt und versucht, nicht nur an der Oberfläche zu bleiben, sondern tiefer zu gehen. Dann ist die Frage „toxisch – nicht toxisch?“ nämlich keine Frage mehr.

→ Gerald Schubert:

Dr. Kai-Olaf Lang, bleiben wir noch kurz bei Visegrád. Ich würde dazu ganz gern einen Gedanken aufgreifen von Senatspräsident Milan Štěch, der das Weißbuch der Europäischen Union erwähnt hat und der von den fünf Szenarien gesprochen hat, in welche Richtung die Union weitergehen kann.



Ich werde sie schnell für alle, die damit nicht so vertraut sind, nennen: Szenario 1, wir machen weiter wie bisher; Szenario 2, wir konzentrieren uns mehr auf den Binnenmarkt; Szenario 3, einige Mitgliedsstaaten können sich zusammenfinden und sich in bestimmten Bereichen tiefer integrieren; Szenario 4, man setzt auf mehr Zusammenarbeit aller, aber nur in ausgewählten Politikbereichen; Szenario 5, man setzt auf viel mehr an Integration in allen Bereichen.

Das sind ungefähr die fünf Szenarien. Visegrád könnte sich jetzt weiter zusammenschließen. Sie könnten sich zum Beispiel für das Szenario 3 entscheiden und sagen, wir arbeiten in bestimmten Politikbereichen noch enger zusammen. Wie sehen Sie das? Ist das realistisch oder do-



miniert jetzt eher der Diskurs: Ungarn und Polen auf der einen Seite, Slowakei und Tschechien auf der anderen Seite. Wie groß ist einerseits die Sprengkraft und andererseits der Wille, in bestimmten Politikbereichen zusammenzuarbeiten?

→ **Dr. Kai-Olaf Lang:**

Wenn ich mir die politische Landkarte der Europäischen Union anschau, sehe ich natürlich eine ganze Reihe von Gruppen, von subregionalen Konglomeraten. Da würde ich, ähnlich wie Tomáš Strážay es sagte, eigentlich zum Schluss kommen, dass das Visegrád-Glas eher halb voll ist, dass Visegrád bei allen Defiziten doch in einigen Bereichen interessante Wirkungen herbeigeführt hat. Ich würde das insgesamt als so eine Art koordinierte Disso-

nanz mit beachtlicher Zugkraft in einigen Bereichen bezeichnen. Visegrád ist natürlich – salopp formuliert – ein sehr heterogener Verein. Ich glaube, wir werden in nächster Zeit – wir hatten heute schon ein paar Mal die Formel von Visegrád Plus gehört – eher ein Visegrád Minus erleben oder Visegrád zwei plus zwei. Prag und Bratislava, die ja einen wesentlich pragmatischeren Ansatz haben als die jetzigen Regierungen vor allem in Warschau, aber in Ansätzen auch in Budapest.

Ich glaube, Visegrád hatte immer sehr unterschiedliche Gesichter. Es gibt mindestens drei Manifestationsformen von Visegrád. Wir haben das, was im politikwissenschaftlichen Jargon als „low politics“ bezeichnet wird, also sehr konkrete Formen der Zusammenarbeit, Infrastruktur mit allen Mankos und Defiziten, Energie, Kontakte zwischen Menschen – das alles ist mühselig, aber immerhin laufen da Dinge. Das ist eher praxisorientiert.

Dann haben wir ein zweites Visegrád, das in den letzten Jahren nach vorn geschoben wurde, das ideologisiert ist, das auch nicht von allen geteilt wird, das aber durch die Migrations- und Flüchtlingskrise einen Schub bekam. Das ist Visegrád als Gegengewicht, als Kraftverstärker, um bestimmte Abwehrdispositive zu festigen, also Visegrád als gemeinsamer Rahmen, in dem man – das ist wohl sehr stark die momentane Sicht in Warschau – gegen ein vermeintliches deutsch-französisches Dominanz- oder Hegemonialstreben auftreten kann.

Dann gibt es das dritte Visegrád, das noch viel Luft nach oben hat. Das wäre Visegrád als aktiver Baustein und Mitgestalter des Europäischen. Das sehen wir, wenn es

um die Diskussion um den Binnenmarkt geht. Die Parole der Visegráder lautet hier „back to basics“. Wir hatten aktuell im Europäischen Parlament eine Entscheidung zur Entsenderichtlinie, die sicherlich auf viel Kritik in den Visegrád-Ländern stößt. Ein ganz wichtiger Punkt also. Emmanuel Macron und andere im alten Europa sagen: Wir brauchen das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, wir dürfen kein „Sozialdumping“ haben. Die Visegrád-Länder sehen sich da in Ansätzen diskriminiert. Sie sehen das als Vehikel, um ihre Wettbewerbschancen zu reduzieren. Hier ist ein Bereich, Stichwort Wettbewerbsfähigkeit, Festigung des Binnenmarktes, Ausbau der vier Freiheiten, in dem Visegrád gerade auch mit Blick auf Deutschland sehr viel leisten kann.

Ich glaube – das noch als kleine Anmerkung zu Krzysztof Ruchniewicz –, die Diskussion darüber, was solche regionalen Verbünde leisten können, ob sie eher Nahtstellen sind oder Bausteine, um Integration zu befördern, um Brücken zu bauen, oder ob sie eher Klumpen sind, die zentrifugal wirken können, diese Diskussion ist so alt wie die europäische Integration. Das wird wahrscheinlich immer ambivalent bleiben. Es kommt darauf an, was man daraus macht.

→ **Gerald Schubert:**

Ich möchte Ihr Stichwort „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ aufnehmen. Das kam postwendend mit gleicher Münze zurück, weil der tschechische Premier Bohuslav Sobotka darauf aufmerksam gemacht hat, dass ja auch in der Tschechischen Republik selbst die ausländischen Firmen, die in Tschechien tätig sind, den Mitarbeitern in Tschechien weniger bezahlen als denen im Ausland. Ich

fand die Debatte damals sehr interessant. Sie wird uns wohl in nächster Zeit auch noch weiter verfolgen.

Ich habe noch eine Nachfrage an Herrn Lang und eine Anekdote obendrauf, nicht weil sie besonders skandalös wäre, sondern weil sie wohl die Frage ganz gut illustriert. Sie betrifft das Verhältnis von Visegrád zu Österreich. Einerseits gibt es immer Überlegungen, wie nahe Österreich eigentlich an der Visegrád-Gruppe dran ist. Ich glaube, ein Beitritt steht da jetzt von keiner Seite zur Debatte, aber schon die Überlegung an sich ist doch interessant. Andererseits erinnere ich an den letzten Präsidentschaftswahlkampf in Österreich, als der Freiheitliche Kandidat Norbert Hofer vom tschechischen Präsidenten



Miloš Zeman empfangen wurde. Zeman, wir wissen das, tritt in der Flüchtlingsdebatte immer sehr massiv auf, obwohl er ja keine exekutive Macht hat, also nicht Regierungschef ist. Ich glaube, seine Rhetorik zählt mit zu den schärfsten, seine Sicht auf den Islam überschreitet schon das Maß, das bei den meisten Politikern, auch bei den islamkritischen Politikern in Europa üblich ist. Hofer war nun also plötzlich auf der Prager Burg beim amtierenden Präsidenten als Kandidat geladen. Ich war damals zufällig dort und habe mir das angesehen und mir die Frage gestellt, was das für eine Allianz sein kann, ob das Potenzial hat. Weil, als 1999/2000 in Österreich die Freiheitliche Partei die Regierungsverantwortung übernommen hatte, da haben die damals anderen 14 EU-Staaten Österreich mit bilateralen Sanktionen belegt. Dann gab es noch ein paar Staaten, die ohne Not mitgemacht haben. Da war Tschechien dabei, und zwar unter dem damaligen Premierminister Miloš Zeman, der gegen diese Regierungsbeteiligung protestiert hat. 16 Jahre später unterstützt derselbe Miloš Zeman als Präsident den Freiheitlichen Kandidaten Norbert Hofer. Wie sehen Sie das? Ist das Potenzial oder ist das ein propagandistisches Strohhalm, das man auch wieder vergessen kann, auch vor dem Hintergrund, dass ja gerade die Freiheitliche Partei jahrelang an den neuen Nachbarn in Osteuropa, an den Polen, den Tschechen, den Slowaken kein gutes Haar gelassen hat?

→ **Dr. Kai-Olaf Lang:**

Ja, aber jetzt hat das keine Rolle gespielt. Anders als in Großbritannien, wo beim Brexit das Thema Migration durch die Frage der Zuwanderung aus dem östlichen Teil der Europäischen Union dominiert wurde und überhaupt

nicht von der Zuwanderung aus Pakistan oder Indien, ist es ja in Österreich umgekehrt gewesen. Ich glaube, Österreich bzw. die künftige österreichische Regierung wird in vielerlei Hinsicht zu den „like-minded countries“, wie man so schön sagt, also zu den in einigen wichtigen Politikfeldern ähnlich Denkenden gehören. Was Visegrád angeht, ist es das Thema Migration. Diese historischen Fragen spielen da nicht mehr so eine große Rolle. Es wird keine so eindeutigen Konstellationen mehr geben. Wir leben in einer Zeit, in der alles fluide ist. Wir leben auch in einer Zeit, wo man sehr oft so einen „Hub-and-Spoke-Ansatz“ beobachten kann. Wir haben die neue Zentralität Deutschlands und alle Visegrád-Länder – entweder positiv oder negativ – und eben auch Österreich beziehen sich natürlich sehr stark auf Deutschland. Das erklärt übrigens auch zum Teil, warum dieses Miteinander nicht so reibungslos funktioniert.

Wir werden darüber hinaus aber möglicherweise sehen, dass andere Konstellationen ausgetestet werden. Es gibt dieses – bislang eher marginale – Slavkov-Format mit Österreich, der Tschechische Republik und der Slowakei. Vielleicht wird da eines Tages auch noch Ungarn hinzugebeten. Dann gibt es noch eine andere Dimension. So gab es vor einigen Jahren eine Konstellation, bei der wir in den beiden süddeutschen Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern konservative Regierungen hatten, wo wir in Österreich auch schon eine ÖVP-/FPÖ-Koalition unter Wolfgang Schüssel hatten und wo wir die erste Regierungsphase von Viktor Orbán zwischen 1998 und 2002 erlebten. Auf der anderen Seite hatten wir beispielsweise Bratislava und Prag. Das wird in der Form wohl nicht mehr passieren, aber es könnte auch hier in

einigen Bereichen eine Annäherung geben. Also lasst viele Blumen blühen, es wird sehr unterschiedliche Konfigurationen geben, die nicht alle so wahnsinnig dynamisch sein werden, aber die hier und da eine Rolle spielen können.

→ **Gerald Schubert:**

Man kann ja auch sagen, der Kern der Europäischen Union sind die Gründerstaaten Deutschland, Frankreich, Italien, die Beneluxstaaten. Ich erinnere daran, dass sich im Juni vorigen Jahres, unmittelbar nach der Abstimmung über den Brexit, die sechs Gründerstaaten getroffen haben, um gemeinsam über die Zukunft der Europäischen Union zu beraten. Ist das, Herr Dr. Strážay, aus Ihrer Sicht eine gute Idee oder schränkt man damit die Identifikationsmöglichkeiten bzw. die positive Stimmung gegenüber der Europäischen Union, die es in der Slowakei ja zweifellos gibt, nicht irgendwie ein, wenn man plötzlich auf die Gründerstaaten zurückgreift?

→ **Dr. Tomáš Strážay:**

Es gibt nicht viele Länder, in denen die Diskussion über die Zugehörigkeit zum Kern der EU so stark ist wie in der Slowakei. Leider hat die Diskussion oft eine populistische Dimension, ohne dass ich den Kollegen Journalisten zu nahe treten will. Sie wird genutzt für die politische Mobilisierung daheim, denn in der Slowakei hat niemand den Begriff „Kern“ ordentlich definiert. Er wird als terminus technicus verwendet. Wir können darüber spekulieren, was der Kern eigentlich ist. Ein bisschen auf der mythologischen Ebene. Selbstverständlich, wenn wir die Frage so stellen, wie Sie es getan haben – der Kern als die Gründerstaaten, die ein gewisser Motor

der Union sein sollten –, das hat Sinn. Aber es bleibt die Frage, welche Beziehung die übrigen Mitgliedstaaten der EU zu ihm haben werden. Einschließlich derer, die die höchste Stufe der europäischen Integration erreicht haben.

Dahin gehört auch die Slowakei. Wir sind in der Union, wir sind im Schengen-Raum und in der Eurozone. Diese Frage ist aber relevant in Tschechien, Polen und Ungarn, die nicht vollständig integriert sind. Mir scheint eher, dass in dieser Region die Frage des Binnenmarkts als dem Fundament für das weitere Funktionieren der EU als wesentlich betrachtet wird. Ich komme noch einmal auf die Diskussion in der Slowakei zurück, denn hier war von hohen Repräsentanten des Staates zu hören: „Wir müssen wählen – entweder V4 oder Zugehörigkeit zum Kern der EU.“ Diese Frage war zwar hypothetisch, aber sie war falsch gestellt. Visegrád bietet keine Alternative zur EU und hatte auch niemals diese Ambitionen. Visegrád ist eine regionale Initiative im Rahmen der EU. Es geht eher darum, dass wir in der Slowakei definieren, in welcher Weise wir in den einzelnen Ländern die Zukunft der EU sehen, wo wir mögliche Schnittmengen mit den Ansichten der Gründungsmitglieder der EU und den Ländern der Region sehen und ob wir auf deren Grundlage dann gemeinsame Visionen und Koalitionen aufbauen können. Sicher wäre es kein guter Start, der Debatte über die EU den Rücken zu kehren, wie es einige Politiker tun. Wir sollten versuchen, eine positive Agenda mit den gemeinsamen fundamentalen Grundlagen für alle Mitgliedsländer zu schaffen. Für diejenigen, die eine tiefere Integration anstreben, sollte diese Möglichkeit garantiert werden. Aber niemand sollte am Rande bleiben.



Noch ein letzter Satz zur Slowakei. Im August 2017 hat die Bundesrepublik Deutschland mit der Slowakischen Republik einen bilateralen Vertrag über die vertiefte Zusammenarbeit und Koordination unterzeichnet. Unterzeichner waren der Außenminister der Slowakei Miroslav Lajčák und der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel. Dieser Akt wurde in der Slowakei sehr positiv aufgenommen, als Weg in Richtung „Kern“. In Zusammenhang mit dieser Begegnung war auch der Appell zu hören, ich denke aus dem Munde von Minister Gabriel, die Slowakei möge beruhigt sein, denn sie habe das höchste Maß der Integration in die EU erreicht und sei somit bereits im „Kern“.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank für das Stichwort der deutsch-slowakischen Beziehungen. Ich würde gern zu den deutsch-polnischen Beziehungen kommen und damit zu Professor Ruchniewicz. Man kann, glaube ich, auch sagen, dass wir in der Mitte Europas zwischen Deutschland und Polen eine lange und eine sehr wichtige und in der Geschichte oft umkämpfte Grenze haben. Wir haben auch über diverse politische Gruppierungen und Formate gesprochen. Wir haben über Visegrád gesprochen. Man könnte jetzt auch über das Weimarer Dreieck Polen, Deutschland, Frankreich sprechen. Bitte berichten Sie uns doch etwas zum aktuellen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen. Ich glaube, der letzte Schrei ist die relativ massive, aber noch nicht ganz klar ausgesprochene Restitutionsforderung Polens an Deutschland. Wie beurteilen Sie das auch vor dem Hintergrund des Streits zwischen Warschau und Brüssel? Gibt es da einen Zusammenhang?

→ **Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz:**

Ich würde ganz gern kurz auf meinen Vorredner eingehen und aus der polnischen Perspektive vielleicht ein gewisses Unverständnis zum Ausdruck bringen, weil in Polen heute auch keiner so richtig die in Polen geführte Europa-debatte versteht. Diese Angst, dass es zwei Europas geben kann mit zwei unterschiedlichen Geschwindigkeiten oder dass es ein Kerneuropa geben wird mit Peripherien, das sind Szenarien, die immer wieder in Polen angesprochen werden. Davor haben viele Polen Angst. Das heißt, viele betonen, dass das eigentlich nicht der Grund war, weswegen sich Polen nach 1989 zusammen mit den anderen osteuropäischen Staaten bemüht hat, möglichst schnell das aus der europäischen Teilung resultierende

Vakuum zu füllen. Da ging es nicht nur um den NATO-Beitritt, sondern man hat auch versucht, auf der Europaebene eine gleichberechtigte Rolle zu spielen. Deswegen ist dieses Szenario, wir könnten unter Umständen in Europa dann doch zu dem anderen Europa gehören, schon eine große Befürchtung. Aus diesem Grund ist es in der Tat unerklärlich, weswegen sich Polen gerade in den letzten beiden Jahren aus dieser ganzen Debatte zurückgezogen hat. Das heißt, dass man Alternativvorschläge macht für Europa, die jetzt praktisch von keinem europäischen Land befürwortet werden. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass man da zunächst mit der Visegrád-Gruppe angefangen hat. Aber da konnte man auch feststellen, dass es hier unterschiedliche Meinungen gibt. Was Sie mit Recht auch betont haben: Die Visegrád-Gruppe darf nicht als ein Gegenkonzept zur EU verstanden werden. Deswegen hat man zumindest einige Monate lang eine andere Idee forciert, nämlich die Drei-Meere-Initiative. Das heißt, dass man sich abgrenzt von Russland und gleichzeitig von Deutschland. Das ist letzten Endes in Europa auch nicht so ganz verstanden worden. Ich möchte damit sagen, dass da unterschiedliche Europakonzepte diskutiert werden, die sehr oft auch älteren Datums sind, die also zurückreichen in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Das jetzt zu verstehen und sich darin irgendwie zurechtzufinden, ist in der Tat schwierig.

Ich komme jetzt auf Ihre Frage zurück. In den besagten letzten zwei Jahren konnte man in Polen, in der polnischen Politik bestimmte Probleme sehen, die mit der polnischen Rechtsstaatlichkeit zu tun hatten, auch mit den Reformen, die nicht immer demokratisch durchgeführt wurden. Das hat selbstverständlich die Aufmerksamkeit

der europäischen Institutionen geweckt. Und – das muss man zugeben – wir haben ja auch selber um eine Prüfung gebeten. Das heißt, man hat schon gesehen, dass es sinnvoll ist, auch zu dieser Zeit Europa einzuschalten, um zu prüfen, ob das, was in Polen läuft, auch dem Standard Europas entspricht. Obwohl auch sehr kritische Stimmen zu den polnischen Reformen nach Polen zurückgekommen sind, hat man sich jetzt einiger Ersatzthemen bedient. Ein solches Ersatzthema sind, was Sie gerade angesprochen haben, indirekt nämlich nicht die



Restitutionsforderungen Polens, sondern die Reparationsforderungen Polens, die auf Entscheidungen nach dem Zweiten Weltkrieg und angeblich nicht gezahlte Reparationen an Polen zurückgehen. Hierbei wird jedoch immer wieder Entschädigung mit Reparation vermischt. Ich möchte das jetzt nicht vertiefen, aber wenn Sie sich dafür interessieren, kann ich das gerne in der Diskussion tun. Das heißt, mit dieser gleichzeitig antideutschen Kampagne, weil auch diese Forderungen gegen Deutschland gerichtet sind, hat man indirekt mehr oder weniger auch die Europäische Union angegriffen. Klar und deutlich gesagt: Weil man jetzt Deutschland nach wie vor als einen Motor in Europa sieht und versteht, zumindest in den Augen der heute in Polen Regierenden, kann man vielleicht auf diese Weise den Unmut auch gegenüber Europa zur Sprache bringen.

Was das auf die Dauer bedeutet, das kann man sofort sagen: Das führt in der Tat zu einer noch größeren Isolierung Polens innerhalb Europas. Das Horrorszenario, von dem ich eingangs gesprochen habe und vor dem die Polen Angst haben, dass es dann ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten geben wird, tritt ein. Hier verstehe ich auch unsere Partner, unsere Nachbarn gut, die sich zu dieser Entwicklung in Polen sehr dezidiert und vorsichtig ausgedrückt haben, aber immerhin diese Vorgänge mit einer gewissen Sorge begleiten, weil Polen zumindest in dieser Region als ein kleiner Motor gesehen wurde. Das heißt, wo man auch sehen konnte, dass Polen mit seiner Lage, seinem Potenzial, aber auch mit seiner Geschichte eine ganz wichtige Rolle gespielt hat und immer noch spielt. Allerdings besteht auf Seiten unserer Nachbarn die Sorge, ob das tatsächlich weiter so

wird und ob Polen nach wie vor ein seriöser Verbündeter bleibt. Ich glaube, diese Angst besteht. Insofern spielt auch in Polen diese Frage, jetzt keine Peripherie oder wenn Sie wollen, keine unterschiedlichen Befindlichkeiten, eine ganz wichtige Rolle.

→ **Gerald Schubert:**

Wenn wir uns den Raum Mitteleuropa ansehen, dann kann man sagen, dass Mitteleuropa geografisch nicht so exponiert ist. Wenn es innerhalb Mitteleuropas einen Staat gibt, der geografisch so ganz und gar nicht exponiert ist, ist es wahrscheinlich die Tschechische Republik mit vier Nachbarländern, die alle Mitglieder der EU, alle Mitglieder des Schengen-Raumes sind. Es gibt einige Leute, etwa František Černý, der ehemalige tschechische Botschafter in Deutschland, der vor einigen Jahren auch schon beim Forum Mitteleuropa in Dresden zu Gast war, und der immer gerne darauf hinweist, dass so eine gewisse europapolitische Laxheit in Tschechien auch dadurch begründet ist, dass die Tschechen ja alle glaubten, dass ihr Land sowieso die Schweiz Mitteleuropas ist und ihnen da nichts passieren kann. Ich erzähle das deshalb, weil Sie, Herr Dr. Lang, ja einen weiteren Forschungsschwerpunkt haben, nämlich mit den baltischen Staaten, wo die Situation historisch ganz anders aussieht und die bis heute geografisch ziemlich exponiert sind. Können Sie uns kurz die baltischen Staaten einerseits und die Visegrád-Staaten andererseits vergleichen, was die europapolitische Dynamik betrifft?

→ **Dr. Kai-Olaf Lang:**

Es gibt natürlich in den baltischen Staaten immer das Gefühl der Verwundbarkeit. Der russische Faktor ist sozusagen

gen existenziell. Ich erinnere mich an ein Treffen mit Parlamentariern aus Estland in den 1990er Jahren. Einer dieser Parlamentarier sagte mit Blick auf EU und NATO: „For us NATO is life, EU ist good life.“ Also es gibt ein hohes Sicherheitsinteresse und das Dominante, das den außenpolitischen, den europapolitischen und teilweise auch den innenpolitischen Kurs prägt, sind mögliche Bedrohungen und neoimperiale Tendenzen im postsowjetischen Raum. Wenn wir uns ansehen: Alle drei baltischen Länder haben den Euro. Warum das geschehen ist? Das war keine oder nur in Ansätzen eine finanz- und wirtschaftspolitische Diskussion. Es war eine sicherheitspolitische Diskussion. Man sagte in Estland, in Lettland: Wir gehören dann zum inneren Kreis, und die Solidarität der Europäischen Union ist dann tendenziell höher, wenn wir mit von der Partie sind. Nun tickt Polen, was die Bedrohungswahrnehmung angeht, da ähnlich, ist aber eben ein Staat anderer Dimension, anderen Potenzials. Die baltischen Staaten – bei allem Respekt – sind relativ klein. Für sie geht es darum, zum einen den funktionierenden transatlantischen Nexus zu bewahren und zum anderen ein kooperatives Verhältnis mit Deutschland aufrechtzuerhalten. Man hat sehr gut wahrgenommen, dass die Bundeswehr in Litauen klar präsent ist. Deswegen ist man dort in der Flüchtlingspolitik auch einen Tick pragmatischer. Die baltischen Staaten sind in dieser Sache genauso auf der Linie der Visegrád-Länder, aber man nimmt eben die paar Menschen auf, die zu ihnen kommen. Man handhabt die Sache viel praktischer.

Die Konsequenz in Polen ist eine andere. Dort hat gerade die Regierung der PIS natürlich ein erhebliches Gefühl der Verwundbarkeit. In einigen Bereichen macht man da



auch sinnvolle Dinge, um das einmal hervorzustellen. Es gibt ein Zieldatum 2022. Bis dahin will die polnische Regierung in der Lage sein, dass das Land kein Gas aus Russland mehr importieren muss, weil man ein Flüssiggasterminal in Swinemünde (Świnoujście) ausbaut und eine neue Gasleitung nach Norwegen verlegt. Das ist zunächst einmal eine vernünftige Sache. Möglicherweise kauft man dann auch noch Gas aus Russland, aber man kann im Grunde mit einer ganz anderen Position über Versorgungssicherheiten und eben auch über Russlands Sicherheitspolitik sprechen. Aber ich glaube, die Schlussfolgerung im Falle der jetzigen polnischen Regierung ist eine andere: Wir haben eine eminente Bedrohungslage im Osten, und wir können Deutschland nicht über den Weg trauen. Das ist, glaube ich, die Einschätzung von Jarosław Kaczyński und den Seinigen. Deswegen sagen

die, wir brauchen alternative Partner in der Mitte Europas zwischen den drei Meeren, auch mit Großbritannien, selbst wenn es die EU verlässt, und natürlich brauchen wir den großen Sicherheitsanker der USA.

Ein letzter Satz noch zu diesem Kerneuropa. In der Tat müssen wir vorsichtig sein, wenn wir diesen Begriff benutzen. Wir sollten differenzieren, weil es ja sehr stark darum geht, ob die Eurozone der neue Kern wird. Ich würde sagen, wir sollten von einem politischen Zentrum sprechen, das nicht notwendigerweise oder wahrscheinlich eben nicht deckungsgleich ist mit der Eurozone. Auch wenn sich die Eurozone institutionell vertieft, was wahrscheinlich gar nicht so einfach sein wird – also die Ideen von Herrn Macron werden nicht so ohne weiteres umzusetzen sein, weil es da auch Vorbehalte gibt. Aber selbst wenn das geschehen würde, Portugal und Griechenland sind nicht wirklich im politischen Zentrum der EU, auch nicht im wirtschaftlichen. Länder wie Dänemark und Schweden und eben auch möglicherweise die Visegrád-Länder können im politischen Zentrum sein. Die Frage der Eurozonenmitgliedschaft ist natürlich nicht trivial. Das wird weiterhin eine Rolle spielen, aber die Frage ist eher, ob es eine politische Dynamik um das Deutsch-Französische herum gibt. Können sich die Visegrád-Staaten da bilateral einklinken, indem sie in anderen Politikfeldern (europäische Sicherheit, Verteidigungspolitik) mit von der Partie sind? Deswegen ist das Weimarer Dreieck und Visegrád auch eine sehr interessante Konstellation, über die wir weiter sprechen müssen.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank. Bevor ich das Wort in das Publikum

gebe, habe ich noch eine Frage an Tomáš Strážay, die sowohl mit den bevorstehenden Wahlen in Tschechien zu tun hat als auch mit dem kommenden Jubiläum 25 Jahre Teilung der Tschechoslowakei. Mit dem ersten Thema hat meine Frage deshalb zu tun, weil der Favorit bei den bevorstehenden Wahlen in Tschechien Andrej Babiš heißt. Er kommt eigentlich aus der Slowakei, ist also Slowake und war früher für die Tschechoslowakei Handelsdelegierter in Marokko. Babiš hat also wirklich eine tschechoslowakische Karriere gemacht, landete dann in Prag und hat dort als tschechischer Kandidat die sehr erfolgreiche Partei ANO gegründet. Doch zurück zum Jubiläum der Teilung. Es gibt ja Spekulationen, dass, hätte es damals eine Volksabstimmung über die Teilung gegeben, die wahrscheinlich mit Nein ausgegangen wäre. Heute haben sich die Beziehungen der beiden Staaten innerhalb der Europäischen Union so weit konsolidiert, dass sich die Trauer über den ehemaligen gemeinsamen Staat in Grenzen hält. Im Gegenteil, das Verhältnis zwischen beiden Staaten ist sehr gut. Wie beurteilen Sie das? Wie sieht man heute die Tschechoslowakei, wie sieht man aus slowakischer Sicht Tschechien, und wie sehen die Slowaken Andrej Babiš?

→ **Dr. Tomáš Strážay:**

Das Jahr 2018 ist bezüglich der Jahrestage wirklich interessant. Die Tschechen und Slowaken gedenken nicht nur der Entstehung ihres gemeinsamen Staates, sondern auch seines Endes. Ich meine, derartige Gedenktage gibt es weltweit nicht viele. Die Beziehungen zwischen Tschechien und der Slowakei sind oberhalb dessen, was für gewöhnlich üblich ist. Nach der Trennung waren sie nicht so gut, es gab mehrere Spannungen. Wir können uns da

rauf einigen, wenn es theoretisch zu einem Referendum gekommen wäre, so hätten die Bürger in keinem Teilstaat zugunsten der Trennung gestimmt. Aber es haben die politischen Eliten entschieden, und diese Entscheidung wurde akzeptiert, es gab keine Unruhen, keine Streitereien. Die tschecho-slowakische Grenze ist eine historische Grenze, bis auf winzige Ausnahmen gab es keine Grenzstreitigkeiten.

Ich würde die Frage anders stellen. Nicht zur Person von Herrn Babiš, der tatsächlich slowakischer Herkunft, aber Bürger Tschechiens ist. Bildlich gesprochen, wir enthalten uns der Stimme, obwohl er in der Slowakei in der Wirtschaft aktiv ist. Aber nun zur Bewegung, die er repräsentiert, und zur Beziehung zur V4 und der Zukunft der EU. Da profilieren sich die Partei ANO und Andrej Babiš eindeutig eher als Skeptiker, und das betrifft auch die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung. Die Tatsache, dass Slowaken und Tschechen immer noch an der Grenze Geld wechseln müssen, symbolisiert die existierenden Unterschiede zwischen beiden Ländern. Es sieht so aus, als würden die Tschechen nach diesen Wahlen den Euro nicht so bald bekommen. Doch jeder kann sich irren, warten wir die Ergebnisse ab. Wir werden sehen.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank. Ich glaube, es ist die Zeit für Publikumsfragen gekommen. Bitte.

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Mein Name ist Heiko Kosel, Fraktion DIE LINKE. Sie haben die Frage Mitteleuropa als Kern innerhalb der EU diskutiert als Herausforderung an die Mitgliedsstaaten der Eu-

ropäischen Union. Das ist logisch, da der Ansatz ja auch die Frage der Visegrád-Vier war. Aber spätestens vor dem Hintergrund der Ereignisse in Katalonien ist mir klar, dass es ja nicht nur eine Herausforderung an die Mitgliedsstaaten der EU gibt, sondern auch die Frage einer Regional- und Minderheitenpolitik, die integrativ wirkt, sowohl als Herausforderung an die EU, aber auch an ihre Nationalstaaten im Raum steht. Wie sehen Sie das, auch vor dem Hintergrund der Situation in der Slowakei, wo es eine ungarische Minderheitenpolitik im Parlament gibt und wo auch verschiedenes getan worden ist, speziell vor dem Hintergrund der Kopenhagener Kriterien? Mit denen hat ja die EU an die damaligen Kandidatenstaaten durchaus Anforderungen für eine produktive Minderheitenpolitik gestellt. Man hat wahrscheinlich leider vergessen, dieselbe Anforderung auch in Westeuropa zu stellen. Also welche Herausforderungen sehen Sie vor dem Hintergrund Mitteleuropa als Kern innerhalb der EU mit Bezug auf eine Regional- und Minderheitenpolitik?

→ **Gerald Schubert:**

Ich glaube, das ist eine Frage sowohl an Historiker als auch an Politikwissenschaftler. Lassen Sie uns aber noch eine weitere Frage hinzunehmen.

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Mein Name ist Antje Hermenau. Mich würde interessieren, meine Herren, wenn wir eine höhere Identifizierung in Zentraleuropa mit der europäischen Heimat haben, was offensichtlich der Fall ist: Ist das eine Auswirkung davon, dass vielleicht durch die Annektierung im Ostblock diese Identifikation herausgefordert worden ist? Oder ist es ein Resultat dessen, dass die südwesteuropäischen

Staaten über Jahrhunderte als Kolonialherren im Prinzip auch außerhalb Europas sehr aktiv waren, während die Zentraleuropäer immer zu Hause geblieben sind – im guten Sinne auch deshalb heimatverbunden sind? Es ist also die Frage: Wo ist das herausgefordert worden und ist das vielleicht der wahre Kern Europas, nämlich die Verbundenheit mit dem eigenen Kontinent?

→ **Gerald Schubert:**

Gibt es noch eine Frage? – Ja. Frau Vášáryová.

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Mein Name ist Magdaléna Vášáryová. Heinz-Christian Strache hat gesagt, dass er Österreich zukünftig als ein Mitglied der Visegrád-Gruppe sehen will. Diese Idee ist

nichts Neues, aber trotzdem wirkt es etwas verwunderlich. Wie sehen Sie das, besteht eine Möglichkeit, dass Visegrád-Vier am Schluss zerstört werden könnte bei all diesen Initiativen, Visegrád-Vier zu erweitern?

→ **Gerald Schubert:**

Ich glaube, wir können noch die drei Fragen abhandeln, also Minderheitenpolitik, die identifikatorische Verortung von einzelnen Ländern in Europa und die Frage nach Visegrád und Österreich. Herr Dr. Strážay, vielleicht wollen Sie beginnen?

→ **Dr. Tomáš Strážay:**

Danke. Die Frage nach der Stellung der Minderheiten ist natürlich an mich gerichtet. Im Vergleich mit anderen Ländern der Region ist die Vertretung von Minderheiten wirklich am stärksten ausgeprägt. Die ungarische Minderheit ist nicht nur die zahlreichste, sondern auch die politisch am besten organisierte. Einige Repräsentanten der ungarischen Volksgruppe in der Slowakei sind heute Teil der slowakischen Regierung, was an sich bereits ein gewisses Maß an Integration oder Beteiligung dieser Volksgruppe an den öffentlichen Angelegenheiten demonstriert. Selbstverständlich heißt das nicht, dass die bilateralen Reibereien zwischen der Slowakei und Ungarn in dieser Frage beendet und gelöst wären, gewiss nicht. Das ist ein langfristiger Prozess, auch weiterhin muss die Erfüllung der internationalen Verpflichtungen, die die Slowakei auf sich genommen hat, beobachtet werden. Erst unlängst wurde zur Realität, dass die Bahnhöfe zweisprachige Aufschriften bekommen haben. Neben den slowakischen auch die ungarischen und ruthenischen Bezeichnungen. Jedenfalls kann man diese



Tatsache als symbolischen Schritt zur Öffnung gegenüber der betreffenden Volksgruppe betrachten.

Bezüglich der Zugehörigkeit zu Europa, so scheint mir diese im Fall der Slowaken ganz eindeutig definiert zu sein. Sie ist Bestandteil der gesellschaftlichen Lesart nach der Wende 1989. Man sagte: „Rückkehr nach Europa“. Im Grunde genommen handelt es sich um das Suchen nach Wegen nach Europa. Auch spielt z. B. die Tatsache eine Rolle, dass die Slowaken in Meinungsumfragen die höchsten Sympathien gegenüber den Russen äußern. Die Slowakei ist, selbstverständlich, Bestandteil der NATO und ich denke nicht, dass es eine reale Option wäre, aus der Allianz bzw. aus der EU auszutreten – diese Alternative fände mit Sicherheit keine mehrheitliche Unterstützung. Russland selbst wird in den Umfragen nicht als politische Alternative wahrgenommen, sondern als etwas Romantisches, was vielleicht gar nicht existiert. Das ganze muss man mit gewissen Abstrichen sehen.

Zur Frage bezüglich Österreich: Die V4-Staaten haben sich historisch auf gewisse Punkte geeinigt, und einer davon ist, dass die V4 nicht um weitere Länder erweitert werden. Wenn Österreich auch die Absicht äußern würde, der V4 beizutreten, so erlaube ich mir zu sagen, dass die V4 es aktuell nicht als Mitglied haben wollten. Es gibt das schon erwähnte Format V4+, in dem Österreich eine wichtige Rolle spielt, aber die Frage einer Mitgliedschaft Österreichs in der Visegrád-Gruppe ist jetzt nicht aktuell.

→ **Gerald Schubert:**

Danke schön. Herr Professor Ruchniewicz, wollen Sie etwas davon aufgreifen?

→ **Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz:**

Ja, zu den Minderheiten. Ich bin da insofern überfragt, weil ich da jetzt nichts Kritisches anführen kann. Das heißt, die Minderheitenrechte werden in Polen geregelt. Das geht sehr weit. Es gibt sicher gerade in den letzten Monaten auch Versuche, Grenzen von bestimmten Städten zu verändern, damit zum Beispiel auch die deutsche Minderheit in ihrer Aktivität gebremst wird. Aber das sind Dinge, über die man auch diskutiert und redet. Also das sind nicht die vordringlichen Fragen. Was die historischen Fragen betrifft, die werden auch nach und nach erledigt, das heißt, es gibt Kommissionen in Polen, die sich mit den Minderheitenfragen beschäftigen. Die Minderheiten sind im Parlament vertreten, auch auf der Landesebene sind sie vertreten. Das geht sehr weit und umfasst auch die kleinen regionalen Gruppen. Zum Beispiel haben Sie als Stichwort zweisprachige Schilder genannt: nicht nur die deutsche Minderheit hat im Opperlner Raum zweisprachige Schilder, auch zum Beispiel die kaschubische Gruppe hat zweisprachige Schilder. Insofern empfinde ich das nicht als Problem.

Ein verwandtes Thema, was auch in Polen immer wieder für Diskussionen sorgt, ist die Lage der Polen als polnische Minderheit außerhalb Polens, das heißt, in den Nachbarländern. Wie werden sie dort behandelt? Werden da ähnliche Politiken verfolgt? Das wird von den polnischen Politikern immer wieder thematisiert nach dem Motto: Polen macht so viel für seine Minderheiten. Was machen unsere Nachbarn für unsere Minderheit, sprich die polnische Gruppe in Deutschland oder die polnische Minderheit in Litauen oder in der Ukraine? Da muss man in diesem Zusammenhang auch nicht nur die Politik in-



nerhalb des jeweiligen Landes, sondern auch in Bezug zu den nationalen polnischen Minderheiten außerhalb Polens sehen. Das ist ein Thema, das oft nicht so ernst genommen wird, auch nicht auf der Europaebene diskutiert wird. Das ist von polnischen Politikern immer wieder angesprochen worden.

Zu dem Thema Ost-West. Da würde ich Ihre Meinung teilen, obgleich wir den Begriff Osteuropa nicht nutzen.

Wenn schon, dann ist es Ostmitteleuropa. Damit können wir uns anfreunden. Aber Sie haben ein anderes wichtiges Thema angesprochen. Das ist nämlich diese geteilte Ost-West-Erinnerung. Wir bringen es immer wieder zur Sprache, gerade auf der Europaebene, dass auch die Erfahrung der Länder hinter dem Eisernen Vorhang besser bekannt wird, dass auch bestimmte Bilder, bestimmte Formate, auch historische Formate, Ostmitteleuropa nicht oktroyiert werden. Das ist ein ganz schwieriges Thema. Ich gebe dazu ein kleines Beispiel. Claus Leggewie, ein deutscher Politologe, hat das einmal auf den Punkt gebracht. Er hat sieben Kreise entwickelt, die für Europa geschichtshistorisch oder erinnerungspolitisch konstitutiv seien. Von diesen sieben waren die ersten sechs negativ belegt. Das heißt, Europa erinnert sich zunächst negativ, beispielsweise an den Holocaust. Wird zum Beispiel an den Holocaust in Ostmitteleuropa erinnert, melden sich selbstverständlich sofort die Polen und sagen: Ja, das war eine Erfahrung, die eventuell für Europa von großer Bedeutung ist, aber wo sind unsere Opfer? Weshalb gedenkt man nicht unserer Opfer? Die vorhin von mir angesprochene Reparationsdebatte geht auch auf diese Sache zurück. Insofern kann man sagen, dass es das ist, was uns immer noch teilt. Nach wie vor unterscheiden wir uns in Ost und West in der Erinnerung an unsere Erfahrungen vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg.

Gerade in diesen Jahren begehen wir den 100. Jahrestag des Ersten Weltkrieges. Ich sage das etwas allgemein, weil es sich um vier Jahre handelt. Es waren unterschiedliche Ereignisse während dieser vier Jahre, die unseren Teil Europas geprägt haben. Wenn Sie zum Beispiel an

die deutschen Schulbücher denken. Sie finden in diesen Geschichtsschulbüchern keine Informationen über den Freiheitskampf der Polen während des Ersten Weltkrieges. Warum? Weil es sich nicht um einen Staat gehandelt hat, das heißt, das war nicht unser Krieg in diesem Sinne, das war für uns, für die Tschechen, die Slowaken, ein fremder Krieg. Diese Erfahrung aus Ostmitteleuropa wird aber in den westeuropäischen Schulbüchern überhaupt nicht thematisiert. Deswegen ist es nicht verwunderlich, dass die Schüler überrascht sind, wenn sie dann auf einmal auf der Karte Europas 1918 Polen und die Tschechoslowakei sehen. Wie sind denn diese Länder entstanden? Wie kam es überhaupt dazu? Das heißt, man kann das historisch nicht so richtig nachvollziehen, denn die Schulbücher geben darauf keine Antwort. Das betrifft übrigens die Zeit nach 1945 genauso wie die davor, also vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, den Hitler-Stalin-Pakt usw. Das betrifft im Grunde das ganze 20. Jahrhundert, aber anhand des Ersten Weltkrieges sehen wir eben sehr genau, wie unterschiedlich in West und Ost an dieses Ereignis gedacht bzw. erinnert wird.

→ Dr. Kai-Olaf Lang:

Ich bin ganz dankbar für diese zwei Fragen. Das eine ist die Minderheitenpolitik. Ich meine, vor einigen Jahren hätten wir hier ganz intensiv über das slowakisch-ungarische Verhältnis debattiert, und zwar im Kontext der ungarischen Minderheit in der Südslowakei. Es ist interessant, dass das in einer Zeit, in der wir zwei Regierungen haben, die immer wieder einmal sehr stark nationale Interessen betonen, relativ harmonisch verläuft. Ich glaube, die Ansatzpunkte sind Verteilungsgerechtigkeit, also gibt es ein Gefühl der politischen Teilhabe der minoritä-



ren Gemeinschaft, und sieht man Entwicklungschancen in diesem Land. Ich glaube, viele in der ungarischen Gemeinschaft einschließlich der Partei Most-Híd, die gerade in der slowakischen Regierung sitzt, sagen, es ist auch sehr stark ein sozialökonomisches Problem, ein Problem der Entwicklung unserer agrarisch strukturierten, ökonomisch schwach aufgestellten Regionen. Dann haben wir natürlich – der Vollständigkeit halber – noch eine andere Minderheit in diesem Land, die eben meistens unter den Tisch fällt, die Roma. Bei dieser geht es sehr stark um

soziale Dinge, und die hat eben im Vergleich zur ungarischen Gemeinschaft keine parteipolitische Interessenvertretung.

Das andere, was Sie angesprochen haben, ist die Frage der Regionen. Auch da gehört es zu den großen Errungenschaften der letzten zweieinhalb Jahrzehnte, dass es zu einem Prozess effektiver Dezentralisierung in diesen Ländern gekommen ist. Das sind ja gerade mit Blick auf den historischen Vorlauf eigentlich Länder, die sehr starke unitarische Traditionen haben. Der polnische Staat muss eigentlich von seiner historischen Codierung her sehr stark auf Warschau ausgerichtet sein, weil es sonst an den Ränder abbröckeln könnte. Auch auf Druck der EU kam es zur Schaffung neuer regionaler Strukturen mit effektiven Selbstverwaltungskompetenzen. Wobei wir immer darauf achten müssen, dass es nicht zu Rezentralisierungstendenzen kommt. Mit dem Hang hin zur Machtkumulation, die wir ja in dem einen oder anderen Land haben, ist das natürlich immer auch eine Möglichkeit, dass hier auf dieser Ebene versucht wird, Kompetenzen zu entziehen.

Die Frage der Heimatverbundenheit Zentraleuropas ist eine interessante These. Oder denken Sie an Nordeuropa – auch keine Kolonialmächte, die aber mit Blick auf kulturelle Diversität, Migration völlig anders gelagert sind als die mitteleuropäischen Länder. Ich glaube, da machen wir ein ganz großes Fass auf. Deshalb sage ich nur zwei Sätze dazu und würde gern einen Schritt weiter gehen als Krzysztof Ruchniewicz. Es geht nicht nur um Unterschiede in der Erinnerung, es geht tatsächlich um ein Wertedifferenzial. Wir haben im westlichen Teil der

EU die Transformation paternalistisch betrachtet. Das Transformationsparadigma geht davon aus, diese Länder werden so wie wir. In puncto Wirtschaft wird die Marktwirtschaft, aus deutscher Sicht am besten die soziale Marktwirtschaft eingeführt. Dann kommt die liberale Demokratie, was immer das auch im Einzelnen heißen mag. Und nach einiger Zeit harmonisieren sich dann die Werte. Wir sehen, dass das nicht funktioniert. Das, was wir in Ungarn und in Polen klar beobachten, ist der Versuch, das Paradigma der Imitation, wie es genannt wird, zu überwinden. Sie sagen, wir wollen unsere Länder stärken, reformieren, modernisieren, aber rückgebunden an unsere spezifischen Traditionen, an unsere eigenen Werte, nicht copy and paste. Sie sagen, wir wollen unseren polnischen, unseren ungarischen Weg in der EU gehen, ohne dass wir automatisch deren universalistische Tendenz akzeptieren. Dieses Vorgehen hat eben auch eine Basis in der Gesellschaft. Das heißt, man kann nicht sagen, in 50 Jahren sind wir alle irgendwie ähnlich und das richtet sich aus. Ich glaube, zunächst einmal müssen wir mit diesen unterschiedlichen Erwartungen und Wertehaltungen in den Gesellschaften leben und dürfen nicht so paternalistisch herangehen, sondern müssen versuchen, einen Brückenschlag hinzubekommen.

→ **Gerald Schubert:**

Vielen herzlichen Dank. Ich glaube, wir sind gut beraten, das einfach als Schlusswort gelten zu lassen. Ich bedanke mich bei allen drei Herren, dass Sie so rege diskutiert haben. Ich darf mich bei Ihnen, meine Damen und Herren, verabschieden und das Schlusswort an den Initiator des Forum Mitteleuropa übergeben, Herrn Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler.

A photograph of a modern building with large windows at dusk. The sky is a clear, deep blue, and the building's facade is illuminated by a warm, golden light from the setting sun. The windows are dark, reflecting the sky. A green rectangular overlay is positioned in the lower-left quadrant of the image, containing the word "Abschluss" in white, bold, sans-serif font. The building's architecture features clean lines and a mix of materials, including what appears to be stone or concrete panels.

Abschluss



*Gebäude des Nationalrats der
Slowakischen Republik*



Mitteleuropa ist eine Erfolgsgeschichte

Dr. Matthias Rößler

» Meine Damen und Herren, Mitteleuropa ist eine Erfolgsgeschichte. Ivan Mikloš hat mit seiner Aussage recht – für die Visegrád-Staaten, für Sachsen und die anderen ostdeutschen Bundesländer, und er hat recht für Österreich. Wir sind von der Peripherie zurück in die Mitte des alten Kontinents gerückt, wir haben den Transformationsprozess bewältigt, und wir wollen, dass das auch so bleibt und diese Erfolgsgeschichte, die oft sehr schmerzhaft errungen worden ist, mit großen sozialen Friktionen, dass diese Erfolgsgeschichte so weitergeht. Dabei sollten wir nie vergessen,

wie wir überhaupt so weit kommen konnten. Wertschätzen wir die Freiheit, die politische wie die wirtschaftliche. Wertschätzen wir den demokratischen Rechtsstaat und die pluralistische Demokratie. Wertschätzen wir die soziale – ich betone ausdrücklich die soziale – Marktwirtschaft. Die war nicht immer so sozial in den letzten 27 Jahren, aber sie war und ist die Voraussetzung für Wohlstand und Prosperität.

Wir haben heute immer wieder gehört: Die Freiheit ist bedroht durch die Einschränkungen des politischen Wettbe-

werbs, durch autoritäre Führung, durch Populismus, überall in Europa, von rechts oder von links, durch dirigistischen Staatskapitalismus, nicht nur innerhalb Europas, auch von außen, wenn ich an die chinesische „Einkaufsoffensive“ in Europa denke. Was ist das anderes als Staatskapitalismus? Bisher endeten solche „Versuchungen“ immer wieder in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Stagnation, so sehr auch die Gestaltungsmacht des einen oder anderen Autokraten von manchen, vielleicht sogar von vielen bewundert wird.

Dieser doppelten Falle – da bin ich wieder bei Ivan Mikloš – müssen wir entkommen. Auf dem Erreichten, auf den hohen Wachstumsraten können wir uns nicht einfach ausruhen. Das ist deutlich geworden. Wir leben überall in Mitteleuropa, vielleicht überall in Europa von der demografischen und auch der kulturellen Substanz der Gesellschaft. Die wird gerade eher verbraucht, da wird viel zu wenig akkumuliert. Wir haben zu wenige Kinder, wir haben zu wenige Bildungsressourcen, und wir haben zu wenig soziale Mobilität.

Meine Damen und Herren, wir sind Autoländer, auch das habe ich heute noch einmal ausdrücklich gelernt. Die Slowakei ist der Automobilstandort mit der weltweit höchsten Produktion von Autos pro Kopf der Bevölkerung. Wir alle sind Autoländer, auch Sachsen lebt davon. Wir sind daher auch recht monostrukturiert. Trotz unseres hohen Industrieanteils, auf den wir immer so stolz sind, brauchen wir, denke ich, eine gewisse Diversifizierung. Wir müssen eben auch Zukunftsthemen finden. Wir haben immer noch Infrastrukturdefizite. Umso riskanter ist es, wenn nun in Ostdeutschland wie in den Visegrád-Staaten die Mittel aus den Kohäsions- und Strukturfonds gefährdet sein sollen. Dann haben wir wirklich ein strukturelles Problem. Denn – ganz

selbstkritisch – unsere eigene Investitionskraft reicht eben nach wie vor nicht aus, die Infrastrukturdefizite zu beseitigen. Wahrscheinlich reicht sie nicht einmal für die notwendigen Ersatzinvestitionen aus. Auch das verbindet uns.

Mitteleuropa braucht eine permanente Reformdynamik, braucht weitere Reformen, obwohl das die Menschen in unseren Ländern nicht mehr hören können. Es ist notwendig, aber es ist eben für Politiker auch schwierig, über so etwas zu sprechen. Verzichten wir indes auf die Reformen, droht uns unter Umständen wieder das Abgehängtsein.

Mitteleuropa muss auch ein dynamischer Kern bei den künftigen Reformen der EU bleiben.

Das haben wir unter anderem von Milan Štěch gehört. Wenn ich mich in ihn hineinversetze, auch in die anderen Visegrád-Staaten, da unterstütze ich ihn in seiner zentralen Forderung: Europa muss sich gemeinsam und gleichmäßig in der Geschwindigkeit entwickeln. Ein Tandem von zwei Vormächten, das vorangeht und die anderen dominiert, wobei Frankreich an der Nabelschnur Deutschlands hängt, das kann eigentlich kein Modell für die Zukunft Europas sein. Wenn das dann noch begleitet wird von einer vollkommenen Veränderung des EU-Haushalts, vielleicht der Streichung bzw. Verkleinerung der entsprechenden Fonds oder einer finanziellen Belohnung bzw. Bestrafung bei politischem Wohlverhalten oder Nicht-Wohlverhalten seiner Mitgliedsländer, dann kann das kein Modell für die Zukunft Europas sein. Da versetze ich mich in die Betroffenen hinein, in die kleineren und mittelgroßen Mitgliedsländer – he

Abschluss

gemoniales Gehabe diskriminiert diese Mitgliedsländer, die sich besonders im Osten wieder abgehängt fühlen, an den Rand gedrängt fühlen.

Das gefährdet die Stabilität des europäischen Friedens- und Sicherheitsprojekts. Wir sind heute immer wieder an



unsere Geschichte erinnert werden. Der Erste Weltkrieg mag für viele ganz weit weg liegen, hier in den mitteleuropäischen Ländern ist das nicht der Fall – besonders nicht im nächsten Jahr. Wir müssen an die Geschichte denken, wenn

wir hier diese Diskussion führen, und deshalb muss Europa, das ist eine wichtige Erkenntnis, in der aktuellen Reformdiskussion alle mitnehmen, Große und Kleine, Osten wie Westen, Norden wie Süden. Hegemone verträgt diese Diskussion nicht.

Ich möchte mich abschließend beim Slowakischen Nationalrat bedanken, dass wir hier sein durften. Ich danke allen Referenten und den großartigen Moderatoren sowie unseren Simultanübersetzerinnen. Der Dank geht natürlich auch an die Zuhörer, besonders an die, die bis zuletzt ausgeharrt haben. Ich habe mich heute besonders gefreut, dass wir ganz viele junge Menschen hier hatten. Das wünschen wir uns ja auch. Wir wollen das, was wir diskutieren, natürlich in die Universitäten und in die Schulen tragen. Ich denke, das ist ganz wichtig.

Freuen wir uns auf unsere zweisprachige Broschüre. Alles das, was heute hier referiert und diskutiert worden ist, wird auf Slowakisch und auf Deutsch erscheinen, genau wie vorher auf Ungarisch und auf Deutsch oder auf Polnisch und auf Deutsch oder auf Tschechisch und auf Deutsch. Wenn wir immer von der Wertschätzung der großartigen Sprachvielfalt und der Kulturen in Europa reden, müssen wir natürlich auch Taten folgen lassen. Ich finde das sehr wichtig. Wenn wir solche Diskussionen führen und uns verstehen wollen, dann doch in unseren Sprachen.

Vielen Dank, dass wir alle hier zusammen sein konnten! Das Forum Mitteleuropa in Bratislava ist zu Ende, und wir freuen uns auf ein nächstes.

Vielen Dank.◀





Vitae



Hauptplatz

Dr. Denisa Čiderová

(*1977)

studierte Wirtschaftsdiplomatie und Europäische Integration an der University of Economics in Bratislava sowie der University of Leicester und absolvierte 2005 erfolgreich ihr Promotionsstudium an der University of Economics in Bratislava, an der sie sich später auch habilitierte. Seit 2015 ist sie hier Vizerektorin für Forschung und Promotionsstudien. Ihre wissenschaftlichen Schwerpunkte sind die Europäische Union, die EU-Erweiterung und die EU-Außenbeziehungen, jeweils in vergleichender Perspektive.

Dr. Christian Geinitz

(*1968 in Delmenhorst)

studierte Geschichte, Politik und Englisch in Freiburg und Aberdeen/Schottland. Nach dem Volontariat bei der FAZ erfolgte sein Eintritt in die Wirtschaftsredaktion. Von 2000 bis 2003 arbeitete er als Korrespondent für Mexiko, Mittelamerika und die Karibik. Anschließend war er Wirtschaftskorrespondent für die neuen Bundesländer. Von 2009 bis 2014 von

Peking aus Wirtschaftskorrespondent für China, ist er heute von Wien aus zuständig für die Wirtschaftsberichterstattung aus Österreich, Ostmitteleuropa, Südosteuropa und der Türkei.

Andrej Hrnčiar

(*1973 in Ružomberok)

studierte an der Hochschule für Musikische Künste in Bratislava. Ab 2006 war er Bürgermeister der Stadt Martin (55.000 Einwohner), von 2012 bis 2016 Abgeordneter des Nationalrates der Slowakischen Republik (MOST-Híd), ab 2016 Abgeordneter des Nationalrates der Slowakischen Republik (zuerst #SIEĽ, dann ab August 2016 Fraktion MOST-Híd). Er ist seit 2016 Vizepräsident des Nationalrates der Slowakischen Republik.

Dr. Kai-Olaf Lang

(*1967)

promovierte in Politikwissenschaft an der Universität Kiel und ist seit 2001 als Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU/Europa bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin tätig. Zuvor war er Wissen-

schaftlicher Referent beim Bundesinstitut für internationale und ostwissenschaftliche Studien in Köln (1999-2000). Seine Forschungsschwerpunkte sind die Länder Ostmitteleuropas (Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn) und die baltischen Staaten.

Dr. Miklós Losoncz

(*1954)

studierte von 1973 bis 1977 Internationale Ökonomie an der Karl-Marx-Universität in Budapest. Von 1988 bis 1992 Leiter des Instituts für die Wirtschaftsplanung des ungarischen Planungsbüros, war er von 1992 bis 1993 Berater beim ungarischen Ministerium für internationale Wirtschaftsbeziehungen. Als Forschungsprofessor bei der Budapest University of Technology and Economics von 2012 bis 2016 und ab 2016 bei der Budapest Business School/University of Applied Economics tätig, betreibt er vor allem angewandte Forschung über die europäische Integration, über Wirtschaft in Mittel- und Osteuropa sowie über die ungarische Wirtschaft.

Ing. Alexander Matušek

(*1966)

studierte an der STU-Technischen Universität in Trnava. Seit 1995 ist er bei Volkswagen Slowakei in verschiedenen Leitungspositionen tätig, war Logistik-Chef nicht nur bei VW Slowakei, sondern auch bei Volkswagen Autoeuropa in Portugal. Zurzeit leitet er die Think Blue Factory und General Services Volkswagen Slovakia. Seit 2015 ist er zudem Vizepräsident der Vereinigung der slowakischen Automobilindustrie, seit 2017 Exekutiver Vizepräsident der Vereinigung der slowakischen Automobilindustrie.

Ing. Ivan Mikloš

(*1960 in Svidník)

studierte an der Universität für Wirtschaftswissenschaften Bratislava. Von 1991 bis 1992 Minister der Privatisierung, begründete er 1992 den Think-Tank MESA10 (Macro Economic and Social Analyses) mit. Von 1998 bis 2002 war er Stellvertretender Premierminister für Wirtschaft sowie für kurze Zeit Minister für Verkehr, Post und Telekommunikation. Von 2002 bis

2006 und 2010 bis 2012 war er Finanzminister der Slowakischen Republik und stellvertretender Ministerpräsident. Von 2006 bis 2010 Mitglied des Nationalrats (Slowakische Demokratische und Christliche Union – Demokratische Partei SDKU-DS), ist er seit 2015 Berater beim ukrainischen Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel.

Prof. Dr. Iveta Radičová

(*1956 in Bratislava)

studierte von 1975 bis 1979 Soziologie an der Comenius-Universität Bratislava. 1990 schloss sie ein Postdoktoranden-Studium an der Universität von Oxford ab. Ab 2006 Vizevorsitzende der Partei SDKÚ-DS, war sie im Nationalrat von 2006 bis 2009 Vizevorsitzende des Ausschusses für soziale Fragen und Wohnungswesen und zuvor von 2005 bis 2006 Ministerin für Arbeit, Soziales und Familie. Von 2010 bis 2012 war sie Ministerpräsidentin der Slowakischen Republik. Seit 2015 ist sie Sonderberaterin der EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung Věra Jourová und unterrichtet an der Paneuropäischen Universität in

Bratislava sowie an der Bratislava International School for Liberal Arts (BISLA).

Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz

(*1967 in Wrocław)

studierte Geschichte an der Universität Wrocław, der Universität des Saarlandes in Saarbrücken und der Phillips-Universität in Marburg. Seit 1991 arbeitet er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Breslau, seit 2009 als außerordentlicher Professor der Universität Wrocław und Direktor des Willy Brandt Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind die Geschichte Deutschlands und der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert sowie die Geschichte der europäischen Integration.

Dr. Matthias Rößler

(*1955 in Dresden)

ist seit 2009 Präsident des Sächsischen Landtags. Er studierte von 1975

bis 1979 Maschinenbau an der TU Dresden und arbeitete anschließend als Assistent sowie als Entwicklungsingenieur an der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden. 1990 Mitglied des Koordinierungsausschusses für die Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen, ist er seit 1990 Mitglied des Sächsischen Landtags. Der CDU-Politiker war im Freistaat Sachsen von 1994 bis 2002 Staatsminister für Kultus und von 2002 bis 2004 Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. Er ist Vorsitzender des Kuratoriums des Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.

Gerald Schubert

*(*1968 in Wien)*

studierte Kommunikations- und Theaterwissenschaften. 2001 zog er nach Prag und arbeitete ab 2002 in der deutschen Redaktion von Radio Prag, deren Chefredakteur er von 2006 an war. Im Jahr 2015 wechselte er als Außenpolitikredakteur und Korrespondent für die Tschechische Republik zur österreichischen Tageszeitung „Der Standard“. Seine journalistischen Arbeitsschwerpunkte sind die Außenpolitik und die bilateralen Be-

ziehungen Deutschlands, Österreichs, Tschechiens und der Europäischen Union.

Milan Štěch

*(*1953 in České Budějovice)*

von 1972 bis 1990 war er in verschiedenen Positionen beim Autohersteller Škoda tätig. 1990 bis 1994 war er Vizepräsident der Gewerkschaften KOVO sowie 1994 bis 2002 Vizepräsident des tschechisch-mährischen Gewerkschaftsbundes. 2002 bis 2010 fungierte er als Präsident des tschechisch-mährischen Gewerkschaftsbundes. Seit 1996 ist er Mitglied des Senats. Von 1996 bis 2008 als Vizevorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Sozialpolitik des Senats der Tschechischen Republik tätig, wurde er 2008 zum Vizepräsidenten des Senats gewählt. Seit 2010 ist er Präsident des Senats des Parlaments der Tschechischen Republik.

Dr. Tomáš Strážay

*(*1975 in Spišská Nová Ves)*

studierte an der Philosophischen Fakultät der Comenius Universität in

Bratislava und promovierte am Institut für politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau. 2003 trat er der Slovak Foreign Policy Association bei, wo er als Editor-in-chief des Slovak Foreign Policy Affairs Journal wirkt. Er ist führender Experte in dem Projekt Think Visegrád – Think Tank Platform. Seit 2007 arbeitet er für den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, das Europäische Parlament und den Ausschuss der Regionen als Fachberater.



Historisches Nationalratsgebäude

In der konstituierenden Sitzung am 29. September 2011 haben

Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags
Dr. Erhard Busek, Vizekanzler der Republik Österreich a. D.
Prof. Dr. Stefan Troebst, Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas
an der Universität Leipzig
Prof. Dr. Beate Neuss, Professorin für Internationale Politik an der
TU Chemnitz
Prof. Dr. Gábor Erdödy, Botschafter der Republik Ungarn a. D.
Jiří Gruša †, Schriftsteller und Diplomat, Tschechische Republik
Magdaléna Vášáryová, Abgeordnete des Slowakischen Nationalrates
Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor des Zentrums für Europäische
Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn
Ryszard Król, Generalkonsul der Republik Polen a. D.

als Kuratoren des Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag die
Dresdner Erklärung unterschrieben.

Die Kuratoren des Forum Mitteleuropa (Stand Oktober 2017) sind:

Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags
Dr. Erhard Busek, Vizekanzler der Republik Österreich a. D.
Prof. Dr. Stefan Troebst, Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas
an der Universität Leipzig
Prof. Dr. Beate Neuss, Professorin für Internationale Politik an der
TU Chemnitz
Prof. Dr. Gábor Erdödy, Botschafter der Republik Ungarn a. D.
Prof. Dr. Jan Sokol, Professor für Philosophie an der Karls-Universität Prag
Magdaléna Vášáryová, Botschafterin der Slowakischen Republik a. D.
Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor des Zentrums für Europäische
Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn
Ulf Großmann, Präsident der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen
Dr. Rafal Dutkiewicz, Stadtpräsident von Wrocław (Polen)
Dr. Jarmila Krejčíková, Generalkonsulin der Tschechischen Republik a. D.
Hans Penz, Präsident des Landtags von Niederösterreich